Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 7 (1978)

Heft: 11

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31 7. Jahrgang Nr. 11 20. November 1978
Kiosk Fr. 1.80

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion:
Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Georg Hodel, Ruedi Küng, Rolf Nef, Liselotte Suter

Adresse: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30

Inserate: Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-37626

Situation der Schweizer Lehrlinge
Viele haben bereits resigniert *Seite 3*

Cincera wandelt und wirkt weiter
«Die Tagung ist nicht öffentlich» *Seite 5*

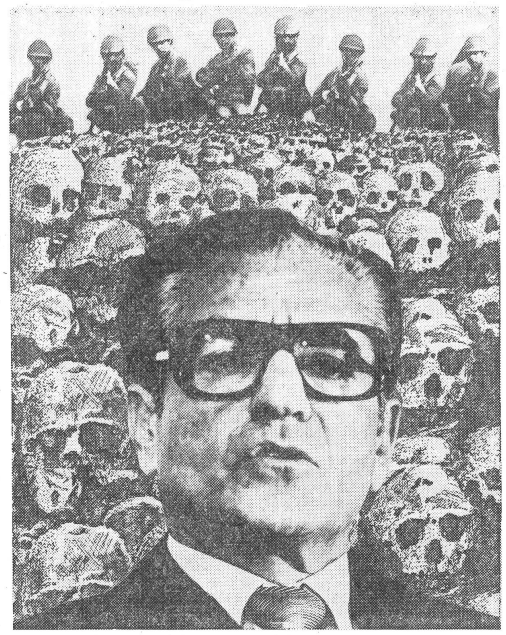
Niklaus Meienberg über Weisheiten eines Obristen
Das Konsternationslager *Seite 5*

Interview mit Vertretern des kritischen Oberwallis
Gibt es noch Löwen im Wallis? *Seite 7*

Atom«gesetz»:
Stimmbürger an der Nase herumgeführt *Seite 9*

Tabakmultis
Starker Tobak für die Dritte Welt *Seite 12*

Im Auftrag des Volkes . . .



«Ich bin der Hüter der iranischen Monarchie – ein heiliges Amt im Namen Gottes und im Auftrag des Volkes.» Schah Resa Pahlewi *(in einer Radioansprache)*

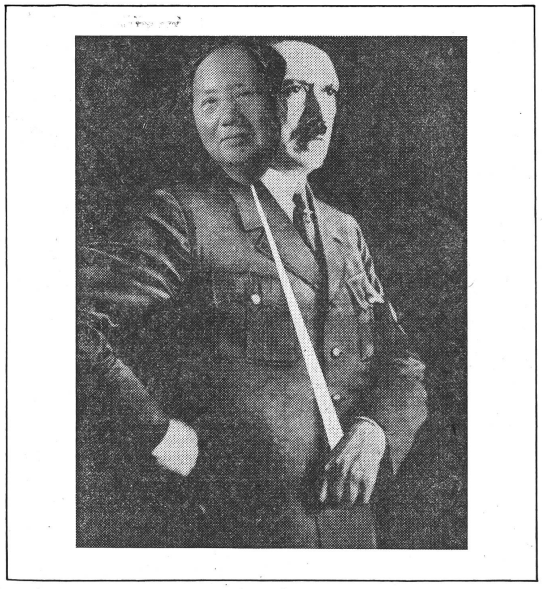
Neofaschisten organisieren Terrorakte und Umsturzversuche: Fäden führen in die Westschweiz

Rechtsextremisten tarnen sich im Mao-Look

Von unserem Genfer Mitarbeiter Frank Garbely

Rechtsextremistische Umtriebe auch in der Schweiz. Unter dem Deckmantel einer maoistischen Partei in Lausanne planten Neofaschisten[1] den Sturz mehrerer Linksregimes in Afrika, verübten Bombenattentate in Italien und betätigten sich als Waffenhändler. Sie rekrutierten Söldner und drillten sie im Terrorhandwerk. Dokumente belegen: Diese Neofaschisten unterhalten direkte Beziehungen zur Walliser Tageszeitung «Le Nouvelliste». Walliser CVP-Politgrössen und der dissidente Bischof Lefebvre in Ecône zählen zu ihrem Freundeskreis.

Während Jahren standen Mitglieder der «maoistischen» *Parti Populaire Suisse* (PPS) im Solde der PIDE, des berüchtigten Geheimdienstes des portugiesischen Diktators Salazar. Sie unterwanderten afrikanische Befreiungsbewegungen und schlichen sich in die Reihen der Salazar-Opposition ein. Ein ehemaliger Salazar-malige OAS-[2] und Waffen-SS-Offiziere beigetreten. Paradepferde unter diesen ungewöhnlichen Maoisten: *Guérin Sérac* und *Robert Leroy*. Als Mitglied der PPS zählt Robert Leroy – der früher in den Reihen der Waffen-SS «Charlemagne» kämpfte – auf der chinesischen Botschaft in Bern zu den gerngesehenen Gästen.



Gegner erinnert sich: *«Gérard Bulliard, Sekretär der PPS, meldete sich auch auf einem unserer Büros in Paris. Er wusste, dass wir für die bevorstehende Revolution in Portugal Waffen benötigten. Er wollte uns solche verschaffen.»* Davon will Gérard Bulliard heute nichts mehr wissen: *«Das sind plumpe Verleumdungen. Unsere Partei arbeitete nie für einen Geheimdienst.»* Die Fakten freilich beweisen das Gegenteil.

OAS- und Nazioffiziere Mitglieder einer CH-Partei

Die PPS – gegründet am 9. September 1967 in Vevey – ging aus der Parti Communiste Suisse, marxiste-léniniste hervor. Nach Artikel 3 der Statuten steht die PPS sämtlichen Linkstendenzen offen: *«Sozialisten, Progressisten, Maoisten, Anarchisten, Stalinisten . . . können der Partei beitreten.»* Trotz dieser ungewöhnlichen politischen Öffnung betonte die PPS in ihrem Parteiblatt *L'Etincelle»* (Der Funke) ihren maoistischen Kurs. Die Linkszeitung stellte ihr Erscheinen inzwischen ein.

Der PPS in Vevey waren mehrere ehe-

Empfehlung der chinesischen Botschaft

Er hatte nicht bloss auf den obligaten Tee Anspruch. Maos Botschafter beehrten ihn mit einem freundlichen Schreiben, das ihn und seine Freunde bei linksorientierten Regimes in Afrika empfahl. Mit dieser diplomatischen Empfehlung im Gepäck und bestückt mit Partei- und Pressekarte der PPS, begaben sich Leroy und Freunde nach Afrika. Schnell erschlichen sie sich das Vertrauen mehrerer Befreiungsbewegungen.

So gewährten die Frelimo-Chefs[3] Marcelino dos Santos und Eduardo Mondlane Robert Leroy ausführliche Interviews und weihten ihn in die politischen und militärischen Aktivitäten der Frelimo ein. Regelmässig berichteten Leroy und Freunde im PPS-Blatt «L'Etincelle» über die gerechten Befreiungskämpfe in Afrika gegen die imperialistischen Machtgelüste westlicher Kolonialmächte.

An die Adresse der Salazar-Häscher tönte es anders. In einem Bericht nach Lissabon schrieb Leroy: *«Unter dem Deckmantel eines prochinesischen Journalisten konnte ich militärische Ausbildungslager für Guerillas besuchen. An den Grenzen von Tansania, Malawi und Sambia habe ich geheime Übergänge der Freiheitskämpfer ausgemacht.»*

Die Aktivität der PPS-Mitglieder beschränkte sich indes nicht auf blosse Spionage. Dos Santos und Mondlane fielen beide einem Bombenattentat zum Opfer. Für die Frelimos bestehen keine Zweifel darüber, dass Leroy seine Hände im Spiel hatte.

Ein Untersuchungsbericht der portugiesischen Armee über den Geheimdienst PIDE brachte es an den Tag: die Aktion gegen die Frelimo blieb nur eine kleine Episode der regsamen PPS-Mitglieder. Nach dem Portugal-Rapport ist die maoistische Partei in Vevey nur ein Rädchen – wenn auch ein höchst nützliches – im Getriebe einer straff organisierten Rechtsextremen in Westeuropa. Als Zentrale wurde eine unscheinbare Presseagentur in Lissabon entlarvt.

Die Rolle der Presseagentur AGINTER

Nach der Revolution 1974 in Portugal beeilte sich die Armee, den gefürchteten und ebenso gehassten Geheimdienst aus der Welt zu schaffen. Bei der PIDE-Ausmiste stiessen die Militärs auf ein weitgespanntes Netz der Neofaschisten, dessen Fäden immer wieder auf die Schweiz verweisen. Beiläufig lässt ein PIDE-Agent wärend eines Verhörs den Namen der Presseagentur *AGINTER* fallen. Darauf dringt ein Kommando Marinefüsiliere in Lissabon an der Rua Prascas 13 in die Räume der Agentur ein. Die Füsiliere beschlagnahmen umfassendes Archivmaterial. Noch wissen sie nicht, dass sie eine der gefährlichsten Zentralen der Rechtsextremen ausräumen.

Unter «vertrauliche Akten» stossen sie auf Listen von Mitarbeitern und Angestellten, auf Abrechnungen und Verträge mit der PIDE. Die Namen der Mitarbeiter sind begleitet von ausführlichen Lebensläufen. Schliesslich enthalten die «vertraulichen Akten» – meist in Französisch verfasst – eine Zusammenstellung von Zweitorganisationen, die von AGINTER-Agenten geführt oder unterwandert waren.

Der Chef und Gründer der AGINTER

Als Initiant und Chef der Agentur entpuppte sich *Ralf Guérin Sérac*. Sérac, der sich gerne als Journalist der «Etincelle» auswies, liess sich bereits 1962 in Portugal nieder. Damals hiess er noch Yves Guillou. Als Hauptmann der französischen Armee hatte er in Korea, Vietnam und Algerien Dienst geleistet, bevor er zur OAS stiess.

Nach deren Zusammenbruch flüchtete der Hauptmann nach Lissabon. Nicht lange musste sich der Ex-OAS-Offizier um Arbeit sorgen. *Jacques Ploncard d'Assac* – bei uns höchstens als «Nouvelliste»-Korrespondent bekannt – vermittelte ihm den Eintritt in die Salazar-Armee, wo ihm besondere Aufgaben übertragen wurden. Als Instuktor bereitete er Zöglinge der Armee-Einheit Antiguerilla auf ihren Einsatz in Afrika vor. Seine Spezialität: Spionage und Terroraktionen.

Im Jahr 1966 war es soweit. Endlich konnte R. G. Sérac seinen ehrgeizigen Plan einer *internationalen Organisation, zusammengesetzt aus Spezialisten des Antikommunismus»*, in Angriff nehmen. Zusammen mit ehemaligen Kampfgefährten gründete er die Agentur AGINTER. Auch Robert Leroy zählte zu den Männern der ersten Stunde.

Eine besondere Aufgabe wurde dem «Nouvelliste»-Journalisten Jacques Ploncard d'Assac übertragen. Er sollte Salazar und seine Armee für die AGINTER gewinnen, was dem persönlichen Freund des Diktators nicht schwerfiel.

Aufbau der Terrororganisation – Bomben in Italien

Unter dem Deckmantel der AGINTER verbarg sich der Geheimbund *Ordre et Tradition*, der nach dem Vorbild der OAS aufgezogen war. Parallel dazu bestand die Organisation *Antikommunistische Aktion*, auch militärischer Arm geheissen. Sie übernahmen die harten Aufträge der PIDE: Rekrutierung und Ausbildung von Söldnern, Ausführung von Terror- und Sabotageakten. Zum Beispiel in Italien:

Am 12. Dezember 1969 wurden in Rom und Mailand mehrere Attentate verübt. 12 Tote und gegen hundert Verletzte ergab die traurige Bilanz. Das Attentat wurde den Anarchistengruppen *Bakunin* und *22. März* angelastet. Ihre Mitglieder wurden verhaftet; eine umständliche und langwierige Untersuchung begann.

Unter den Verhafteten befand sich auch *Mario Merlino*. Jahrelang war er ein aktives Mitglied der rechtsextremen Szene Italiens. Dann tauchte er unter, um sich später als Anarchist auszugeben.

Fortsetzung auf Seite 10

Anmerkungen
[1] Frédéric Laurent, L'orchestre noir, Edition Stock, 1978, Paris. Der «Libération»-Journalist F. Laurent folgte während Jahren den dunklen Spuren der Rechtsextremen Europas. In seinem 439 Seiten zählenden Werk gibt er einen reich dokumentierten Überblick über die Aktivitäten und Verbindungen der Neofaschisten.
[2] Organisation de l'Armée Secrète, rechtsradikale, französisch-algerische Geheimorganisation, die für das Verbleiben Algeriens bei Frankreich kämpfte.
[3] Befreiungsfront von Moçambique.

Wehret den Atomvögten im Land:

«Gessler war ein Waisenknabe!»

Von Robert Jungk

Rund 5000 AKW-Gegner haben am Sonntag in Gösgen gegen die Erteilung der nuklearen Betriebsbewilligung, gegen die Bundessicherheitspolizei (Busipo) und für die Atomschutzinitiative demonstriert. Eine Woche zuvor hat sich die österreichische Bevölkerung nach einem dramatischen Abstimmungskampf gegen die Inbetriebnahme des KKW «Zwentendorf» ausgesprochen. Grund genug, um sich noch einmal die Konsequenzen des «Atomstaats» vor Augen zu führen. Robert Jungk, Zukunftsforscher und Schriftsteller, eine Art Symbolfigur der Anti-AKW-Bewegung, hat für «das konzept» seine Gösgener Rede zusammengefasst. Red.

In der Septembernummer des «Bulletin of the Atomic Scientists» (Chicago) wird wieder einmal ein Saulus zum Paulus: Professor Karl Z. Morgan, jahrelang Vorsitzender jener internationalen Kommission, welche die Höchstwerte für radioaktive Belastung festgesetzt hat, erklärt aufgrund neuester Forschungen, dass die Langzeitfolgen schwacher radioaktiver Strahlung weit unterschätzt worden seien. Die Zahl derjenigen, die in der Nähe *«normal funktionierender»* AKWs leben, müssen demnach in etwa dreissig Jahren mit Spätschäden rechnen, die erst jetzt bei manchen bisher verschont gebliebenen Bewohnern von Hiroshima sowie bei Arbeitern der grössten Plutoniumfabrik des Zweiten Weltkriegs in Hanford aufgetreten sind.

Um die Jahrtausendwende wird also wohl das grosse Wehgeschrei, das Bedauern und die Anklage gegen die in den siebziger Jahren errichteten *«friedlichen Kernkraftwerke»* einsetzen. Man wird dann vielleicht sogar gegen die dann noch lebenden Verantwortlichen für die Errichtung dieser gemeingefährlichen Anlagen Atomverbrecherprozesse führen. Aber davon, dass einige dieser Technokraten bestraft werden, kann kein Krebskranker wieder gesund werden.

Retten könnte man sie nur, wenn heute, wenn sofort etwas gegen den sträflichen Leichtsinn der Befürworter unternommen würde. Aber mit solch dringend notwendiger Verbrechensprävention geben sich die Hüter der öffentlichen Ordnung nicht ab. Sie halten Ausschau nach einem anderen Wild: möglichen Nuklearsaboteuren, Plutoniumdieben, Wegelagerern, die Brennstoff- oder Mülltransporte überfallen könnten, vor allem aber nach den Angehörigen einer *«fünften Kolonne»*, die möglicherweise heute schon als zurzeit noch *«loyale Mitarbeiter»* in die Atomindustrie oder ihre Verwaltung eingeschleust werden könnten, um dann später einmal von innen her loszuschlagen.

Schnüffelwut gegen «Atomterroristen»

Ich war in diesem Jahr in den USA, um für die amerikanische Ausgabe meines Buches der *«Atom-Staat»* zusätzlich aktuelleres Material heranzuschaffen. Dabei erfuhr ich in Gesprächen mit führenden Beamten der *staatlichen Atombehörde*, der für die Streitkräfte arbeitenden Denkfabrik *Rand Corporation* und dem Chef einer auf atomare Sicherheitsberatung der Industrie spezialisierten Firma, Herr *von Ehrenfried*, dass man bei den «Eingeweihten» zurzeit nichts so sehr fürchte wie den möglichen *«Inside-Job»* eines oder mehrerer Terroristen.

Um sich gegen solche Bedrohung zu schützen, haben die US-Überwachungs-

Fortsetzung auf Seite 2

echo echo

Fleiss oder Talent?

Leserbrief von R. Zeyer, «weiter so schreiben?», in Nr. 9/78

Die Bücher und Artikel Niklaus Meienbergs sind mir bekannt. Von einem Herrn René Zeyer habe ich bis jetzt nie gehört. Journalist? Schriftsteller? Sicher ein bedeutender Mann. Wie könnte er auch sonst einem N. Meienberg Ratschläge erteilen! «Etwas weniger Talent, dafür mehr Fleiss», rät er ihm . . .

Ich weiss nicht, ob Meienberg faul oder fleissig ist, persönlich jedoch finde ich Talent – meinetwegen ohne Fleiss – bedeutend wichtiger als Fleiss ohne Talent! *M. Jean-Mairet, La Maugnettaz*

Kulturverständnis

«Die Hilflosigkeit der Linken in der Kultur oder . . .», von Jürg Weibel, in Nr. 10/78 (Literat-Beilage)

Der Linke verlangt vom Künstler, dass er «linke Sachen» produziere. Der Künstler muss «Linkes» produzieren, sogenanntes. Aber der Linke, der ebendies verlangt, darf sehr bürgerlich leben, mit bürgerlicher Wohnung, bürgerlichem Job, bürgerlicher Versicherung usw.

Kurz: seine Wohnkultur, seine Esskultur und seine Arbeits«kultur» sind oft scheissbürgerlich. Und da verlangt er dann vom Künstler, der eben sehr oft in dem Sinn alternativ lebt, der die Utopie vorwegnimmt, nicht in den bürgerlichen Sicherheiten schwelgt, der das Jetzt, das Risiko heute lebt ohne Ikea- und Möbel-Pfister-Wohnkultur, dass dieser Künstler auch noch das produziert, was der Linke als «links» erkennen kann, mit seinem Unkulturbewusstsein, in dem oft nur das «links» ist an Kultur, was «plump/klassenkämpferisch/proletarisch» Stellung bezieht. Das Arbeitsprodukt des linken Kulturkonsumenten bleibt aber durch und durch bürgerlich. Er hält ja Sitzungen ab und druckt «Papers» ordnerweise, da braucht er keine «Kunst und Kultur» selber zu machen.

Bewusstseinserweiterndes, Undogmatisches passt dem Linken zu oft nicht in sein Kulturbild. Es verunsichert ihn genauso wie den bürgerlichen Kulturschlucker. Beide leben eben völlig anders als der Kunst-Macher.

Höre einer mal die Musik an, die Linke oft hören. Da zum Beispiel ist der Anspruch auf einmal weg. Der letzte Schnulzige Pink-Floyid-Hit wird eifrig aufgelegt, ungeachtet der bürgerlichen Produktionsmethoden usw. solcher Gruppen. Aber Experimentalmusik oder freie Musikrichtungen werden verabscheut, weil sie die Hörschablohnen stören.

Ebenso beim Geschriebenen. Gelesen wird vor allem klar «Klassenkämpferisches», was die eigene «revolutionäre» heile Welt bestätigt, was nicht durch ungewohnte Sprache verunsichert. Un-heile Gedichte usw. werden nicht verdaut, weil nicht superklar erkennbar ist, auf welcher Seite der Produzent steht. Verunsicherung und Kultur-Revolution ist nicht (mehr) gefragt, auch bei Linken nicht. *A. Ruckstuhl, Schocherswil*

Wiedervereinigung?

«Wer ist die Linke im neuen Kanton», von Beat Schneider, Nr. 10/78

Es ist noch keinen Monat her, dass die Gründung des Kantons Jura durch die Mehrheit des Schweizervolks beschlossen wurde, und schon wird von der «Wiedervereinigung» mit dem Südjura gesprochen.

Für wie beschränkt hält eigentlich Beat Schneider (und seine Gesinnungsgenossen) die Schweizer? Da will sich ein Teil des bisherigen Kantons Bern selbständig machen. Okay, sollen sie. Es wurden mehrere Abstimmungen durchgeführt, deren Ergebnisse schliesslich das Territorium des neuen Kantons bestimmten. Warum sollten jetzt die Bewohner des Südjuras mit dem Nordteil «wiedervereinigt» werden? Kann man nicht deren politische Auffassung respektieren? Sie bevorzugen offenbar den Verbleib beim Kanton Bern. Ist es da richtig, mit Parolen wie «. . . der Kampf geht weiter!» zu agitieren? Was interessiert denn den neuen Kanton so am Süden? Es handelt sich meiner Auffassung nach um völlig egoistische Ziele: mehr Menschen im Kanton = mehr Steuerzahler = mehr Finanzen. Gleichzeitig liebäugelt man natürlich auch mit den Industriebetrieben des Südjuras. Aber das gibt man logischerweise nicht zu.

Hat es eine Zeitung wie «das konzept» nötig, solche fadenscheinigen Artikel zu veröffentlichen? Oder ist die Redaktion sogar der gleichen Meinung wie Beat Schneider? – Herzliches Beileid!

Christian F. Buser, Frick

Die Stellungsnahmen der linken Parteien zum Artikel «Wer ist die Linke im neuen Kanton» 10/78 mussten aus Platzgründen (Jungk-Rede) auf die nächste Nummer verschoben werden. Die Red.

Frauenverlage

«Die Frauen schreiben sich aus einer Zuschauerrolle heraus», von Beate Koch, in Nr. 10/78

Donnerstagmorgen in Halle 5 der Buchmesse in Frankfurt: Eine junge Frau zeigt mir den Weg zum Lokal, wo in einigen Minuten die Presskonferenz der Frauenverlage beginnt. Neben mir sitzt eine Genossenschafterin des Limmat-Verlags in Zürich, gegenüber Berta Rahm vom Ein-Frauen-Verlag ALA (ZH). Sonst kenne ich niemand. Man nennt mir einige Namen von Verlagen: *Amazonen-Verlag,* Berlin, *Come out,* München, *Des Femmes,* Paris, *Tartaruga,* Milano, dann ein feministischer Verlag aus England und Holland. Und natürlich die *Frauenoffensive.*

Zu Beginn wird ein Paper vorgelesen, das das Ergebnis der internationalen Konferenz feministischer Verlage vom 14. bis 16. Oktober in München ist. Die Konferenz stand unter dem Motto: Frauen lesen Frauen – Frauen schreiben Frauen – Frauen publizieren Frauen – Frauen lieben Frauen. Das erwähnte Paper fasst zusammen, was den teilnehmenden Verlegerinnen gemeinsam ist. Eine wichtige Stelle daraus: *«Alle feministischen Verlage arbeiten kollektiv für ihr Anliegen und verstehen ihre Arbeit innerhalb eines übergreifenden Kontexts, das heisst, innerhalb dieses Kollektivs gibt es keine Hierarchie, keine Karriereleiter, an der wir uns hochrangeln. Wissen, Erfahrungen und oft auch die Arbeitsbereiche werden geteilt, ausgetauscht. Die Gehälter sind entweder alle gleich oder richten sich nach den individuellen Bedürfnissen – zum Beispiel Frau mit Kind –, oder die Arbeit wird unentgeltlich geleistet.»*

Beate Koch («Die Frauen schreiben sich aus einer Zuschauerrolle heraus», «konzept» Nr. 10/78) beschreibt genau das, was die Frauenverlegerinnen ebenfalls feststellten und nun zu verändern beginnen: dass die Literaturgeschichte eine Männer-Literaturgeschichte ist. Es wird betont, dass die Literaturgeschichte bis heute eine Frage der *Selektion* sei. Es gelte, diese Selektion zu durchbrechen, indem Frauen publizierten, was Frauen angeht, zum Beispiel auch ein zu Unrecht bei uns unbekanntes Essay von *Virginia Woolf, «Drei Guineen»,* worin sie sich von männlicher Gewalt distanziert und es ablehnt, diese Gesellschaft des Patriarchats, wo die Frau keine Stimme hat, zu akzeptieren. Es sei wichtig, dass die Frauenverlage ihre Ideen, Erfahrungen und ihr Wissen austauschten. Die beteiligten Verlegerinnen glauben, dass ihre Bücher einen wichtigen Beitrag zur Emanzipation der Frauen leisten.

Im Verlauf der Konferenz wird darauf hingewiesen, dass zurzeit einig «kapitalistische» Verlage auf der «Frauenwelle» reiten. Erwähnt sei nur der *Rowohlt-Verlag* mit der Reihe *Neue Frau.* Es wird als negativ empfunden, dass die Frauenbewegung kommerziell ausgenützt werde. Eine anwesende Vertreterin des Rowohlt-Verlags wehrt sich gegen diesen Anwurf und betont die Vorteile eines grossen Verlags mit grossem Verteilernetz. Die Verbreitung sei viel besser gewährleistet, die Druckqualität sei gut usw. Demgegenüber betonen die Kleinverlegerinnen, wie wichtig es sei, ein Gegengewicht zur Kommerzialisierung der Literatur zu bilden.

Jemand fragt nach Tendenzen. Es wird betont, dass das publiziert wird, was den Frauengruppen, aus denen Verlegerinnen stammen, wichtig sei. Die Holländerin erwähnt, dass in Holland die Gesundheit der Frau und die Abtreibungsfrage im Vordergrund stünden. Der holländische Frauenverlag hat eine Frauendruckerei zur Verfügung. Die Verlegerinnen aus Deutschland möchten ebenfalls eine Frauendruckerei aufziehen. Das Problem für alle Gruppen ist jedoch das Geld, da eine Druckerei ein relativ grosses Startkapital braucht.

Katrin Gossenreiter

HINTERGRUND

«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Berichte hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 1.80 Fr in Briefmarken erhältlich. «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Nestlé: Keine Babies mehr getötet?

f. h. Etwas mehr als zwei Jahre ist's her, seit die Nestlé Alimentana S. A. in Bern dazu verurteilt bzw. in einem Richterspruch dazu aufgefordert wurde, ihre Werbepraktiken in der dritten Welt zu ändern. Vor 29 Monaten hat sich die Nestlé eine verletzte Ehre bescheinigen lassen. Man darf also nicht mehr sagen: «Nestlé tötet Babies» (Vgl. «konzept» 7/74 und 12/75). Doch: Tötet Nestlé keine Babies mehr?

Die Fakten: Unzählige Berichte aus der dritten Welt zeigen, dass sich die Situation wenig geändert hat, dass Nestlé die todbringende Babynahrungs-Werbung nicht eingestellt hat, im Gegenteil. Die Marketingmethoden sind lediglich raffinierter und gefährlicher geworden, wie die Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern in einer Dokumentation nachweist.

- Auf den *Philippinen* ist es in vielen Spitälern üblich, dass Nestlé und zwei ihrer Konkurrenzfirmen turnusgemäss je einige Wochen lang die Milch für alle Neugeborenen liefern und Gratismilch verteilen dürfen. Haben die Mütter aufgehört zu stillen, so bleiben sie abhängig. Die Ärzte erhalten Geschenke usw.
- In der *Dominikanischen Republik* schenkt Nestlé der Regierung riesige Mengen von Babymilch, die dann in staatlichen Milchbanken verkauft wird.
- In *Südafrika* erschien eine Anzeige für das Nestlé-Produkt «Nan» mit dem Titel: «Jetzt kann Papi dem Baby alles Nahrhafte von Mutters Milch geben.»
- Obwohl Nestlé 1975 die Öffentlichkeit mit einem «Moralkodex» («Aus der Beschriftung der Produkte muss eindeutig hervorgehen, dass Brustmilch die beste Nahrung für moderne Kleinkinder ist») hinters Licht zu führen suchte, schreckte der Schweizer Multi nicht davor zurück, «Nan» in *Guatemala* ausschliesslich mit folgender Aufschrift zu verkaufen: «Sie können ‹Nan› mit vollem Vertrauen verwenden. Es ist eine Nahrung in Pulverform, die mengen- und qualitätsmässig der Muttermilch ähnlich ist und sich zum Gebrauch von der Geburt des Kindes an eignet» (gesehen im Februar 1978, Infact).
- Anlässlich von Hearings einer US-Senats-Kommission wurde gegen die Hersteller von Babymilch ausgesagt. Natividad Clavano, eine Kinderärztin aus den Philippinen, erklärte, in ihrem Spital sei die Kindersterblichkeit um die Hälfte gesunken, nachdem auf die Verwendung von künstlicher Babymilch weitgehend verzichtet worden sei.

Doch die Propagierung mittels knallharter Marketingmethoden ist nur ein Aspekt des mit Nestlé zusammenhängenden Kindersterbens. In den letzten Augusttagen dieses Jahres verschüttete Nestlé in *Kolumbien* 300 000 Liter Milch. Ziel dieser Aktion, die zahlreiche monopolkapitalistische Vorbilder hat, war es, der Nestlé-Firma Cicolac in Kolumbien das Monopol auf der Milchverarbeitung zu sichern und zu erhalten. In Kolumbien sterben täglich mehr als 100 Kinder an Unterernährung.

Laut Nestlé-Gewerkschaft in Kolumbien kontrolliert Cicolac in einzelnen Regionen 60 bis 70 Prozent der Milchproduktion. Gleichzeitig werde bei gleichbleibendem Preis die Verkaufsmenge vermindert (400 statt wie früher 454 Gramm) und die Konzentration herabgesetzt (für ein Glas Milch vier Löffel Milchpulver, früher zwei Löffel).

Ausführlicher Bericht erhältlich bei: Arbeitsgruppe Dritte Welt, Postfach 1007, 3001 Bern.

«Gessler war ein Waisenknabe!»

Fortsetzung von Seite 1

behörden einen seit dem 24. August dieses Jahres in Kraft getretenen Katalog von Sicherheitsvorschriften ausgearbeitet, der vorsieht, dass eine grosse Zahl der in der Atomindustrie Beschäftigten sich einer *fünf bis zehn* Jahre in die «Vergangenheit» zurückgehenden, peinlich genauen Überprüfung ihrer politischen Ansichten und ihres Privatlebens unterwerfen müssen. Sie sollen sich ausserdem bereit erklären, dass sie gegen die weitere ständige Beobachtung ihrer Person während der Zeit ihrer Anstellung nichts einzuwenden hätten. Darüber hinaus wurde ab sofort die sogenannte *«Zwei-Männer-Regel»* eingeführt. Das heisst, es müssen an zahlreichen Arbeitsplätzen, die bisher von einem Beschäftigten ausgefüllt wurden, jetzt zwei Arbeiter angestellt werden, die sich gegenseitig überwachen und übereinander berichten sollen.

Seither beginnt in der Atomindustrie ein Klima zu herrschen, wie wir es besher nur von den schlimmsten totalitären Regimes kennen. Nicht genug damit: Es ist auch durch die geduldigen Recherchen der amerikanischen Atomgegner ans Licht gebracht worden, dass in mindestens zwei US-Bundeststaaten, nämlich Georgia und Kalifornien, Privatdetektive im Auftrag der dortigen Energiewirtschaft sich in die Atomgegnerbewegung eingeschlichen haben, um Spitzelberichte herzustellen. In einem Fall befand sich bei den Besetzern einer AKW-Baustelle unweit San Francisco ein solcher Spion, der dann beim Prozess gegen seine «Freunde» aussagte.

Geistige Umweltverschmutzung!

Ich berichte über diese Vorgänge, weil sie mir typisch erscheinen für eine Art der Umweltverschmutzung, die mindestens so gefährlich ist wie die umweltgefährdung durch Strahlung: ich meine die *Vergiftung aller zwischenmenschlichen Beziehungen* durch ein bedrückendes System der *institutionalisierten unauflöslichen Misstrauens.*

Es ist unvermeidlich, dass ähnliche Vorschriften und Massnahmen in europäischen Kernkraftländern kommen werden – wenn es sie nicht schon gibt. *Gessler war ein Waisenknabe,* verglichen mit den Atomvögten und ihren Bütteln. Denn sie arbeiten mit raffinierten Überwachungstechniken, die es zu Tells Zeiten noch nicht gab. Wie hätte wohl ein durch Abhörprotokolle angereicherter *Computer-Steckbrief* des währschaften Armbrustschützen ausgesehen? Wieviel hätte die *Busipo* des «Hauses Habsburg» wohl an Belastendem über ihn und seinen Sohn, den Melchtal und all diese verdächtigen Schwyzer herausgefunden? Scherz beiseite: die Langzeitschäden, die durch die Installationen der Atomindustrie entstehen, werden leider erst in ein paar Jahrzehnten jedermann klar vor Augen treten. Die Schäden aber, die durch die Zerstörung des Vertrauens und die behördlich gestattete, ja geradzu geforderte Untergrabung der demokratischen Freiheiten angerichtet werden, spüren wir schon heute.

Seid auf der Hut vor Atomvögten, ihren Prüfern, Überwachern und Spitzeln. Wehrt euch für die Freiheit, ehe es zu spät ist. Sagt *«Nein»* (zur Busipo. Die Red.) zu einer Zukunft voller Misstrauen und Angst. Die Atomschutzabstimmung im Februar muss ein *«Tellschuss»* werden: der neuen Atomdespotie mitten ins Herz! ●

Ein Atom-Zauberlehrling

Rechtzeitig auf die Anti-Atom-Kampagne hin hat der engagierte Kabarettist Franz Hohler eine kurze Politsatire geschrieben: «Der Erfinder». Das Stück dauert 15–20 Minuten, lässt sich ohne weiteres von völlig unbedarften Laien spielen und illustriert sehr einprägsam und augenfällig eines der ungelösten Probleme der Atomenergie. Der Erfinder hat ganz neuartige Bauelemente erfunden, hat aber nicht genug Kraft, um sie aufeinanderzuschichten. Er lässt sich von seiner Tochter aus dem Bleischrank im Keller das «Chörbli mit de Atömli dinn» bringen. Mit dem Beil spaltet er eines der «Atome». Sofort treten zwei vermummte Riesen hervor und verrichten auf sein Geheiss die schwere Arbeit. Der Erfinder dankt, und sie könnten jetzt gehen. Aber die zwei bleiben. 20 000 Jahre wollen sie bleiben, und sie haben heiss, immer heisser, bald werden sie alles verbrennen. Der Erfinder bleibt zuversichtlich: Durch nochmalige Kernspaltung zaubert er zwei weitere Riesen hervor, welche für die ersten beiden einen Kühlturm zu bauen haben. Aber die zwei werden auch immer heisser, müssen auch gekühlt werden . . . Das geht so in verschiedenen Varianten weiter, bis der Erfinder, kurz vor der Katastrophe, überfordert zusammenbricht.

*

Text, Schnittmuster zur Herstellung der – sehr einfachen – Kostüme sowie Tonband sind gegen den bescheidenen Betrag von 6 Fr. (es darf auch etwas mehr sein. Die Red.) bei Frau R. Schudel, im Strähler 7, 8047 Zürich, zu beziehen. Einzahlungen auf PC 80 - 46 550 mit dem Vermerk «Franz Hohler» auf der Rückseite.

S Busipo-Lied

«Stille sitze, loose, folge
dr blau Maa garantiert dir
d Sicherheit» . . .

Gerade rechtzeitig zur Gösgen-Demonstration vom vergangenen Sonntag hat Ursi Baur ihr Busipo-Lied fertiggestellt, zur grossen Freude der 5000 AKW-Gegner, die bei der «Uraufführung» auf dem Kernkraftgelände begeisterten Beifall zollten. Für alle, die nicht dabei waren oder das Lied noch einmal hören wollen: Es gibt bereits eine Schallplatte davon! Sie kann am Anti-Repressions-Kongress vom Demokratischen Manifest (18./19. 11.) in Zürich oder beim VOX-POP-Verlag, Zürich, bezogen werden.

Ein Film über Gösgen

Seit kurzem verleiht die Filmcooperative Zürich den zweistündigen Anti-AKW-Film «Gösgen – ein Film über die Volksbewegung gegen Atomkraftwerke», produziert vom Filmkollektiv Zürich. Er dokumentiert die Widerstandsaktionen gegen Gösgen: die legalen Vorstösse mit allen rechtlichen Mitteln von 1972/73 (und deren Wirkungslosigkeit), die Ausweitung der Bewegung bis zu den Besetzungen der Zufahrtswege im Sommer 1977.

Verleih und Dokumentation: Filmcooperative Zürich, Josefstrasse 106, 8031 Zürich (01/42 15 44).

Dietrich Kittner in der Schweiz

Dietrich Kittner, der bekannte Polit-Kabarettist und Ein-Mann-Revueist – «das konzept» lud ihn 1977 nach Zürich ein mit seinem Erich-Weinert-Programm – gastiert wieder einmal in der Schweiz, und zwar am

Freitag/Samstag, 17. und 18. 11, 20.30 Uhr in Schaffhausen im Theater im Eichenen Fass, am Sonntag 19. 11. in Zofingen im Primarschulhaus, und am Mittwoch, 22. 11., um 20 Uhr im Restaurant «Kreuz».

das konzept Tip

++ redaktionelles ++ redak

Allein oder mit andern?

Unter diesem Titel informiert die «Leserzeitung» über die seit längerer Zeit laufenden Fusionsgespräche mit dem «konzept», «focus» und «zeitdienst» – bzw. über das vorzeitige Ende der «Verhandlungen». Denn die «Leserzeitung» geht in die Offensive, hat sich nun offenbar für «allein» entschieden: Am 25. November wird der Vorstand der Leserversammlung vorschlagen, das Projekt «LZ»-Wochenzeitung mit Volldampf voranzutreiben. Optimisten sehen die Leser-Wochenzeitung schon im Februar 1979 als Realität . . .

*

Und «das konzept»? Auch wir werden also bis auf weiteres allein unsere bzw. Ihre Zeitung herausgeben – und weiterhin «nur» alle Monate. Wir glauben aber, dass trotz Aktualitätsrückstand «das konzept» mit fundierten Analysen, Interviews, Hintergrundberichten alle vier Wochen in der allgemeinen Informationsflut durchaus seinen Platz hat (zumal es immer noch 18 Franken kostet und nicht um die 75 Franken, wie es für das Jahresabo der Leserwochenzeitung vorgesehen ist.) Beweisen müssen dies aber unsere Leser und Abonnenten.

*

Solange S i e uns zeigen, dass «das konzept» nötig ist, werden wir uns mit Freude dafür einsetzen, dass es gut bleibt und besser wird. *Die Redaktion*

das konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30. PC-Konto 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Georg Hodel, Ruedi Küng, Rolf Nef, Liselotte Suter.

Redaktionsstelle Bern: Fredi Hänni, Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETH Z).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000

Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–). PC-Konto 80-37626

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. ✆ (01) 47 75 30. PC-Konto 80-36651 1-sp-mm-Zeile – .62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

Mitarbeiter-Sitzung: **17. 11. 78**
Weinbergstrasse 31 12.00 Uhr
Redaktionsschl. **Nr. 12: 24. 11. 78**
Inseratenschluss: **Nr. 12: 30. 11. 78**

*Die Situation der Lehrlinge in der Schweiz: Interview mit Viktor Moser**

«Viele Lehrlinge haben bereits resigniert»

Im Zusammenhang mit der eidgenössischen Volksabstimmung über das neue Berufsbildungsgesetz vom ersten Dezemberwochenende und der Referendumskampagne, die der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) dagegen führte, hat die Lehrlingsfrage ihren Stiefkindcharakter in den bildungspolitischen Diskussionen etwas abtragen können. Höchste Zeit war's. Seit die Lehrlinge sich Ende der 60er Jahre selbst zu organisieren begannen, haben zumindest die Gewerkschaften die Bedeutung der Ausbildung der angehenden Berufsleute eingesehen. Den schweizerischen Linksparteien möge diese Erkenntnis gelegentlich auch noch kommen. «das konzept» geht in einem Interview mit dem Jugendsekretär des Gewerkschaftsbundes, Viktor Moser, auf die bildungspolitischen Aspekte der Lehrlingssituation ein und fragt nach Interessenkonflikten, die sich aus den Bedürfnissen der Lehrlinge und der Situation auf dem Arbeitsmarkt ergeben. In einer nächsten Nummer sollen Lehrlinge, Berufsberater, Lehrmeister und Gewerbeschullehrer selbst zu Wort kommen.

«das konzept»: Welche Bedeutung hat die Berufsbildung in der Schweiz, und welcher Stellenwert wird ihr im Rahmen der Bildungspolitik beigemessen?

Viktor Moser: Rein quantitativ betrachtet, zeigt sich die Bedeutung der

Mit Viktor Moser sprachen Bruno Baeriswyl und Marianne Fehr.

Berufsbildung darin, das 70 Prozent der männlichen Jugend und rund 34 Prozent der weiblichen Jugend eine Berufslehre beginnen, welche dem Berufsbildungsgesetz unterstellt ist. Im Moment stehen rund 150 000 Jugendliche in der Berufsausbildung. Aus diesen Zahlen ist auch zu lesen, dass die Mädchen krass benachteiligt sind.

Ein wichtiger Punkt: Die Berufslehre ist für viele unter diesen Jugendlichen praktisch die letzte Etappe auf ihrem Bildungsweg. Sie treten nachher «ins Leben hinaus» und werden sich später kaum mehr weiterbilden. Bestenfalls werden sie betriebsintern von einer Funktion auf die andere umgeschult.

Das Spektrum der Berufslehren reicht sehr weit. Rund 270 verschiedene Lehrberufe sind dem Berufsbildungsgesetz unterstellt (nicht enthalten sind Sozial- und Pflegeberufe, paramedizinische Berufe usw). Der Stellenwert der Lehrlingsausbildung ist also sehr gross, denn sie betrifft alle Bereiche, vom Kleingewerbe bis zur Grossindustrie. Im Gegensatz zu dieser objektiven Bedeutung steht der Stellenwert, den die verantwortlichen Behörden der Berufsbildung beimessen: *Für 150 000 Lehrlinge wird sechsmal weniger Geld ausgegeben als für 50 000 Studenten.* Ausserdem ist die Berufsausbildung praktisch aus allen andern Bildungszweigen ausgeklammert. Sie untersteht rechtlich dem Volkswirtschaftsdepartement, also

Berufsbildung aus der Bildungspolitik ausgeklammert

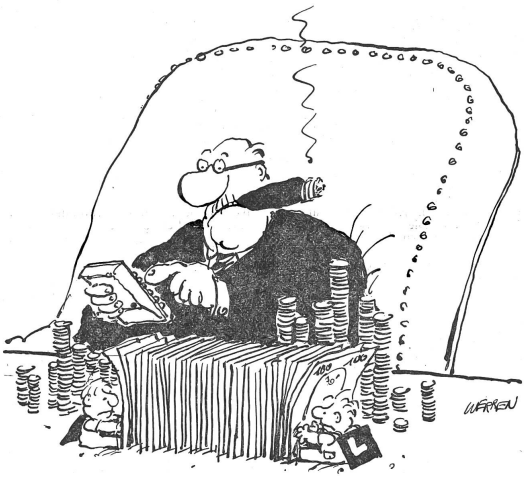
dem BIGA. Das zeigt, dass vor allem wirtschaftliche Interessen die Lehrinhalte und Lehrformen bestimmen.

Wieweit ist eine solche Berufsbildung, die vor allem durch den Einfluss der Unternehmer bestimmt ist, auch auf die Bedürfnisse der Lehrlinge zugeschnitten? Gibt es zwischen Lehrlingen und ihren Arbeitgebern eine Interessenharmonie, und wie gross ist sie?

In einem bestimmten Sinn besteht diese Interessenharmonie: In verschiedenen Betrieben werden die Lehrlinge fachlich sehr gut ausgebildet. In anderen Betrieben der gleichen Branche sind die Verhältnisse verheerend. Die Qualitätsunterschiede innerhalb derselben Sparte können gewaltig sein. Schliesslich wird der Lehrling während vier Fünfteln seiner Ausbildungszeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgebildet und steht also privaten Interessen gegenüber. Schliesslich hängt die Qualität der Ausbildung auch von der Betriebsstruktur ab: Logischerweise bekommt er in einem Betrieb mit grossem Maschinenpark, guter Auftragslage usw. mehr an fachlicher Qualifikation mit, sofern er nicht während Jahren immer dieselbe Arbeit machen muss. Seine Interessen stehen jedoch denen des

Der Stift rentiert sehr häufig

Arbeitgebers diametral gegenüber, wenn er lediglich *als billige Arbeitskraft ausgenützt* wird und wochenlang ausbildungsfremde Arbeit leisten muss.



Interessenunterschiede bestehen auch in bezug auf die Schule: Der Arbeitgeber ist interessiert, den Stift möglichst oft im Betrieb zu haben, denn schliesslich rentiert er. Im KV-Bereich rechnet man mit der Summe von 18 000 Fr., die der Lehrmeister am Lehrling während der Ausbildung verdient; wobei der KV-Lehrling 1½ Tage zur Schule geht, die meisten andern nur einen Tag.

Anderseits muss man sich fragen, wie die Lehre den Jugendlichen auf die verschiedenen Rollen, die er später übernehmen muss, vorbereitet, wenn wöchentlich drei Stunden für Allgemeinbildung zur Verfügung stehen. Es wird mit allen Mitteln verhindert, dass sich dies ändert. Klar ist: Offensichtlich hat das schweizerische Unternehmertum alles Interesse daran, dass den Lehrlingen bloss sehr dürftige politische und volkswirtschaftliche Kenntnisse vermittelt werden.

Etwas anderes: Wird in Zukunft die Zahl der un- und angelernten Arbeiter zunehmen?

Die Tendenz geht in Richtung einer *Polarisierung der Qualifikationsstruktur:* Weniger Leute, die eine traditionelle Berufslehre machen, mehr Leute, die eine Berufslehre mit Berufsmittelschule oder Technikum absolvieren – also Kader – und auf der andern Seite wesentlich mehr An- und Ungelernte.

Die Anlehre kommt natürlich auch dem Interesse der Unternehmer am Lohndruck entgegen. Die als Lohndrücker missbrauchten 250 000 Ausländer sind weg, ebenso hat man die Frauen wieder an ihren angestammten Platz am häuslichen Herd zurückverwiesen. Nun wird eine neue Kategorie von Lohndrückern benötigt. Dies ist zumindest eine der Auswirkungen der Anlehre, wie sie im neuen Berufsbildungsgesetz vorgesehen ist.

Wer vertritt denn eigentlich die Interessen der Lehrlinge?

In erster Linie die Gewerkschaften. Ende der sechziger Jahre begannen sich die Lehrlinge selber zu organisieren. Bis zu diesem Zeitpunkt haben die Gewerkschaften die Lehrlingsfrage eindeutig vernachlässigt. Nun fuhr ihnen natürlich der Schock in die Knochen. Sie begannen sich vermehrt mit der Lehrlingsausbildung zu beschäftigen. In den schweizerischen Linksparteien ist das Problembewusstsein der Berufsbildung schlecht entwickelt. Sie kümmern sich kaum um die Lehrlinge.

Wie werden die Jugendlichen auf die Berufslehre bzw. auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet? Werden sie darüber orientiert, wie sie sich dort zurechtfinden können, wie sie die Marktmechanismen durchschauen können?

Die Informationen, die über die verschiedenen Berufe abgegeben werden, sind in der Regel ungenügend. Der angehende Lehrling weiss kaum, welche Möglichkeiten ihm offenstehen. Somit ist auch die Berufswahl häufig sehr zufällig. Über-

Die Berufswahl ist oft zufällig

haupt ist die Berufsberatung schlecht ausgebaut. Im Zusammenhang mit dem neuen Berufsbildungsgesetz hat der SGB verlangt, dass die eigentliche Schulberatung eingeführt werde: Regelmässige Information in der Schule, Betriebsbesichtigungen usw.

Der Übergang von der Schule zum Beruf ist für die meisten Lehrlinge ein Schock. Plötzlich stehen sie in einer Hierarchie, die sie nicht durchschauen können, müssen 8 Stunden pro Tag arbeiten, haben lediglich 4 Wochen Ferien und müssen sich anpassen. Dieser Schock, plötzlich in einer völlig andern Sitation zu stehen, kann sehr rasch zur Resignation führen.

Über die Marktmechanismen weiss er überhaupt nicht Bescheid. Wie sollte er auch. Er kann höchstens einschätzen, dass die Wirtschaftslage nicht gerade günstig ist, denn das hat er ja bei der Lehrstellensuche gespürt.

Immer noch wird erklärt, der Jugendliche könne seinen eigenen Neigungen entsprechend eine Lehrstelle finden. Wird diese Behauptung durch die angespannte Situation auf dem Lehrstellenmarkt und die frühe Selektion nicht widerlegt?

In den letzten zwei Jahren, seit einerseits die geburtenstarken Jahrgänge die Schulen verlassen und andrerseits verschiedene Wirtschaftszweige in Schwierigkeiten stecken, ist die *Zuteilungsfunktion der Schule* wieder sehr deutlich spürbar: Die Schule funktioniert als Verteiler von Lebenschancen. Heute ist es von grosser Bedeutung, ob jemand formale Qualifikationen mitbringt. Aufgrund der Noten, der Schule, die jemand besucht hat, wird er beispielsweise Metzger oder Hochbauzeichner.

Von einer freien Berufswahl zu sprechen ist unsinnig

Vor rund 10 Jahren war diese Funktion nicht derart offensichtlich. Damals beklagte man einen Mangel an Lehrlingen. Praktisch jedermann hatte die Wahl, dies oder jenes zu lernen. Heute ist diese Wahl noch drastischer eingeschränkt. Aber nicht nur die Berufswahl wird eingeschränkt durch das Angebot, sondern überhaupt die Möglichkeit, eine Berufslehre zu absolvieren. Im Zusammenhang mit der Anlehre wird oft argumentiert, dass nicht jeder die Fähigkeiten besitze, eine normale Lehre zu machen. Nun sind die Kriterien, ob jemand fähig ist oder nicht, natürlich sehr schwankend. Diejenigen, die vor einigen Jahren noch fähig waren, sind es heute nicht mehr; sie werden in die Kategorie «Anlehre» abgeschoben, weil sie einem geburtenstarken Jahrgang angehören und die Schule in einer Phase der wirtschaftlichen Krise verlassen. Das Recht auf Bildung ist also abhängig von Konjunkturschwankungen und andern Variabeln, wie zum Beispiel der demographischen Entwicklung.

Wie reagieren Lehrlinge auf ihre spezifische Situation? Wie wird ihre Politisierung gefördert? Findet sie überhaupt statt?

Ein beträchtlicher Teil der Lehrlinge hat bereits resigniert. Warum? Wenn der Jugendliche die Schule verlässt, ist er geprägt von bestimmten *gesellschaftlich vermittelten Erfolgs- und Karriereerwartungen.* Er tritt in die betriebliche Hierarchie ein, ist der unterste der Hierarchie und spürt von allen Seiten einen enormen Druck. Nun wächst die Diskrepanz zwischen Erfolgserwartungen und der konkreten Realität. Als Folge davon resignieren die meisten oder wenden sich den hinlänglich bekannten Ersatzhandlungen zu. Andere vertrösten sich auf später, geben sich zufrieden und erhalten ihre Karriereerwartungen aufrecht. Es sind wohl auch dieselben, die viel leisten und auch gefördert werden, weil sie schliesslich «gut» sind (im Gegensatz zu den «Schlechten», die nicht gefördert werden müssen!) Andere wiederum – leider eher eine Minderheit – politisieren sich. Es ist sehr schwierig, die Lehrlinge zu politisieren. Da im Betrieb hauptsächlich eine Untertanenmentalität herangezüchtet wird, ist der Anpassungsdruck enorm. Wenn ein Lehrling allerdings einmal die Faust aus dem Sack genommen hat, ist er auch bereit, sich einzusetzen für eine Sache. Im Gegensatz etwa zu Studenten an der Uni, betreibt er weit weniger «Politik im Konjunktiv»: Er sagt sich nicht, «man sollte, man müsste . . .», sondern handelt, probiert. Bei der Unterschriftensammlung fürs Referendum waren viele Lehrlinge bereit, mehrere Samstage hintereinander auf der Strasse zu stehen.

Es ist schwierig, die Lehrlinge zu politisieren

Am neuen Berufsbildungsgesetz haben sich die verschiedenen Interessen in der Lehrlingspolitik polarisiert. Was geschieht, wenn das Berufsbildungsgesetz angenommen wird?

Sicher wäre dies kein absolutes Unglück. Für mich zählt mindestens ebenso, dass die Unterschriftensammlung für das Referendum ein Erfolg war. Es ist gelungen, die Basis, vor allem die Jugendlichen, zu mobilisieren. Dadurch war es möglich, die Lehrlingsfrage breit zur Diskussion zu bringen.

Unsere weitere Strategie bleibt bei einem Ja oder einem Nein im wesentlichen gleich, wobei wir natürlich im Falle einer Ablehnung des Gesetzes die Verbesserungen mit Druck anstreben können.

Ganz bestimmt werden wir uns nicht bloss auf die eidgenössische Ebene kon-

Schluss auf Seite 10

Viktor Moser ist Sekretär der Jugendkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und Mitarbeiter der Schweizerischen Arbeiterbildungszentrale (SABZ). Er ist verantwortlich für die Kampagne des SGB gegen das neue Berufsbildungsgesetz.

Der Lehrstellenmarkt

Vom Agrobiologielaboranten bis zum Zolldeklaranten werden heute in der Schweiz 830 Berufe anerkannt (Berufsberaterverband). 268 davon sind dem Berufsbildungsgesetz (BBG) unterstellt. Traten 1935 31,7 Prozent aller Schulabgänger eine Lehrstelle in einem BBG-Beruf an, so waren es 1977 rund 55 Prozent. Erstmals kletterte die Zahl der bei rund 60 000 Lehrmeistern unter Vertrag Stehenden auf über 150 000, genau: 151 483 Lehrlinge und -töchter. Der Anteil der *Ungelernten* des jeweiligen Jahrgangs hat seit 1945 von rund 25 auf unter 7 Prozent abgenommen. Das jetzt zur Abstimmung kommende Berufsbildungsgesetz könnte leicht eine Verringerung des Lehrstellenangebots zur Folge haben, weil die Unternehmer vermehrt auf die Anlehre ausweichen würden. Der Bedarf an Lehrstellen für die kommenden Jahre – die geburtenstärksten Jahrgänge werden in den Markt drängen – wird denn auch unterschiedlich prognostiziert. Das Bundesamt für Industrie Gewerbe und Arbeit (BIGA) spricht seit Anfang dieses Jahres von 13 000 bis 14 000 zusätzlichen Lehrstellen, während im vorigen Jahr noch von zusätzlichen 30 000 bis 35 000 neuen Ausbildungsstellen gesprochen worden war. Die zwangsweise Abwanderung der Ausländer wird zu dieser neuerdings konservativen Einschätzung – neben der erwarteten Anlehre – dazu beigetragen haben.

Jugendarbeitslosigkeit

Auch 1978 werde «kein Schulentlassener auf der Strasse stehen», erklärte Fritz Heiniger, Zentralsekretär des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung. Das mag durchaus zutreffen. Denn: Die Jugendarbeitslosigkeit wird durch das helvetische (Berufs-)Bildungssystem *aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.* Bleibt der Anteil der unter 20jährigen unter 5 Prozent, so steigt er für die Altersgruppe 20 bis 24 Jahre auf 21,5 Prozent (Ende Juli 1978). Krass sieht das Bild aus, wenn auch noch die Altersklasse 25–29 dazugenommen wird: 42,9 Prozent aller Arbeitslosen! Auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Januar 1976 waren sogar 45 Prozent aller Stempelnden weniger als 30 Jahre alt. Dagegen ist die Benachteiligung der Frauen gestiegen: von 23,8 Prozent Frauenanteil im Januar 1976 auf 39,1 Prozent im Juli 1978.

Junge Frauen sind zudem öfter arbeitslos als junge Männer (unter 30 Jahre alte Frauen stellen 50,1 Prozent aller weiblichen Arbeitslosen, bei den Männern 38,3 Prozent – Juli 1978). Andererseits hat eine Untersuchung in den Kantonen Zürich, Aargau und Schaffhausen gezeigt, dass Jugendarbeitslosigkeit *nicht vom erlernten Beruf abhängen* muss. 11 Prozent der Lehraustretenden aus der rezessionsgeschüttelten Bauindustrie waren zwei bis drei Monate nach Lehrabschluss noch arbeitslos, bei einer Gesamtarbeitslosenrate unter Lehrentlassenen von 8,7 Prozent (über 10 000 Befragte).

Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass viele Jugendliche nach der Lehre – wie ältere Arbeiter auch – dazu gezwungen werden, eine nicht ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit anzunehmen. Stempelnde verlieren bekanntlich ihren Anspruch auf Arbeitslosengelder, wenn sie eine vermittelte «zumutbare» Arbeit nicht annehmen.

«Stifte» und Studenten:

Lehrlinge – kein Thema?

«Wir gehen finsteren Zeiten entgegen», muss sich ein angehender Lehrling angesichts der Krise auf dem Lehrstellenmarkt sagen, einer Krise, die sich rein quantitativ durch den Schulabgang der geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren noch verschärfen wird. Bis 1981 müssen Zehntausende von zusätzlichen Lehrstellen geschaffen werden. Angebot und Nachfrage – dank der Attraktivität der Lehrlinge für die Arbeitgeber bisher ungefähr ausgeglichen – werden sich die Waage nicht mehr halten können.

*

Insbesondere im Produktionsbereich haben nur noch die «Besten», in der Schule beizeiten von den «Unfähigen» geschieden, eine Chance. Die Verschiebung von der Produktions- zur Dienstleistungswirtschaft hat auch zur Folge, dass hier ein Heer an Berufsnachwuchs, beispielsweise in den Verkäuferberufen, benötigt wird. Die Berufsberater können Mädchen getrost den Verkäuferinnenberuf anpreisen. Irgendwie lässt sich das ja immer mit den persönlichen Neigungen auch in Einklang bringen, nicht wahr?

Die Misere drückt auch auf die ohnehin nicht fetten Lehrlingslöhne: Sie sind nicht nur real (bei Berücksichtigung der Teuerung), sondern auch absolut gesunken – von durchschnittlich 707 (1975) auf 693 Franken (1976).

*

Für die Probleme der Lehrlinge haben sich die Gewerkschaften während langer Zeit kein Bein ausgerissen. Ohnehin sich selbst überlassen, liess man die «Stifte» vorerst mal heranreifen: Wen wundert's, dass die Politisierung nicht stattgefunden hat! Als sich im Aufwind der späten 60er Jahre die Lehrlinge auf ihre Weise (Schulboykott in Bellinzona, Lehrlingsgruppen usw.) zu wehren begannen, sahen die Gewerkschaften ihre Felle davonschwimmen. Doch es ging den etablierten Verbänden weiterhin vorab um die Lösung ihrer Nachwuchsprobleme. Der aufkeimende Widerstand wurde in die rechten Bahnen gelenkt.

Nur ein kleiner Teil der gewerkschaftlichen Arbeit spielt sich in der Schweiz im Betrieb ab, wo die Auszubildenden direkt mit ihrer Ausbeutung konfrontiert sind, wo Solidarität von der konkreten Praxis her auch geübt werden kann und wird. Immerhin hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund (unterstützt von Linksparteien und Studentenschaften) mit der Referendumskampagne gegen das in der Revision noch verschlechterte Berufsbildungsgesetz dazu Hand geboten, auch einmal die Sorgen und Nöte der Lehrlinge in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen.

Nur ein Detail, aber ein typisches, aus dem neuen und alten BBG: Fürs «Schwänzen» in der Berufsschule werden Lehrlinge und Lehrtöchter – (fast) erwachsene Menschen – «mit Busse bestraft»! Schon was von Geldstrafen für Studenten gehört?

*

Zugegeben, Studenten können nicht einfach mit «Stiften» verglichen werden. Da ist einmal der altersmässige Unterschied: Lehrverhältnisse dauern meist nicht übers 20. Altersjahr hinaus, während angehende Akademiker da erst aus der Mittelschule entlassen werden. Oder anders gesagt: Ein Lehrling wird viel früher – frisch von der Schulbank weg – bereits in den Produktionsprozess eingespannt, während sich seine Altersgenossen in den «höheren» Schulen noch während Jahren täglich die Ellbogen auf Schulpulten abschaben.

Und dann die Freiheit, seinen Beruf, seinen Arbeitgeber und seinen Arbeitsort auszuwählen – alles Rechte, welche die Studenten mit einigen Abstrichen als Selbstverständlichkeiten für sich in Anspruch nehmen. Obwohl es im Berufsbildungssektor seit je einen Numerus clausus (die Zuweisung geschieht nach erster Selektion in der Schule, beim Berufsberater oder spätestens bei der Stellensuche). Obwohl der Staat für Lehrlinge nur einen Bruchteil dessen aufwendet, was für Studenten lockergemacht wird. Obwohl die Lehrlinge für die Dauer ihres Lehrverhältnisses keine Möglichkeiten zu Berufswechseln haben – an einen Lehr-«Meister» und Arbeitsort gebunden sind. (Umgekehrt werden Lehrlinge bei Betriebsschliessungen wie andere Arbeiter auf die Strasse gestellt, ohne Garantie auf Beendigung ihrer Ausbildung!) Und obwohl der soziale Status von Lehrlingen und Berufsleuten (also auch die Entlöhnung) fast durchwegs unter jenem von Akademikern liegt.

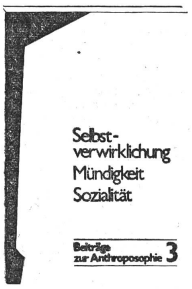
*

Da ist noch jemand erstaunt, wenn in bildungspolitischen Angelegenheiten eine Mehrheit der Stimmenden nein sagt! Jeder Arbeiter und Angestellte empfindet die tägliche Bevormundung durch «Gschtudierti» am Arbeitsplatz, in Behörden und Vereinen als Ungerechtigkeit. Es sind nicht die linken Studenten, die – so die Bürgerlichen scheinheilig – das bildungspolitische Klima in der Schweiz vermiest haben. Vielmehr gilt es, die zu diesem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unabdingbar gehörende intellektuelle Arroganz – auch von Studenten und auch gegenüber Lehrlingen oft zur Schau getragen – auszurotten.

Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Fredi Hänni

b+i

Die erste systematische Einführung in die Dreigliederung des sozialen Organismus



Eine aktuelle Antwort auf die sozialen Fragen unserer Zeit!

Im Gegensatz zur positivistisch-verstehenden Soziologie, die sich wertneutral zu halten versucht, sieht die Konzeption der Dreigliederung gerade nicht vom Wollen des Menschen ab, sondern fragt nach den Impulsen, die in der Menschheit der Gegenwart leben und sich, falls sie unerkannt bleiben, in Revolten oder Apathie offenbaren. Stefan Lebers Buch gibt nicht nur die längst fällige Einführung, sondern verbindet die sozialwissenschaftlichen Anschauungen Rudolf Steiners mit der konkreten politischen Situation.

Ca. 240 Seiten, kartoniert ca. DM 22,–

b+i

Die Zeitschrift als Alternative zu den festgefahrenen pädagogischen Medien:

päd.extra
Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik. Erscheint monatlich. Einzelnummer Fr.6.–. Im Abo jährlich Fr.68.–. In jeder Buchhandlung erhältlich oder bei buch und information, 8915 Hausen a.A. Verlangen Sie eine kostenlose Probenummer!

verlag olle&wolter
Bennholdt-Thomsen/Evers/Meschkat/Müller-Plantenberg/Olle/Schoeller (Herausgeber)

Lateinamerika
Analysen und Berichte 2
Internationale Verflechtung und soziale Kämpfe:
Berichte mit den wichtigsten Grunddaten und einem kurzen Abriss der jüngsten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zu allen Ländern Lateinamerikas.
360 Seiten, Fr.24.80

b+i

taschen-kalender '79

Frauenkalender Fr. 6.80
Herausgegeben von Ursula Scheu und Alice Schwarzer

Roter Kalender gegen den grauen Alltag, Fr. 4.50

Kinderkalender Fr. 5.–

Taschenkalender aus dem Verlag Urachhaus
Fr. 10.–
Dieser Kalender dient der Entwicklung eines zeitgemässen Zeitbewusstseins. Die Gestirne des Himmels, die Zeiten und Rhythmen der Erde, die christlichen Feste und die Geschichte der Menschheit sind seine Grundlagen.

Die Machenschaften zur Etablierung der «zwei Korea» müssen zerschlagen und das Heimatland auf friedlichem Wege vereinigt werden.

Beilage der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR)

(Auszug aus der Rede Kim Il Sungs zum 30. Jahrestag der Gründung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik am 9. September 1978)

Kim Il Sung
Präsident der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik

Genossen!

Seit der Gründung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik sind 30 Jahre vergangen, und unsere Nation befindet sich immer noch in einem Zustand der Spaltung, und die Vereinigung des Heimatlandes bleibt nach wie vor als die grösste nationale Aufgabe des ganzen koreanischen Volkes.

Die Regierung der Republik hat alle Anstrengungen mit dem Ziel unternommen, im Einklang mit dem einstimmigen Willen und Wunsch des ganzen koreanischen Volkes die Frage der Vereinigung des Landes selbständig, nach demokratischen Prinzipien und auf friedlichem Weg zu lösen. Infolge der Machenschaften der inneren und äusseren Spalter zur Etablierung von «zwei Korea» stösst jedoch die Frage der Vereinigung unseres Landes auf ernste Hindernisse und nimmt die Gefahr der ewigen Spaltung der Nation stärker zu.

Korea muss einig werden. Die koreanische Nation ist historisch eine Nation, unser Volk wünscht einmütig die Vereinigung. Die Kräfte, die gegen die Vereinigung Koreas auftreten, sind die äusseren Kräfte, die Korea erobern und regieren wollen, und es sind nur eine Handvoll Landesverräter als die inneren Kräfte, die das Land und die Nation an fremde Kräfte verkaufen.

Die Koreafrage unterscheidet sich ihrem Charakter nach grundlegend von der Frage jener geteilten Länder, die an einem Aggressionskrieg teilnahmen und zerschlagen wurden. Unser Land ist weder ein Land, das an einem Aggressionskrieg teilnahm, noch ein besiegtes Land. Unsere Nation ist eine Nation, die seinerzeit unter dem kolonialen Joch des Imperialismus unterdrückt wurde und im Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren ihre Befreiung errungen hat. Die Vereinigung unseres Landes wird nicht zur Aggression gegen andere Länder oder zur Bedrohung anderer Länder führen. Wenn Korea gespalten bleibt, wird dies im Gegenteil eine stete Quelle der Gefahr für den Frieden in Asien und in der Welt sein. Deshalb darf Korea nicht nur für die Grundinteressen der koreanischen Nation, sondern auch für einen dauerhaften Frieden in Asien und in der Welt nicht in «zwei Korea» getrennt werden. Korea muss sich vereinigen.

Die Frage der Vereinigung Koreas muss entsprechend der Forderung unseres Volkes und dem Wunsch der Völker der Welt durch einen Dialog und auf friedlichem Wege gelöst werden.

Die Regierung der Republik unternimmt alle aufrichtigen Anstrengungen, um den Dialog in Gang zu bringen, der die friedliche Lösung der Frage der Vereinigung des Heimatlandes bezweckt, und hält die Tore zum Dialog immer geöffnet. Geöffnet halten wir die Tore zum Dialog mit den USA, mit den Vertretern der südkoreanischen Obrigkeit und auch mit allen politischen Parteien in Südkorea.

Damit der Dialog für die Vereinigung Koreas durchgeführt wird und er wirklich zur Lösung der Frage der Vereinigung beiträgt, müssen die beiden Seiten der Verhandlungen von dem richtigen Standpunkt ausgehen, die Vereinigung innig zu wünschen. Wenn man nicht von dem Standpunkt ausgeht, durch gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit die Frage der Vereinigung zu lösen, und hinter dem Vorhang des Dialogs als ein Mittel zur Etablierung von «zwei Korea» anzuwenden, kann der Dialog keinen Erfolg haben, und ein derartiger Dialog ist völlig bedeutungslos. Wir dürfen keinesfalls einen Dialog für die Spaltung, sondern müssen nur einen Dialog für die Vereinigung durchführen.

Der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen dem Norden und dem Süden sind eine wichtige Massnahme zur Beschleunigung der friedlichen Vereinigung des Heimatlandes.

Der Dialog zwischen dem Norden und dem Süden, der als Ergebnis der aufrichtigen Bemühungen der Regierung der Republik endlich zustande gekommen war, ist infolge der schändlichen verräterischen Handlungen der Vertreter der südkoreanischen Obrigkeit zum Abbruch gekommen und bis heute unterbrochen. Die Vertreter der südkoreanischen Obrigkeit schwatzen in Worten von einem «Dialog» und einer «Zusammenarbeit» zwischen dem Süden und dem Norden, beschreiten jedoch in der Praxis weiter den Weg zur Konfrontation und Spaltung. Sie behaupten, dass wir die Absicht hätten, unter dem Banner des Kommunismus die Vereinigung zu erreichen, flössen in Südkorea unter dem Vorwand der von ihnen erfundenen «Drohung mit dem Überfall auf den Süden» antikommunistisches Bewusstsein ein, schüren kriegerische Stimmung und posaunen die «Vereinigung nach dem Sieg über den Kommunismus» aus. Wie könnte man unter der Losung «Antikommunismus» und «Sieg über den Kommunismus» Dialoge mit den Kommunisten führen und mit ihnen zusammenarbeiten! In jüngster Zeit haben die Vertreter der südkoreanischen Obrigkeit einen «Vorschlag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Süden und dem Norden» unterbreitet; sie wollen die «ökonomische Zusammenarbeit» mit den Kommunisten durchführen, indem sie lautstark vom «Sieg über den Kommunismus» reden. Das widerspricht aller Logik und ist nichts anderes als eine ungeschickte Tarnungskunst, womit der Spalter sein wahres Gesicht zu bemänteln versucht. Wenn die Vertreter der südkoreanischen Obrigkeit Dialog und Zusammenarbeit mit uns aufrichtig wünschten, sollen sie ihre Politik der Spaltung der Nation durch eine Politik der Vereinigung und ihre antikommunistische Politik durch eine Politik der Koalition mit Kommunismus ersetzen.

Das wesentliche Unterpfand für die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes besteht im grossen nationalen Zusammenschluss. Unter der Bedingung, da es im Norden und Süden unseres Landes in Wirklichkeit jeweils unterschiedliche Ideologie und Ordnung gibt, ist die friedliche Vereinigung des Heimatlandes, losgelöst von den Ideen und Prinzipien des grossen nationalen Zusammenschlusses, durchaus nicht denkbar. Der Kampf unserer Nation für die Vereinigung des Heimatlandes ist keineswegs ein Kampf um Kommunismus oder Kapitalismus, sondern ein Kampf zwischen den Aggressoren und den der Aggression Ausgesetzten, ein Kampf zwischen Patrioten und Landesverrätern. Das heisst, unser Kampf für die Vereinigung des Heimatlandes ist ein Befreiungskampf für die nationale Souveränität, ein patriotischer Kampf für den nationalen Zusammenschluss. Zur Vereinigung des Heimatlandes sollen demnach der Norden und der Süden davon absehen, jeweils auf den kommunistischen oder den kapitalistischen Ideen zu bestehen; sie sollen eine gemeinsame Idee, die nationale Idee in den Vordergrund stellen und auf deren Grundlage den grossen Zusammenschluss der ganzen Nation erreichen.

Wir sind nicht gewillt, Südkorea unsere sozialistische Gesellschaftsordnung und die kommunistische Ideologie aufzuzwingen. Wir sind bereit, auf der Grundlage der Ideen des grossen nationalen Zusammenschlusses die Geschlossenheit mit jeder politischen Partei Südkoreas zu fördern, ungeachtet der in Südkorea bestehenden Ordnung und Ideologie, zu der die Südkoreaner sich bekennen. Und wenn eine beliebige, politische Partei Südkoreas den Wunsch äussert, ihre Tätigkeit im nördlichen Teil der Republik auszuüben, dann werden wir dies begrüssen. Die Vertreter der südkoreanischen Obrigkeit und alle politischen Parteien Südkoreas sollten auch bereit sein, sich mit den verschiedenen politischen Parteien Nordkoreas zusammenzuschliessen, und es nicht ablehnen, wenn eine beliebige politische Partei Nordkoreas in Südkorea tätig zu sein wünscht. Nur wenn auf diese Weise der Norden und der Süden, ausgehend von den Ideen des grossen nationalen Zusammenschlusses, die Tore in die Gesellschaft völlig offenhalten und auf verschiedenen Gebieten – in der Politik, der Wirtschaft und der Kultur sowie im Militärwesen – eine vielseitige Zusammenarbeit verwirklichen, dann kann die grosse Sache, die Vereinigung des Vaterlandes, stark beschleunigt werden.

Heute wird in Südkorea eine in der Geschichte beispiellose, über alle Massen grausame und unverfrorene faschistische Herrschaft aufrechterhalten. Die südkoreanische Marionettenclique hat das faschistische «neue System» errichtet, sie verletzt rücksichtslos die Grundrechte der Volksmassen mittels der verschiedenen faschistischen, drakonischen Gesetze und der riesigen Zwangsherrschaftsmaschinerie und unterdrückt barbarisch die patriotisch gesinnte Bevölkerung und die demokratisch gesinnten Persönlichkeiten, die die Demokratie und die Vereinigung des Heimatlandes verlangen. Ohne die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft kann sich die südkoreanische Bevölkerung von der heutigen rechtlosen Lage nicht befreien; ausserdem ist es nicht möglich, den nationalen Zusammenschluss zu erreichen und nach dem Weg zur friedlichen Vereinigung des Heimatlandes zu suchen.

Zur Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft ist es notwendig, vor allem die «neue Verfassung» abzuschaffen, das «antikommunistische Gesetz», das «Gesetz über die Staatssicherheit» und die anderen faschistischen drakonischen Gesetze null und nichtig zu machen. Die rechtswidrigen Strafen, die unter Berufung auf die «Notverordnung» und die anderen faschistischen drakonischen Gesetze über die patriotisch gesinnte Bevölkerung und die demokratisch gesinnten Persönlichkeiten verhängt worden sind, sind zu annullieren; die Rede- und Pressefreiheit und die freie Tätigkeit der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen sind zu gewährleisten. Der Revolutionären Partei für die Vereinigung und den anderen illegalen politischen Parteien muss es auch ermöglicht werden, legale Tätigkeit auszuüben. Die Organisationen der Koreaner und die patriotisch gesinnten Persönlichkeiten, die im Ausland für die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft und die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes kämpfen, sollen auch die Möglichkeit erhalten, nach ihrem Wunsch nach Südkorea zurückzufahren, um politisch frei tätig zu sein.

Die Betätigungsfreiheit der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen zu gewährleisten ist die elementarste Forderung der Demokratie. Im nördlichen Teil der Republik haben jetzt alle Parteien und gesellschaftlichen Organisationen das legale Recht, frei tätig zu sein. In den meisten Ländern der Welt ist heute die Betätigungsfreiheit der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen gesichert; selbst in den imperialistischen Ländern üben die kommunistischen Parteien und die anderen progressiven politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen ihre legale Tätigkeit aus. Auch in Südkorea soll man allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen die Freiheiten und Rechte sichern, legal tätig zu sein.

Unter schweren Bedingungen, da solche grausamen faschistischen Repressalien fortgesetzt werden, entfalten heute alle südkoreanischen Bevölkerungsschichten und demokratisch gesinnten Persönlichkeiten, ohne sich zu beugen, einen energischen Kampf gegen den Faschismus und für die Demokratisierung, um demokratische Freiheiten und Rechte zu erringen. Die koreanischen Landsleute im Ausland, darunter auch diejenigen, die in Japan und in den USA leben, beteiligen sich ebenfalls, der erhabenen nationalen Mission bewusst, aktiv an dem gerechten patriotischen Kampf für die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft und die selbständige friedliche Vereinigung des Heimatlandes. Die südkoreanische Bevölkerung ist verpflichtet, ungeachtet der Unterschiede in der Ideologie, in religiösem Glauben, in der Parteizugehörigkeit und in den politischen Ansichten eine breite Einheitsfront mit allen demokratischen Kräften im In- und Ausland zu bilden und mit vereinten und organisierten Kräften gegen die faschistischen diktatorischen Kräfte zu kämpfen, somit die südkoreanische Gesellschaft unbedingt zu demokratisieren und die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes zu beschleunigen.

Um die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes zu erreichen, ist es notwendig, die Einmischung der USA und aller anderen ausländischen Kräfte konsequent zurückzuweisen.

Unser Volk hält die nationale Souveränität für sein Leben und duldet keine fremde Einmischung bei der Lösung der Frage der Vereinigung des Landes. Nun ist für die USA die Zeit gekommen, mit ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Nation Schluss zu machen und damit aufzuhören, sich mit der Koreafrage zu befassen.

Die USA sollen darauf verzichten, das südkoreanische Marionettenregime in Schutz zu nehmen, das die Demokratie erdrosselt und die südkoreanische Bevölkerung barbarisch unterdrückt, und sie an ihrem Kampf für Demokratie und die Vereinigung des Heimatlandes zu hindern. Wenn die USA ihre bisherige falsche Politik nicht aufgeben und die südkoreanischen faschistischen Elemente, die von innen und aussen her völlig isoliert sind, weiter beschirmen, werden sie als Verschwörer der Unterdrückung der Menschenrechte einer scharfen Verurteilung unseres Volkes und der Völker der Welt nicht entgehen können.

Die USA sollen auch ihre dunklen aggressiven Absichten verwerfen, durch Etablierung von «zwei Korea» ihre koloniale Herrschaft in Südkorea aufrechtzuerhalten und darüber hinaus ganz Korea zu erobern, sollen im Einkang mit der Uno-Resolution und ihrem «öffentlichen Versprechen» ihre Truppen so schnell wie möglich aus Südkorea vollständig abziehen.

Wenn die USA den Frieden und die friedliche Vereinigung Koreas ehrlich wünschen, dann sollen sie auch Kontakte mit der Regierung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik aufnehmen und nach einem Weg zur friedlichen Lösung der Koreafrage suchen. Wir haben bereits einen Vorschlag für die Verhandlungen mit den USA unterbreitet und bemühen uns um dessen Durchsetzung. Es geht darum, ob die USA ehrlich für die Verhandlungen eintreten oder nicht und ob sie, falls sie für solche Verhandlungen sind, für ein Korea oder «zwei Korea» verhandeln wollen. Wenn die USA ihre falsche Einstellung, unser Land in «zwei Korea» zu trennen, aufgeben und eine richtige Haltung zur Vereinigung Koreas einnehmen, werden wir zu jeder Zeit in Verhandlungen mit den USA eintreten und alle notwendigen Probleme lösen. Dann werden die USA, ohne ihre Ehre einbüssen zu müssen, darauf verzichten können, sich in die Koreafrage einzumischen, und das wird nicht nur den Interessen unseres Volkes, sondern auch den Interessen des Volkes der USA entsprechen.

Die Bevölkerung des nördlichen Teils der Republik und Südkoreas werden nach dem Prinzip des grossen nationalen Zusammenschlusses noch fester zusammenstehen und somit die Machenschaften der inneren und äusseren Spalter zur Etablierung von «zwei Korea» unbedingt zerschlagen und um jeden Preis die grosse historische Sache, die Vereinigung des Vaterlandes, erringen.

Kantonspolizei ZH, Cincera und BRD-Antiterroristen unter einem Dach

Sicherheit ist «nicht öffentlich»

«Schaut euch nicht um, der Terror geht um». Unter diesem Titel brachten wir im Juni 1977 («zürcher student») den Exklusivbericht über eine fingierte Antiterrorkrisensitzung, an der diverse Grössen aus Politik und Wirtschaft teilnahmen. Jetzt, rund anderthalb Jahre später, hat die Realität die Fiktion einmal mehr überholt: Am gleichen 18. November, an dem im Zürcher Volkshaus der öffentliche DM-Kongress «Gegen die Busipo – gegen die Repression» beginnt, findet im Hotel «Zürich» hinter verschlossenen Türen eine Informationstagung zum Thema «Bedrohte innere und äussere Sicherheit» statt – organisiert vom allzeit emsigen Ernst R. Borer, christlicher Gewerkschafter und Präsident zahlreicher antikommunistischer Aktionen (vgl. Kasten). Zur Zürcher Tagung lädt Borers Schweizerische Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker ein.

(dmb) Die Kantonspolizei Zürich scheint ein besonderes Interesse zu haben, wieder einmal zu zeigen, mit wem sie gemeinsame Sache macht. Als einziger Schweizer Referent neben dem zweifelhaften *Ernst Cincera* tritt *Major Heinz Hugi* auf, der Chef der Sicherheitspolizei des Polizeikommandos des Kantons Zürich, also Zürichs Antiterrorchef. Unter dem Titel «Polizei und Terrorismus» wird Hugi für die Busipo werben und eine Einschätzung zum «Terorismus in der Schweiz» vortragen. Cincera spricht zur Problematik «Sicherheit als gesellschaftspolitischer Grundwert und ihr Preis» –. . . und ihr Preis»? Zu dieser Preisfrage erfährt man an diesem Samstag im Zürcher Volkshaus zweifellos Einschlägigeres und Handfesteres.

Um den staunenden Tagungsteilnehmern eindrücklich vor Augen zu führen, wer heute in Sachen Antiterrorismus europaweit das Sagen hat, auch in der Schweiz, ist der gesamte Vormittag für *bundesdeutsche* Herren reserviert. Zum Zürcher Stelldichein treffen sich *Hendrik van Bergh,* Lehrer an der Schule des BRD-Verfassungsschutzes für Fragen des Staatsschutzes und der Geheimdienste, *General a. D. Paul Jordan,* Präsident der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft (gemeint Taiwan), sowie der akademische Oberrat *Manfred Funke* vom Bonner Seminar für politische Wissenschaft.

Borer, dem es in einer pfadfinderhaft geprägten Spionageromantik erst so richtig wohl wird, hat sich für die Abschirmung der Zürcher Tagung einiges einfallen lassen. Hier sei nur soviel verraten: Die persönlich adressierten Einladungen galten nur dem Empfänger – den Mitgliedern der Borer-Vereine, weiteren einschlägigen Interessenten und strammen Studenten. Den Einladungen lagen numerierte Postcheckformulare bei, und der numerierte Abschnitt gilt bei den Türkontrolleuren als Eintrittskarte.

Das DM wird während des Kongresses im Volkshaus über den Verlauf der geschlossenen Tagung im Hotel «Zürich» berichten.

Die seltsamen Hobbies eines christlichen Gewerkschafters

(dmb) Der Monteur Ernst R. Borer sass als christlicher Gewerkschafter jahrelang im Zentralvorstand des Christlichen Metallarbeiterverbands (CMV). Doch die Aktivitäten, die Borer seit Jahrzehnten entfaltet, passen wenig zum landläufigen Bild eines Gewerkschafters. Den Feind, den es in erster Linie zu bekämpfen gilt, ortet Arbeitnehmer Borer im Osten. Bereits 1959 war Borer mit von der Partie, als eine schweizerische Gegendelegation ans Weltjugendfestival in Wien reiste. 1972 publizierte der fleissige Leserbriefschreiber sein erstes Buch, «China ohne Maske», 1975 dann sein zweites, «Spionage» – ein Werk, über das ernsthaftere Spionagespezialisten sanft lächeln und das den Titel tragen könnte «Wie sich der kleine Hansli die Spionage vorstellt». Ein wahrer Meister ist Monteur Borer im Montieren neuer Vereine, die er stets präsidiert. Sozusagen die Holding ist die von Borer präsidierte Schweizerische Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Weiter präsidierte und präsidiert er die Gesellschaft Schweiz–China (gemeint Taiwan), das Hilfskomitee für die verfolgten Arbeiter in Polen, das Zürcher Schweigemarschkomitee Solidarität mit den verfolgten Christen und so weiter, und so fort. Im Patronatskomitee der Informationsgruppe Schweiz seines Freundes Cincera nahm Borer einzig aus Rücksicht auf sein gerade erschienenes Spionagebuch nicht Einsitz. Selbstverständlich macht sich Borer eine Ehre daraus, die Tagung vom 18. November persönlich zu eröffnen.

Schweizerische Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker

Postfach 8040 Zürich
Bankkonto: Vereinsbk Co., Zürich
Telefon: 051 52 56 64

Informationstagung

BEDROHTE INNERE UND AEUSSERE SICHERHEIT

18. November 1978

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die durch Voranzeige angekündigte Durchführung der Informationstagung ist auch ausserhalb unseres Mitgliederkreises auf rages Interesse gestossen. Die Aktualität und Brisanz der Themen ist unbestritten, die von ausgewiesenen Fachexperten des In-und Auslandes behandelt werden.

Gerne geben wir Ihnen die Möglichkeit, an dieser Tagung teilzunehmen. Diese ist nicht öffentlich. Die Einladung gilt deshalb nur dem Adressaten.

Tagungsort : HOTEL ZUERICH, Neumühlequai 42, 8001 Zürich (gegenüber Landesmuseum) — Parkplätze 1t. Orientierungsplan

Anmeldung : bis 31. Oktober

Unkostenbeitrag : Fr. 60.-- / Studenten Fr. 30.--
Mittagessen auf eigene Kosten (ausg. Studenten)

Türkontrolle : Als Ausweis gilt die numerierte Postquittung

Bücherstand : Kaufmöglichkeit einschlägiger Literatur

Schweiz. Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker
Der Präsident
Ernst R. Borer

---------- ANMELDUNG ----------

Name und Vorname (Blockschrift) .....

Wohnort (PLZ) ..... Strasse .....

Ich nehme an der Informationstagung vom 18. November 1978 teil.

.....
Unterschrift

Schweiz. Aktion für das Selbstbestimmungsrecht, Postfach, 8040 Zürich

TAGUNGSPROGRAMM

08.30 h Eröffnung der Tagung durch den Präsidenten Ernst R. Borer

08.45 HENDRIK VAN BERGH, Vilsheim, Publizist, Lektor für Staatsschutz-und Geheimdienstfragen. Lehrer an der Schule des BRD-Verfassungsschutzes:

Der Krieg, den man Frieden nennt

Zur Sicherheitslage Europas – Die politischen und militärischen Hintergründe der Spionageoffensive seitens der Ostblock-Geheimdienste.

Diskussion

10.15 Kaffeepause

10.45 PAUL JORDAN, Bonn, General a.D., Publizist, Präsident der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft:

China in Europa

Strategie der neuen chinesischen Aussenpolitik: Ende der psychologischen Kriegführung gegen das freie Europa ?

Diskussion

12.00 Mittagessen

13.30 Dr. MANFRED FUNKE, Lehrbeauftragter Akademischer Oberrat am Seminar für politische Wissenschaft der Universität Bonn, Autor und Herausgeber von Publikationen über Terrorismus:

Extremismus und Terror

Strategie – Taktik – Methoden extremistischer Parteien und Gruppen – Terror und Innere Sicherheit – Das Problem der Sympathisanten – Abwehr und Selbstbehauptungswille.

Diskussion

14.45 Kaffeepause

15.15 ERNST CINCERA, Zürich, Redaktor des Bulletin der Informationsgruppe Schweiz:

Das Recht auf Sicherheit

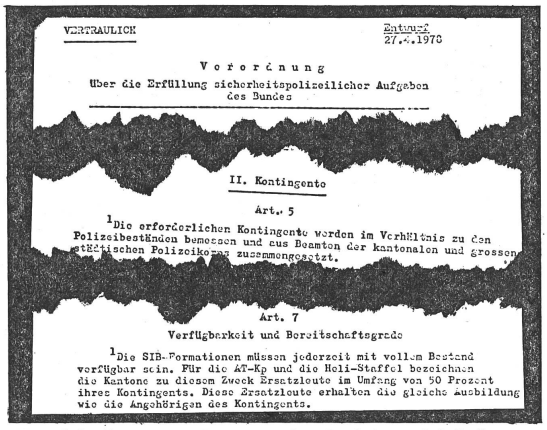
Sicherheit als gesellschaftspolitischer Grundwert und ihr Preis – Bürger und Staatsschutz.
Diskussion

16.15 HEINZ HUGI, Major, Chef der Sicherheitspolizei des Polizeikommando des Kantons Zürich

Polizei und Terrorismus

Terrorismus in der Schweiz – Polizeiliche Massnahmen zum Schutz von Bevölkerung und Staat: Sinn und Aufgaben einer Sicherheitspolizei des Bundes.
Diskussion

17.15 Abschluss der Tagung



VERTRAULICH — Entwurf 27.4.1978

Verordnung
über die Erfüllung sicherheitspolizeilicher Aufgaben des Bundes

II. Kontingente

Art. 5

[1]Die erforderlichen Kontingente werden im Verhältnis zu den Polizeibeständen bemessen und aus Beamten der kantonalen und grossen städtischen Polizeikorps zusammengesetzt.

Art. 7

Verfügbarkeit und Bereitschaftsgrade

[1]Die SIB-Formationen müssen jederzeit mit vollem Bestand verfügbar sein. Für die AT-Kp und die Heli-Staffel bezeichnen die Kantone zu diesem Zweck Ersatzleute im Umfang von 50 Prozent ihrer Kontingente. Diese Ersatzleute erhalten die gleiche Ausbildung wie die Angehörigen des Kontingents.

«Vertraulich»: Der von einer Kommission, deren Mitglieder vorab Polizeikommandanten sind, darunter der Chef der Bundespolizei, vorgelegte Entwurf. «Ersatzleute», damit die SIB-Formationen «jederzeit mit vollem Bestand verfügbar» sind.

Vertraulichkeiten zur Busipo:

K(l)eine Schwarzmalerei

1979: Der Bund ist in einer Volksabstimmung dazu ermächtigt worden, aus kantonalen Polizeibeständen eine sogenannte *Sicherheitspolizei des Bundes* (SIB) zusammenzustellen. Ziel: In der Bekämpfung des auch die Schweiz belästigenden Terrorismus, insbesondere aber bei der Niederhaltung von kritischen Volksbewegungen und der Niederschlagung von wirtschaftsschädigenden Arbeitskämpfen soll endlich ein durchschlagender Erfolg erzielt werden. Das Volk hat dem entsprechenden Gesetz mit überwältigendem Mehr zugestimmt, nachdem Staatsfeinde der extremen Linken das Referendum ergriffen hatten. Doch statt der bewilligten 1200 Mann werden gleich 1800 «ausgebildet» und gegen das Volk auf Pikett gestellt. Das *Aktionskomitee gegen die nationale Repressionspolizei* verurteilt in einer Pressemitteilung die «Schindluderei mit den Volksrechten».

Ein Schauermärchen? In der Tat. Denn so wollen es die in einer Kommission versammelten Polizeikommandanten, die Bundespolizei und weitere anverwandte furglerhörige Behörden, wie man seit der Veröffentlichung von «vertraulichen» Dokumenten im «Vorwärts» weiss. An zuvor abgegebene Versprechen werden sich, Gott sei Dank, nach geschlagener Abstimmungsschlacht selbst gottesfürchtige Landesväter nicht mehr zu halten brauchen.

*

Zwar heisst es in der Botschaft, dass es um eine Truppe von 1200 Mann gehe. Doch davon steht eben im Gesetz nichts. Höchstens: «Die Kantone stellen dem Bund die Polizeikräfte zur Verfügung, die er zur Erfüllung seiner sicherheitspolizeilichen Aufgaben, insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Terror, benötigt». Wer in diesem – unzensurierten – Satz oder sonstwo in den Paragraphen des Busipo-Gesetzes nach einer Zahl sucht, wird nicht fündig. Garantiert.

Nichts Unrechtes tun deshalb unsere höchsten Freunde und Helfer, wenn sie schon jetzt die Kantone zu einer Erhöhung der Bestände *«im Umfang von 50 Prozent ihres Kontingents»* und damit zu einer massiven Aufstockung der Polizeien überhaupt verpflichten wollen. Auch dass die Kantone nichts mehr zu sagen haben werden, wenn die SIB einmal beschlossene Sache ist, verstösst nicht gegen das Gesetz, obschon uns kantonale Justiz- und Polizeidirektoren dies in einem Rückzugsgefecht gegen Furgler weismachen wollen – *«vertraulich»,* versteht sich. Im Gegenteil: Das Gesetz will es so. «Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.» Und die Kantone werden nur noch *«angehört».*

*

Dumm nur, dass all diese geheimen Papiere vor der Abstimmung ans Licht gekommen sind. Doch das ist noch das kleinste Problem. Schwieriger ist doch, für die 1800köpfige mobile Kampftruppe auch Arbeit zu beschaffen. Vollbeschäftigung liegt für die Superpolizei und all die in den Kantonen zusätzlich anzustellenden Ordnungshüter (vorläufig?) ohnehin nicht drin. Bis dahin müssen die – seit der letzten und schon fast vergessenen Bombe im Berner Amtshaus in bedenklichem Masse zurückgegangenen – Terroristenängste wieder geschürt werden.

Hören wir dazu Polizeiminister Kurt Furgler. Am Fernsehen sagte er zu Max Frisch, der die Busipo als «bedenklich» bezeichnet hatte, unmittelbar nach dem – vorerst Terroristen angelasteten – Pruntruter Polizistenmord: «Wenn Sie den Polizisten, der heute morgen erschossen wurde, und seine Angehörigen fragen würden, die würden über die Sicherheitspolizei ganz anders denken . . .» Der Mord an Polizeikorporal Heusler ist inzwischen untersucht worden – ohne Busipo. Der mutmassliche Mörder ist ein Polizist.

Keine Angst, das alles ist keine Schwarzmalerei.

Fredi Hänni

Vgl. «Wollt ihr die totale Polizei?» in «das konzept» Nr. 1, 1978. Zu beziehen zu 1.80 Fr. in Briefmarken: Redaktion «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich.

Nein zur Bundessicherheitspolizei – Nein zur Repression

(dmb.) Am Wochenende vom 18./19. November, zwei Wochen vor der Busipo-Abstimmung, findet im Zürcher Volkshaus ein öffentlicher Kongress statt. Organisiert vom Demokratischen Manifest und vom Schweizerischen Komitee gegen die Schaffung einer nationalen Repressionspolizei will dieser gesamtschweizerische Kongress die Breite des Widerstandes gegen die Busipo demonstrieren.

Gleichzeitig will der Kongress aufzeigen, dass die Busipo nur ein Aspekt in einer breiten Palette von repressiven Tendenzen und Projekten darstellt. Von betroffenen Personen und Gruppierungen werden an den zwei Tagen folgende Themen angeschnitten: Entwicklung der Berufsverbote, Beschränkung der Demonstrations- und Meinungsäusserungsfreiheit, Repression gegen Gewerkschafter, Benachteiligung von Frauen, Unterdrükkung kritischer Armeegruppen, Praxis der Militärjustiz, der politischen Polizei und der politischen Justiz.

Am Kongress werden Vertreter zahlreicher Organisationen mit Kurzreferaten die Entwicklung in ihrem Bereich schildern: Frauenbefreiungsbewegung, Organisation für die Sache der Frau, Aktion Strafvollzug, Demokratische Juristen der Schweiz, Internationale der Kriegdienstgegner, Soldatenkomitee usw.

Während des Kongresses sind die Filme «Aufpassen macht Schule», der Anti-Busipo-Film «Preis der Angst» und der Gösger-Film zu sehen. Der Kabarettist Joachim Rittmeyer interpretiert auf seine Weise die Entwicklung der Repression.

Der Kongress beginnt am Samstagmittag um 14 Uhr und dauert bis Sonntag um 16.30 Uhr. Am Samstag um 19 Uhr ist ein gemeinsames Abendessen vorgesehen. Der Theatersaal ist am Samstagabend für ein grosses Fest reserviert – nämlich mit den Musikgruppen Tabasco, Asphalt Blues, Dorfmusig, mit dem Liedermacher Martin Heiniger und Ursi Baur sowie dem Teatro Operaio.

Die Eintrittskarte für den ganzen Kongress kostet 11 Franken. Ein allfälliger Überschuss fliesst in die Kasse der Anti-Busipo-Kampagne. Auswärtige Kongressbesucher, die nicht selbst eine Unterkunft organisieren können, werden am Samstag auf private Unterkünfte verteilt (Schlafsack mitnehmen). (Das genaue Kongressprogramm kann angefordert werden beim DM Zürich, Postfach 107, 8036 Zürich.)

★

Das Budget des Schweizerischen Komitees gegen die Schaffung einer nationalen Repressionspolizei beläuft sich auf bescheidene 55 000 Franken. Davon werden allein 35 000 Franken für den gesamtschweizerischen Aushang eines Plakates im Weltformat gebraucht. Dieses Plakat ist von dem auch «konzept»-Lesern bestens bekannten Westschweizer Zeichner Martial Leiter geschaffen worden. Jede Spende trägt dazu bei, den Kampf gegen die Busipo wirksam zu führen. Zehn Franken ermöglichen bereits den Aushang eines Weltformatplakats. Das Geld muss so rasch wie möglich zusammenkommen. Spenden Sie auf Konto 80 - 48476 (Demokratisches Manifest Zürich, Vermerk Busipo). Vielen Dank!

Konsternationslager Frauenfeld TG

Von Niklaus Meienberg

In ländlichen Wirtschaften, wo herkunfts- und denkmässig ganz unvereinbare Menschen nicht selten an den gleichen Tisch zu sitzen kommen, erlebt man doch immer wieder gefreute Einrichtungen, die dem Städter nicht mehr vergönnt sind, und man sollte sich deshalb regelmässig auf dem Land verköstigen, besonders im hablichen Thurgau, also vielleicht in der «Sonne» Hüttwilen, welche für die Artillerieobristen aus Frauenfeld per Auto nur fünf Minuten entfernt ist, während einer wie ich, der in der Kartause Ittingen bis vor kurzem Unterschlupf hatte, vier Minuten brauchte. Wenn man an einem günstigen Abend in der «Sonne» getafelt hat, verblassen all die subventionierten Theaterstücke im «Neumarkt», vom Schauspielhaus wollen wir nicht reden, zu einer dünnen Suppe. In der «Sonne» wird unsubventioniert gespielt, und besser. Die Leute tragen ihre eigene Rolle vor. Regie führt der Zufall.

Item, da war eines Abends im Spätsommer besondere Bewegung und Geläuf in der Wirtsstube. Allerhand Uniformen raschelten, am Nachmittag war Inspektion gewesen. Ein Geruch von Kampfer, Wilchinger und Gewehrfett. Unser sechs Zivilisten oder sieben, Studenten, Maler usw., hielten einen Tisch besetzt. An der Wand noch drei Plätze frei. Hinter uns ein rundes Tischchen mit sorgfältig gekleidetem Ehepaar in den Fünfzigern, vorn beim Eingang der ebenfalls runde Stammtisch mit Soldaten und Gefreiten. Tenüerleichterung. Es ist schon einiges getrunken worden, und umgekehrt ist schon manches aus den Gurgeln herausgekommen. Männergesang, Männerphantasien. Das-schwarz-braune-Mädel-das-war-allein-Zuhaus' u. dergl.

Tritt ein Oberst durch die Tür, unvermittelt. Kurze Stille, dann kräftiges Hallo, sali sali Alois! Ein Gefreiter in den besten Jahren steht auf, nimmt seine Mütze, zieht dem Obersten die Kopfbedekkung ab, setzt ihm die eigene weiche Mütze auf und sich selbst den gesteiften Hut des Offiziers. Nach kurzem Zögern grinst der Oberst, aber vorsichtig. Die kostbaren Thurgauer, Prominenz aus Wirtschaft und Politik, welche nebst einfachem Volk auch hier essen, lassen ihre Mienen gefrieren und stochern im Essen. Die andern lachen, jedoch leicht gehemmt. Jetzt geht aber sofort ein Trennungsstrich durch die Wirtschaft. Der Gefreite, dem nur im Zustand der Besäuselung ein Mützentausch und brüderschaftliche Umarmung nach oben gelingt, bemerkt die Dissonanz im Raum, sie wirkt auf ihn zurück, er repariert die Hierarchie, sitzt wieder ab, der Oberst sucht einen Platz.

Ein solcher aber war bei uns noch frei. Der Oberst nähert sich vorsichtig, mustert uns leicht feindselig, wie wenn wir etwas gegen die Armee hätten, man kriegt den Eindruck: Er sichert, wie man im Militär sagt; nähert sich trotzdem unaufhaltsam mit einem Gesicht, als ob er nächstens, wie es vom appenzellischen Obersten Sonderegger verbürgt ist, sagen würde: ICH MÖCHTE D E N SEHEN, DER MEIN PANZERREGIMENT ZERSCHLÄGT! Sagt aber nur: ISCH ES GESCHTATTET? und sitzt relativ schnell ab.*

Da sass er nun. Wir hatten zwar noch nicht geschtattet, aber 's war uns trotzdem lieb. Der Oberst schoss sofort los: Wir hätten das Heu bestimmt nicht auf der gleichen Bühne, sagte er, aber deshalb könnten wir es trotzdem gemütlich haben. Dem widersprachen wir nicht. Hinter uns beginnt das sorgfältig gekleidete Ehepaar lustig zu zwinkern, der Herr, Geschäftsleiter in einer frauenfeldischen Textilfabrik, beugt sich zu uns herüber, dergestalt, dass ihn der Oberst nicht sehen kann, und flüstert hinter vorgehaltener Hand: der Carnier ist auch nicht der Hellste! Und wissen Sie, ich stehe der Armee auch kritisch gegenüber! Das Zwinkern und Flüstern kommt nur, wenn sie nicht in des Obersten Gesichtsfeld sind; sonst steinerne Miene.

Wir laden die beiden an unseren Tisch, schnelle Dislokation. Nun sitzt die Frau dem Oberst gegenüber, zwischen beiden der Militärhut auf dem Tisch. Ich möcht den Hut auch gern mal auf dem Kopf haben, bin aber zu weit entfernt und mach also der Frau ein Zeichen. Den Obristen kann ich nicht gut bitten. Sie nähert ihre Finger dem Gegenstand, zuckt zurück, kommt wieder in die Nähe mit der Hand, der Hut scheint elektrisch geladen, es will der Hand à tout prix nicht gelingen. Der heilige, kultische Hut bleibt unberührt, und die Madame sagt ganz blass: Nein, das kann ich nicht. Eigentümliche Kraft der Goldberänderung.

Der Oberst seinerseits wurde jetzt immer gemütlicher, erzählte von Manövern, von der Ertüchtigung seiner Rekruten; hart, aber gerecht, davor haben die jungen Pörschili Respekt. Keine Disziplinarprobleme, die meisten sind gefreut. Keine Linken mehr, von denen man etwas merkt, die Zeiten der Flugblattverteilung seien vorbei. Man wisse aber schon, wer links sei, und diese behalte man im Auge, für den Fall. Und im Krieg, was macht dann die Armee mit den Linken, wollten wir wissen. Das ist doch klar, sagt der

Fortsetzung auf Seite 6

* *der an der Universität Zürich auch noch als Professor der Linguistik funktioniert. Den Panzerregiments-Zerschlagungs-Spruch pflegte er übrigens während der Vorlesungen zu machen.*

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Öffnungszeiten
Mo–Fr 08.30–18.30
Sa 10.00–13.00

Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

8001 Zürich
PC 80-27780

Fotokopien	– Normal	20 Rp.	– Verkleinerung	30 Rp.
	– mit Legi	15 Rp.	– mit Legi	25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)

	1-seitig	2-seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

Reinschriften

Dissertationsdruck

Fortsetzung von Seite 5

Oberst, dann werden wir sie konsternieren. Wie dürfen wir das verstehen, wurde gefragt; wir hatten das Verb in seiner transitiven Form noch nie kennengelernt. He, natürlich so in Lagern zusammenfassen, eben konsternieren. Die Pläne seien gemacht.

*

Einigermassen beruhigt über die Aussicht, im Krieg wie im Frieden zusammenbleiben zu dürfen – die Frage war immerhin, werden die Frauen gesondert konsterniert? Oder gibt es gemischte Lager? –, ist unsere kleine Gruppe aufgebrochen. Der Oberst war vorher schon gegangen. Sein Gefreiter hatte ihm nicht mehr den Hut vertauscht. Und das ältere Ehepaar hatte nicht mehr gezwinkert. Und ein paar Tage später konnte man in der «Thurgauer-Zeitung» lesen, unter dem Titel: «A wie Artillerieobristen – privat gesprochen», dass Oberst Alois Carnier nicht irgendeiner ist, sondern immerhin Waffenplatzkommandant von Frauenfeld (als er «konsternieren» sagte, mehrmals, hat er nicht gelächelt).

Ausser ihm gibt es noch den Obersten Hans-Rudolf Ammann und den Obersten Kurt Graf in Frauenfeld. Jeder der drei Offiziere wurde von der «Thurgauer-Zeitung» (4. August 1978) unter gesondertem Untertitel abgehandelt. Für Carnier hiess tatsächlich die Überschrift: «DER GEMÜTLICHE». Niklaus Meienberg

das konzept TIP

CIA in Chile

Jetzt gibt's den Untersuchungsbericht einer parlamentarischen Kommission des US-Senats über die Geheimaktion der CIA auch in deutscher Sprache. Auf 67 Broschüreseiten kann man vieles über die geheimdienstlichen Aktivitäten des US-Imperialismus erfahren, was auch in der Schweiz nicht ins Bewusstsein grösserer Bevölkerungsteile gedrungen ist. Noch nicht.

Geheimaktionen in Chile, Bericht des Komitees zur Untersuchung der Tätigkeiten der Regierung in bezug auf nachrichtendienstliche Aktivitäten, herausgegeben vom Komitee zur Verteidigung der chilenischen Kultur, Postfach A 133, 8030 Zürich, PC 80 - 511 44. Preis 5 Fr.

Literaturszene Schweiz

In der Schwerpunktnummer 40/41 der schweizerischen Literaturzeitschrift «drehpunkt» wird unter dem Titel «Kontroversen aus der Schweiz» die mit dem Essay des Schriftstellers Yves Yelan begonnene Diskussion über die kulturelle Situation in der Schweiz fortgesetzt. Die Gesamtheit der verschiedenen Beiträge stellt eine Standortbestimmung der Literaturszene Schweiz dar – 10 Jahre nach 1968 –, was, laut «drehpunkt», «bei der nicht übertriebenen Theoriefreundlichkeit der Schweizer Autoren fast als kleines Ereignis gewertet werden darf».

Erhältlich bei: Redaktion «drehpunkt», Postfach 794, 4002 Basel.

«Preis der Angst»

(dmb.) Rechtzeitig auf den Abstimmungskampf gegen die Bundessicherheitspolizei hat die Super-8-Gruppe Zürich ihren einstündigen Farbfilm «Preis der Angst» fertiggestellt. Der Film dokumentiert die jahrzehntealten Anläufe für eine nationale Polizei. Mit Konferenzschutz und mit Terrorismus wird diese zentralistische Polizeitruppe «verkauft», eine Polizei, die jedoch weit mehr mit dem Jura, mit Kaiseraugst und Gösgen und mit Arbeitskonflikten zu tun hat. Der Film ist, ähnlich wie seinerzeit «Lieber Herr Doktor», auf die Abstimmung vom 3. Dezember hin angelegt. Er macht klar, worüber wirklich abgestimmt wird. Keiner soll es «nicht gewusst» haben.

Der Film wird verliehen von der Filmcooperative (Postfach 172, 8031 Zürich). Der Verleihpreis beträgt 60 Franken, der Projektorpreis 15 Franken.

POLYBUCHHANDLUNG

Einladung zur
Eröffnung
unserer Bücherausstellung

«Schweizer Kleinverlage»

Montag, 20. Nov. 1978, 18.30 Uhr, VSETH-Foyer (Mensa-Gebäude)
Mit Lesungen, Wein und Musik

Die AUSSTELLUNG findet vom 20. Nov. bis 25. Nov. 1978 statt.
Geöffnet 12 bis 18 Uhr im VSETH-Foyer.

Es werden folgende Verlage vorgestellt:

Eco Verlag, Limmat Verlag, Lenos Presse, Rotpunkt Verlag Verlagsgenossenschaft, Zytglogge Verlag, Z-Verlag u. a.

Neueröffnung! Neueröffnung!

Fachbuchhandlung

Seit über dreissig Jahren führen wir wissenschaftliche Literatur, Fachbücher- und Zeitschriften aus der DDR.

Mit der Produktion dieser Bücher wurde stets das Ziel verfolgt, den wachsenden Anforderungen der Berufsausbildung, der Weiterbildung, des Studiums, der Forschung und der Praxis zu entsprechen. Diese Bemühungen fanden auch ihren Ausdruck in der ständigen Weiterbearbeitung der zahlreichen Titel.

Viele wissenschaftliche Bücher haben heute an unseren Universitäten einen festen Platz, und manche Fachbücher gehören zum festen Lehrstoff vieler Gewerbeschulen. Zu unseren Hauptkunden gehören auch Betriebs-, Instituts- und Universitätsbibliotheken.

Es ist uns gelungen, unmittelbar neben unserer Buchhandlung ein schönes Ladenlokal zu mieten, in dem Sie in Ruhe unser reiches Angebot überprüfen können.

Wir führen Fach- und wissenschaftliche Bücher aus folgenden Wissensgebieten:

Mathematik, Physik, Chemie/chemische Verfahrenstechnik, Biologie

Technik/Elektrotechnik/Elektronik/EDV

Textil, Holz, Geographie, Geologie, Mineralogie, Astronomie, Umweltschutz

Öffnungszeiten: Montag geschlossen
Dienstag bis Freitag 8.30–12.15, 13.15–18.30
Samstag 8.30–12.15, 13.15–16.00

Buchhandlung Genossenschaft LITERATURVERTRIEB,
8004 Zürich
Abt. Fachbücher und wissenschaftliche Literatur
Zweierstrasse 22 (direkt hinter Eschenmoser), Tel. (01) 242 86 12

ZYTGLOGGE ZYTIG

Monatszeitung für Buch und Bühne

Mit Beiträgen über Literatur, Theater, Film, Musik, Kunst, Architektur und Spielplan Schweiz.

In Ihrer Buchhandlung und am Kiosk erhältlich. Einzelnummer Fr. 1.50.

Ich bestelle 1 Abonnement Zytglogge Zytig.

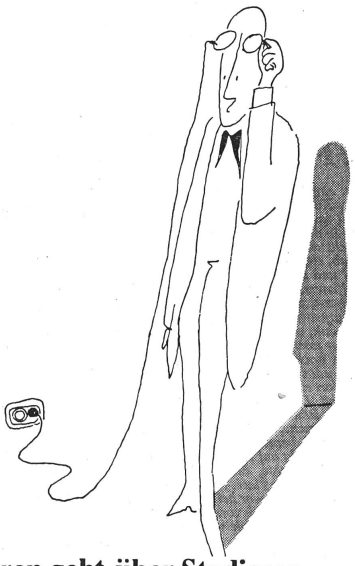
Name: _____

Adresse: _____

PLZ Ort: _____

Unterschrift: _____

Bitte ausschneiden und einsenden an: Druckerei Dürrenmatt AG, Pavillonweg 2, 3012 Bern, Telefon 031 23 89 00.



Kopieren geht über Studieren

.....Blatt für Blatt:
Jeder Student hat Rabatt.
Sein Geld wir ihm schonen
speziell bei Dissertationen.

Copy Quick

8001 Zürich, Schützengasse 4, Tel. 01 211 66 36 ● 8008 Zürich, Kreuzstrasse 19, Tel. 01 34 39 39 ● 8003 Zürich, Zweierstrasse 129, Tel. 01 35 38 88 ● 4051 Basel, Kohlenberg 3, Tel. 061 22 96 96 ● 3011 Bern, Bahnhofplatz 10 B, Tel. 031 22 22 20 ● 1003 Lausanne, Pl. Pépinet 1, Tel. 021 22 50 44

Buntes SSR-Silvesterprogramm:

Grosse Mexico Rundreise 20.12.-8.1.	2.580.-
Prag 29.12. - 2.1. mit Silvesterfeier, Theaterbesuch und Neujahrskonzert	450.-
8 Tage, 26.12.-2.1.	455.-
Wiener Silvesterbummel Bahnfahrt, Unterkunft/Frühstück, 27.12.-2.1.	295.-
Florenz Der grosse Hit! Nachtzug, Unterkunft/Frühstück 28.12.-2.1.	170.-
Aegypten Kairo-Luxor-Gizeh-Kairo 8 Tage, alles inbegriffen	1.070.-
Russischer Winter Leningrad-Moskau, 8 Tage	840.-

Weitere Neujahrsreisen nach Athen, Rom, Venedig, Paris und London findest Du im neuen SSR-Winterkatalog. Anrufen, bestellen! 01/ 242 30 00

SSR-Reisen

Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich
Telefonverkauf: 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

Schenken macht Spass.

Spass schenken macht noch mehr Spass.

Werner Nydegger
«AUSLESE»
Cartoons und Karikaturen

160 Seiten zum Lachen und Weinen im Grossformat, davon 45 farbig und alle schillernd.

Werner Nydegger konfrontiert Sie mit den besten Karikaturen und Cartoons die er mit seinem variantenreichen Strich auf dem Weg zur internationalen Anerkennung geschaffen hat.

Ich bestelle ___ Ex. AUSLESE, Werner Nydegger zum Stückpreis von Fr. 29.50

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ., Ort: _____

Einsenden an:
CARTOONS & COMICS, Postfach 413, 4600 Olten

Kritisches Oberwallis (KO): Linke Politik im Randgebiet

Gibt es noch Löwen im Wallis?

Der Kanton Wallis: früher im Bewusstsein der Zentralschweizer kaum existent, höchstens als Gefilde für Bergler und Hinterwäldler, heute durch fremdes Kapital industrialisiert und durch den Tourismusboom in kurzer Zeit um 20 Jahre vorgerückt – aber immer noch in den Händen der Katholisch-Konservativen, die sich mit «ausserschweizerischem» Geld schlecht und recht zu arrangieren wissen. Heute ist es nicht mehr der goldglänzende Firn des Matterhorns, der die Blicke auf das Wallis lenkt, sondern es sind Skandal- und Korruptionsgeschichten am laufenden Band, die diese Randregion ins Gespräch bringen. In diesem Klima entstand Anfang der 70er Jahre und arbeitet heute das Kritische Oberwallis, eine Bewegung, in der verschiedene linke Tendenzen Platz gefunden haben und die als kleine Zelle im Machtgefüge von Klerus und Kapital eine Alternative in ihrem Raum sucht. Welchen Problemen sich eine linke Organisation in einem Randgebiet stellen muss, wie weit das politische Vorgehen von den spezifischen Bedingungen in einer solchen Region geprägt ist, zeigen wir am Beispiel des Kritischen Oberwallis.

«das konzept»: Das Kritische Oberwallis (KO) hat in letzter Zeit viel von sich reden gemacht. Wer seid ihr, und was wollt ihr politisch?

Wir sind eine Bewegung, welche mehr oder weniger alle politisch aktiven Leute links der SP im Oberwallis umfasst. Unsere Politik weist im wesentlichen zwei Stossrichtungen auf: einerseits aktiver Kampf für und mit der arbeitenden Bevölkerung und andererseits harte Vertretung der Interessen der unterentwickelten Randregionen. Wir versuchen also die zwei Widersprüche zwischen *Kapital* und *Arbeit* einerseits und zwischen *Zentrum* und *Peripherie* andererseits in unsere Politik einzubeziehen.

Mit Vertretern des Kritischen Oberwallis unterhielten sich Marianne Fehr, Georg Hodel und Rolf Nef

Es ist leider so, dass vorab von den traditionellen Linksparteien die Vertretung der Randregionen unverständlicherweise der CVP überlassen wurde. Aber die CVP vertritt in allen Fragen etwa die Interessen des Berggebietes nur so weit, als diese Interessen mit denen der Lokalbourgeoisie parallel laufen. Ein Beispiel dazu: Sowohl die Volkspensionsinitiative der PdA wie die Krankenkasseninitiative der SP würden einer Randregion wie dem Wallis dank der Finanzierungsart über Lohnprozente jährlich einige Dutzend Millionen Finanzausgleich bringen. Trotzdem lehnt die CVP einen solchen Finanzausgleich für das Berggebiet ab, weil vorab die lokalen Unternehmer vermehrt zur Kasse gebeten würden.

Was unsere Politik anbetrifft, so treten wir grundsätzlich aktiv für Reformen innerhalb des Systems ein, um gleichzeitig aufzuzeigen, dass die wesentlichen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb des Systems nicht zu überwinden sind. Deshalb treten wir für einen grundsätzlichen Wandel der Gesellschaft Richtung *Sozialismus* ein.

Gegen aussen trat das KO aber doch hauptsächlich durch das Aufdecken und Anprangern von Skandalen im Wallis in Erscheinung. Seht ihr darin die Hauptaufgabe eurer Tätigkeit?

Es ist unbestreitbar, dass wir in letzter Zeit einige Male, wenn es um Skandale und Vetterliwirtschaft ging, auf die Pauke gehauen haben. Warum dieser Teil unserer Arbeit Aufsehen erregte, hat einen einfachen Grund: Die CVP hat im Wallis mit einem Stimmenanteil von gegen 60 Prozent die absolute Alleinherrschaft. Sie betrachtet den Staat ungeheuer direkt als Parteieigentum. Wer nicht das richtige Parteibuch hat, bekommt keine Aufträge vom Staat oder wird nicht einmal angestellt. Die Radikalen (Freisinnigen) und die Sozialdemokraten haben sich mit diesem Zustand weitgehend abgefunden. Mit Zucker und Peitsche, mit kleinen Zugeständnissen und massiven Drohungen versteht es die CVP, diese Kräfte zu kontrollieren. Angesichts dieser politischen Lage wird das Kritische Oberwallis selbst in Fragen der sauberen Verwaltung zur einzig *wirklichen* Opposition.

Dazu kommt: Die während Jahrzehnten stabilen politischen Verhältnisse lassen im Wallis Missstände zu, die man andernorts auch im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie längst behoben oder geschickt vertuscht hat. Die Enge der lokalen Verhältnisse lässt aber auch etwa Abhängigkeiten und Verbindungen zwischen Geschäft und Politik viel besser darstellen und kritisieren als in anonymen Grossstädten.

Trotzdem versuchen wir nicht einfach nur bestimmte Personen abzuschiessen, sondern darzustellen, dass die Skandale logische Folge einer bestimmten politischen Struktur sind. Am schönsten liess sich dies am Beispiel des schweizerischen CVP-Präsidenten *Hans Wyer* zeigen. Als er in den Staatsrat kam, glaubten viele, jetzt kommt der Saubermann, der ausmisten wird. Aber gerade beim Bodenkauf in Martigny spielte Wyer eine dubiose Rolle: Anstatt den Boden zumindest nachträglich korrekt für 1,8 Millionen Franken zu enteignen, drückte er den Kauf dieses Bodens für 3,3 Millionen Franken durch. Auch die Arbeit der grossrätlichen Savro-Kommission wird durch diesen «Saubermann» behindert.

Orientiert ihr euch nicht allzustark an den spezifischen Walliser Machtverhältnissen? Dies ist jedenfalls unser Eindruck, wenn wir eure Zeitung studieren.

Die «Rote Anneliese» ist eine Zeitung, die dort mit ihrer Berichterstattung und Kritik anfängt, wo den einzelnen der Schuh drückt. Wir versuchen, von den konkreten Missständen und Fakten auszugehen, die jeder einzelne selbst erfahren hat oder zumindest überprüfen kann. Z. B. veröffentlichen wir die Einkommensziffern der Ärzte, Juristen, Unternehmer und Politiker und versuchen knallhart aufzuzeigen, wer hier wen übers Ohr haut.

Wie lange noch sollen Grossverdiener und ihre Wasserträger uns Oberwalliser in Sitten vertreten?

Am Beispiel der konkret gegebenen Missstände versuchen wir denn auch sozialistische Positionen zu vermitteln. Diese Art der Politik wird offenbar von der Bevölkerung begrüsst. Denn anders kann man es sich nicht erklären, dass wir heute von jeder Nummer der «Roten Anneliese» über 5000 Exemplare verkaufen. Wir versuchen auch mit Alternativvorschlägen Lokalpolitik zu machen. So befassten wir uns etwa in letzter Zeit vor allem mit Verkehrsfragen.

Wir glauben, dass diese Art, Politik zu machen, mehr Erfolg verspricht, als wenn man mit komplizierten Theorien und Fremdwörtern auf die Bevölkerung losgeht.

Besteht nicht trotzdem die Gefahr, dass man einerseits der Theorie zu wenig Beachtung schenkt und dass das KO andererseits zu einer populistischen Bewegung wird?

Beide Gefahren bestehen. Bei einigen Schulungsweekends im Jahr versuchen wir jenes Theoriedefizit zu decken, dass wohl jede junge Bewegung hat, die nicht auf eine lange Erfahrung in Theorie und Praxis zurückblicken kann. Trotzdem müssen wir auf diesem Gebiet in Zukunft mehr Arbeit machen. So läuft zurzeit eine Programmdiskussion an, die in vielen Fragen notwendige Klärungen bringen soll.

Was den Populismus betrifft, so sind hier die Gefahren in mehrfacher Hinsicht sehr gross. Im Wallis wurden politische Strömungen meist mit Personen identifiziert. *Karl Dellberg* war der *Löwe von Siders,* der Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, und gleichzeitig stand und fiel mit ihm die Bewegung. Auch innerhalb der beiden Fraktionen der CVP im Oberwallis bestimmen bestimmte Personen die Politik. Bezeichnend für diese Tatsache: Es gibt nicht einmal eingeschriebene Parteimitglieder. Dieses politische Klima drängt natürlich die Bevölkerung in die Rolle des Zuschauers. Die grossen Politiker liefern sich die Schlachten, der Rest schaut zu oder betätigt sich bestenfalls als Wasserträger. In diesem Sinne sagen auch viele unserer Sympathisanten: «Zeigt es denen nur! Wir brauchen solche Leute; wie ihr es seid!» Trotzdem ist es sehr schwer diese Leute für ein aktives politisches Engagement zu gewinnen. Wir versuchen der Gefahr des Populismus durch eine kollektive Arbeitsweise entgegenzuwirken. Aber gerade hier haben wir noch viel zu lernen.

Ihr seid nicht nur im Kantonsparlament vertreten, sondern auch in der Exekutive der grössten Oberwalliser Gemeinde (Brig). Welche Bedeutung hat diese Form politischer Tätigkeit für euch? Wie steht ihr zum Parlamentarismus?

Wir machen uns keine Illusionen: Weder in einem Kantonsparlament noch in einer kommunalen Exekutive wird man grundsätzliche Änderungen des Systems durchsetzen können. Angesichts der bestehenden Machtverhältnisse liegen selbst bescheidene Reformen kaum drin. Trotzdem hat diese Arbeit einen gewissen Stellenwert. Im Parlament können wir bestimmte Anträge stellen und dann darüber abstimmen lassen. So machten wir etwa bei der Beratung des neuen Steuergesetzes nicht weniger als 36 Anträge, die alle bachab geschickt wurden. Heute können wir in unserer Agitation immer wieder darauf hinweisen: Wir haben damals diese und jene Vorschläge gemacht, und die gelben und schwarzen Politiker stimmten dagegen. Wir können also die grundsätzlichen politischen Positionen besser herausarbeiten und dementsprechend Aufklärung und Agitation betreiben.

Ähnlich stellt sich das Problem bei kommunalen Exekutiven. Wir sind gezwungen, hier mitzumachen, weil es kommunal keine Legislative gibt und auch die Urversammlung machtlos ist. Der Einsitz in der Exekutive ermöglicht also auch hier, die Anträge einzubringen und dann die Gegenseite politisch zu entlarven. Wir versuchen eine bewusste *Konfrontationspolitik* zu machen. Hier unterscheiden wir uns krass von der SP, die es vorzieht, dem Kollegialsystem zu huldigen.

Gleichzeitig belegen unsere Erfahrungen, dass man ungeheur viele Informationen bekommt, wenn man in diesen Gremien sitzt. Man darf einfach vor dem sogenannten Amts- oder genauer Angstgeheimnis nicht in die Hosen machen.

Fortsetzung auf Seite 9

Die schwarze Skandalliste

Bodenspekulation in Martinach

Zwischen 1961 und 1974 kaufte die politisch mächtige Familie Dorsaz aus Fully in der Region Martinach Boden zusammen und bezahlte dafür 336 000 Franken. 1976 wurden diese Grundstücke auf 1,4 Millionen eingeschätzt. Der Preis bei Enteignung entspricht dem Katasterwert plus 25 Prozent, also 1,8 Millionen. Das Walliser Baudepartement (Franz Steiner) war bereit, dafür 3,5 Millionen zu bezahlen. Nachdem sich die Öffentlichkeit über diese Art, Geschenke zu verteilen, empört hatte, trat Schlichter Hans Wyer auf den Plan und arbeitete eine Kompromisslösung aus, die vorsah, die Entschädigungssumme auf 3,3 Millionen zu reduzieren. Auch er war bereit, für die politische Machterhaltung 1,5 Millionen springen zu lassen.

Savro und der Staat

Anfang Sommer 1977 wurden in der Geschäftsführung des Walliser Baudepartementes Unregelmässigkeiten entdeckt. Eine lange Zeit intern gehaltene Untersuchung ergab, dass während Jahren Rechnungen der Firma Savro von der kantonalen Verwaltung doppelt bezahlt wurden. Die Fäden der Korruptionsaffäre spannten sich in höchste Regierungs- und Verwaltungsebenen; der Chef der Walliser Kantonspolizei wurde unter dem Verdacht von seinem Posten suspendiert, zusammen mit der Savro-Leitung in einen Waffenhandel verwikkelt zu sein.

Fluor zerstört die Wälder

Durch die Abgase der drei Walliser Aluminiumfabriken in Chippis, Steg und Martigny wird die Luft derart durch Fluor belastet, dass ganze Aprikosenernten zugrunde gehen, riesige Föhrenwälder Nadeln lassen. Weitere Schäden können nur durch eine wesentliche Verminderung des Fluorausstosses verhindert werden. Dazu müsste die Aluminiumindustrie (Alusuisse und Giulini-Konzern) Millionen investieren. Mit der Drohung, Arbeiter zu entlassen, setzen die Industriegiganten die Walliser Bevölkerung unter Druck. Aus Angst um die Arbeitsplätze bezeichnen bereits 25 Gemeinden die von der eidgenössischen Expertenkommission geforderten Einschränkungen als übertrieben.

Berufsverbote für KO-Mitglieder

Aus politischen Gründen wurde dem fachlich qualifizierten Psychologen Stefan Niklaus, aktives Mitglied des KO, eine Stelle im Walliser Behindertenheim «La Castalie» letztes Jahr verweigert («konzept», Nr. 3/78). Niklaus hatte sich als einziger Bewerber für die staatliche Psychologenstelle gemeldet. Lieber liess der Walliser Staatsrat schwerbehinderte Kinder ohne psychologische Betreuung, statt sie einem kritischen Walliser «auszusetzen». Im August dieses Jahres war die Stelle eines Mathematiklehrers neu zu besetzen. Aus zwei Bewerbern – einer mit, der andere ohne das verlangte Diplom – wählte der Staatsrat den Mann ohne Diplom. Grund: Der bestqualifizierte Peter Seiler war einst Kandidat des KO.

Offener Brief an die CVP der Schweiz

Die christlichen Heimatschützer

Die CVP profiliert sich gegenüber ihren Wählern als *christliche* Partei, die den Menschen auch in der Politik in den Mittelpunkt stellt und die selbstverständlich auch die *Menschenrechte* achtet. Diese Bekenntnisse erweisen sich als ungedeckte Wechsel, wenn man diejenigen Zustände betrachtet, die in CVP-dominierten Kantonen immer mehr zur Regel werden. Jüngstes Beispiel: das skandalöse Berufsverbot gegen einen Mathematiker im Wallis.

dm An dieser Stelle informiert das Demokratische Manifest (DM) oder Mitglieder der Arbeitsgruppe Information des DM. DM, Postfach 107, 8036 Zürich.

Die Fakten: Das Kollegium Spiritus Sanctus in Brig suchte für den Herbst einen Hauptlehrer für Mathematik. Das Stelleninserat verlangte ein Mittelschullehrerdiplom in diesem Fach oder eine gleichwertige Ausbildung. Der Staatsrat, darunter CVP-Präsident Hans Wyer, wählte den Bauingenieur Walter Andenmatten, der kein Lehrerdiplom besitzt und abgesehen von wenigen Stellvertretungen über keine Lehrerfahrung verfügt. Der Staatsrat überging den Mathematiker Peter Seiler, der vier Jahre als ETH-Assistent arbeitete, das verlangte Diplom besitzt und zweieinhalb Jahre als festangestellter Mathematik-Hilfslehrer wirkte. Allerdings ist Seiler im Gegensatz zu Andenmatten Mitglied der Oppositionsgruppe Kritisches Oberwallis. Der Fall Seiler ist bereits das dritte politisch motivierte Berufsverbot, das auf die Kappe der CVP geht – nach den ebenso haarsträubenden Fällen Stefan Niklaus (Wallis) und Emanuel Müller (Uri). Wahrlich – im politischen Heimatschutz ist die CVP konkurrenzloser Schweizer Meister.

Wir finden es falsch, ob den Korruptions- und Berufsverbotsaffären in CVP-Kantonen wie Tessin, Wallis oder Uri einfach die Achseln zu zucken und sich damit abzufinden, dass halt auch die Schweiz ihre Bananenrepubliken hat. Wir wehren uns vielmehr dagegen, dass in diesen CVP-Hochburgen Ausnahmesituationen als «normal» hingenommen werden – Ausnahmesituationen, die mehr totalitären als demokratischen Geist atmen.

Die CVP Schweiz kann sich nicht um ihre Verantwortung drücken und einfach schweigen. Sie praktiziert eine doppelte Moral, wenn ihre Exponenten gesamtschweizerisch die menschenfreundlichen Demokraten mimen und auf der andern Seite in ihren Hochburgen totalitäre Praktiken kritiklos hinnehmen. Wir fordern Sie auf, mit dem ganzen möglichen Nachdruck bei Ihren Parteifreunden im Wallis und anderswo zu intervenieren und für die Respektierung Ihrer Partei-Ideale auch in entlegeneren Gebieten der Schweiz zu sorgen.

Wie undemokratisch die Walliser Verhältnisse sind, hat selbst die «NZZ» vermerkt, die kürzlich schrieb, «dass Aufklärung, Französische Revolution und Liberalismus am Vieux-Pays vorbeigegangen sind», vorbei an einer «CVP-Regierung, die seit 130 Jahren gewohnt ist, die Dinge im Rahmen einer geschlossenen ‹Kabinettspolitik› zu regeln».

Wir veröffentlichen diesen Brief im Pressedienst des Demokratischen Manifests. Ihre Antwort werden wir an gleicher Stelle publizieren. Wir sehen Ihrer Stellungnahme mit Interesse entgegen.

Arbeitsgemeinschaft
Demokratisches Manifest
B. Landolt, Präsidentin

Nach Auskunft des Generalsekretariats der CVP Schweiz beschloss das Parteipräsidium, auf eine Entgegnung zu verzichten. *Die Redaktion*

Unter der Herrschaft von Klerus und Kapital

Die politische Landschaft im Wallis

Bis zur Gründung der modernen Eidgenossenschaft 1848 zählte das Wallis 13 Zehnden (heutige Bezirke), diese stellten den *Landrat:* Eine *ständische Vertretung, in der der Walliser Klerus vier eigene, ständige Sitze für sich beanspruchte. Nach dem Sieg der Radikalen* im Schweizerischen Sonderbundskrieg erhält auch das Wallis eine bürgerliche Verfassung: Parlament (Grossrat), Exekutive (Staatsrat), zentralisierte Freiheit des Handels, des Gewerbes und der Industrie. Den *Konservativen* (Kirche und Aristokratie), Vorläufer der *CVP,* gelingt es jedoch in der Auseinandersetzung mit den von der bürgerlichen Gesellschaft eingeführten neuen Strukturen die vorwiegend bäuerliche Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen.

Mit der Industrialisierung des Wallis zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der damit verbundenen Proletarisierung weiter Teile der werktätigen Bevölkerung kommt es zur Ausbildung einer ersten Arbeiterbewegung unter der Führung des Sozialisten Dellberg.

Wie in der übrigen Schweiz entsteht als Reaktion auch im Wallis die *christlichsoziale* Bewegung (Vorläufer der CSP) mit dem Ziel, die antiklerikalen Einflüsse der Radikalen und Sozialisten zu unterbinden. Als Gegenpropaganda gründet sie gleich der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung *Arbeitervereine,* Krankenkassen und Konsumvereine. Auf diese Weise gelingt es den Konservativen und dem Klerus, die Arbeiterbewegung zu kontrollieren.

In der Zwischenkriegszeit, während der weltweiten Wirtschaftskrise, sinkt auch die Konsumkraft der bäuerlichen *Kleinbesitzer,* ihre Teilproletarisierung (z. T. Lohnabhängiger, z. T. Eigentümer) wirkt der Bildung eines Arbeiterbewusstseins stark entgegen und lässt den *Faschismus* im Wallis Fuss fassen.

Unter der Führung von *Roger Bonvin,* dem späteren Bundesrat, rüsten sich faschismusfreundliche Gruppierungen zum Kampf gegen den Sozialismus. 1935 kommt es mit der Unterstützung der Kirche zur Bildung einer faschistischen Regierung, während die sozialdemokratische Bewegung zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt.

Nach dem 2. Weltkrieg gründet *Leo Guntern,* heute Ständerat, im Oberwallis die *christlichsoziale Volkspartei* (CSP), im Volksmund die *«Gelben»* (Hauptziel: Bekämpfung des Sozialismus), während die Konservativen, die *«Schwarzen»,* für eine extrem kapitalfreundliche Wirtschaftspolitik eintreten und sich in *Christdemokratische Volkspartei* (CVP) umbenennen. Im Oberwallis teilen sich heute CSP und CVP in die absolute Mehrheit.

Die praktisch einzige Opposition, das «Kritische Oberwallis» (KO), und die SP müssen in den kantonalen Wahlen eine 10%-Hürde (früher 20%) überwinden. Beispiel Bezirk Visp: 14 Sitze. Mathematisch also 6,4% pro Sitz. Das KO erreichte bei den letzten Wahlen 6,5% der Wählerstimmen, wurde aber wegen der 10%-Klausel bei der Sitzverteilung nicht berücksichtigt. Diese 10%-Schranke ist ein Grund, weshalb KO und SP bei Wahlen gemeinsame Listen eingehen. Bei den Grossratswahlen 1977 erreichte die Listenverbindung von KO und SP im Bezirk Brig 18,84%.

Auch die Unterschriftenzahlen für die Volksrechte sind im Wallis ausserordentlich hoch: 6000 für Referenden und 12 000 Unterschriften für Initiativen. Das bedeutet zehn Prozent der Stimmberechtigten, was mit Abstand das höchste in den Schweizer Kantonen verlangte Quorum darstellt.

Auf der kommunalen Ebene gibt es faktisch keine Gemeindeversammlungen, also keine Legislative, sondern nur die Exekutiven, die Gemeinderäte. Die mit wenigen rechtlichen Kompetenzen ausgestattete Urversammlung kommt nur zweimal jährlich zusammen. Die Stimmbürger haben auch nicht die Möglichkeit, mit Referenden gegen Vorlagen zu protestieren oder mittels Initiativen eigene Vorschläge zu machen.

Das zwingt auch kleine Gruppierungen wie das KO, auf der Gemeindeebene für die Exekutiven zu kandidieren. Dies ist der einzige Ort, wo wichtige Informationen erhältlich sind und effektiv auch die Entscheidungen fallen. In der Briger Gemeindeexekutive ist Peter Bodenmann KO-Vertreter; er ist für das Gesundheitswesen und die Kehrichtabfuhr zuständig.

Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!

treff punkt FLOHMARKT

Kleininserat: 5 Zeilen **10 Fr.**
Kontaktinserat: 5 Zeilen **15 Fr.** (inkl. Chiffregebühr)
(Weitere Zeilen 2 Fr. Zeile à 30 Zeichen)

Talon ausfüllen und einsenden an: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Betrag (min. 10/15 Fr.) auf Postcheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8006 Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.** Falls Text länger als gegebenes Feld, pro zusätzliche Zeile à 30 Zeichen 2 Fr. einzahlen. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Name und Adresse:

FLOHMARKT Kleininserate

Im Vorkindergarten im Kreis 5 (Zürich) hat es noch einige Plätze frei. Wir spielen und malen Montag- bis Donnerstagnachmittag von 13.30 bis 17.30 Uhr in Gruppen von 4 bis 7 Kindern. Auskünfte durch Margrit Christen, Tel. KG (01) 44 89 11, Privat (01) 202 97 72.

Durch
Bewegungs-schulung Gymnastik Improvisation
seinen Körper bewusst erleben und nach Ausdrucksmöglichkeiten suchen.

Interessenten erfahren alles Nähere über Telefon (01) 915 03 24.

treff punkt Kontaktinserate

Adresse für Zuschriften auf Chiffre-Inserate: Chiffre-Nr., «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich

Grafiker-Künstler, 38 jung, sensibler, schlanker Typ, sucht **herzlichen, geistreichen Freund,** Raum Zug–Zürich. Chiffre A 1107.

Berner, Nichtstudent, 25j., sucht **jungen Freund für gelegentliche Treffs.** Wohnung und Auto vorhanden. Viele Hobbies. Jede Zuschrift wird beantwortet. Chiffre B 1108.

BE/FR: Stud., 26/183, musikalisch, abstrakt und bissig, sucht ebensolche **Xanthippe** zwecks Besiedelung seiner Luftschlösser. Chiffre D 1110.

Heilpädagogin (33) sucht **Freund zum Aufbau einer echten Beziehung.** Chiffre F 1112

Student, 21j., **sucht** einen **Freund** zum Aufbau einer sinnvollen Beziehung. Ich freue mich auf unsere erste Begegnung. Sende bitte Deine Zuschrift mit Bild an Chiffre C 1109.

22j. Boy mit grossem Problem! Muss ich wirklich ein so trostloses Leben führen, nur weil ich seit 6 Jahren ein Einzelgänger bin u. mich dazu noch Kontaktschwierigkeiten hindern, ein Girl kennenzulernen für eine ehrliche Freundschaft? Gibt es ein Girl aus dem Raum W'thur–Zürich, das Näheres von mir erfahren möchte? Du darfst bis 25 J. alt sein. Beantw. gerne Deine ernstgemeinte Bildzuschrift. Chiffre E 1111

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung
Gratis-Reisepartnersuche

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «treffpunkt», «Flohmarkt».)

Suche **Gelegenheit, nach Paris** und retour mitzufahren: Hinfahrt jeweils Sonntagabend und zurück nach Zürich Freitagmittag. Kostenbeteiligung. Telefoniere bitte an Patricia, (01) 53 92 68.

23jähriger Student sucht Frau/Mann als Mitreisende(n) nach **Peru und Bolivien.** Reisedauer: ca. 30–40 Tage, zwischen Januar und März 1979. Paul Ott, Länggasse 75, 3012 Bern, (031) 24 53 79.

Ich, weibl., 35 J., suche zuverlässigen Reisepartner f. **Mittel- u. Südamerika mit öffentl. Verkehrsmitteln.** Dauer ca. ½ Jahr, Start Frühling 1979. Ruth, Tel. (01) 780 57 89.

Oktober-«konzept» verpasst?

Schade, denn es ist noch reichhaltiger als sonst: Es enthält eine 10seitige Beilage zum Thema «Literatur in der Schweiz». *Jetzt nachbestellen!* 1.80 Fr. für 22 Seiten, 1 Fr. für die Literaturbeilage allein.

Betrag in Briefmarken an «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Bestellcoupon für das konzept – Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl	Artikel		Preis	Porto + Verpack.	Total
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972–77	ungebunden	6.—	–.70	6.70
		mit Spiralbindung	10.—	–.70	10.70
.....	Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, starkes Papier, (ab 5 Stück 3.–)	gefalzt	3.50	–.70	4.20
		ungefalzt in Rolle	3.50	2.—	5.50
.....	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig, A 2, starkes Papier (ab 5 Stk. 1.–)	gefalzt	1.50	–.70	2.20
		ungefalzt in Rolle	1.50	2.—	3.50
.....	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung		1.—	–.40	1.40
.....	Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch»		1.—	–.40	1.40
.....	Sonderdruck «Frauenbewegung heute» (Vortrag Jutta Menschik März 1976 in Zürich)		1.—	–.40	1.40
.....	Ärzte- und Pillenliste (adressiertes und frankiertes Antwortcouvert beilegen!)		gratis		
.....	«das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang		10.—	2.—	12.—
.....	Poster «Unser Strauss» (aus Nr 1/78)	ungefalzt in Rolle	2.—	2.—	4.—
		gefalzt	2.—	–.40	2.40
.....	Poster «Gefangener der Freiheit» (aus Nr. 4/78	ungefalzt in Rolle	2.—	2.—	4.—
		gefalzt	2.—	–.40	2.40
.....	Mai-Zitig (gemeinsame Zeitung zum 1. Mai vom «zeitdienst» und «dem konzept»)		2.—	–.—	2.—
.....	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» (aus Nr. 1/78) (Zum Auflegen+Verteilen)		gratis		
.....	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» (aus Nr. 10/78)		1.–	–.40	1.40
.....	Adressliste der Alternativmedien		1.–	–.40	1.40

Verpackungskosten verstehen sich pro Sendung.

Zahlungsmodus *Zutreffendes ankreuzen

☐ *Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei.

(*Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse

das konzept hilft weiter

«das konzept» hat seinen Leserinnen und Lesern schon seit Jahren in der Frage der Verhütung und in schweren Fällen geholfen. Wir geben eine immer wieder verbesserte Liste von Ärzten, welche die Abgabe der Pille liberal handhaben, auf Wunsch gratis ab. Wir haben auch ein Merkblatt für Sie bereit, welches Ihnen im Fall einer unerwünschten Schwangerschaft weiterhelfen soll: mit Adressen von Kliniken im Ausland, wo Sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen können (neueste Auflage Herbst 1977). Sie erhalten die Liste auf Anfrage (mit frankiertem Antwortumschlag).

Die Redaktion

DISSERTATIONEN

bei Expl.	DM pro Seite
70	3.60
100	3.80
150	4.10
200	4.35
300	4.55

druckt exzellent — von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format

BÖNECKE

Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.

3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Schnelldruckerei

Frachtverbilligung
Raster billigst!

Angebot anfordern

LeserZeitung
Alternativmagazin

Alle 14 Tage deckt die LESERZEITUNG Themen auf wie:

Entlassungen, Atomkraftwerke, Umweltzerstörung, Abbau politischer Rechte, Zensur, Situation der Frau, politische und wirtschaftliche Hintergründe, Armeehierarchie, Schulprobleme, Dritte Welt, Kulturmisere.

LeserZeitung Alternativmagazin

Als Abonnent(in) werden Sie zugleich Mitbesitzer der LESERZEITUNG: als Mitglied der Vereinigung gleichen Namens. An regionalen und schweizerischen Versammlungen bestimmen Sie Kurs, Inhalt und Form der Zeitung mit.
In Ihrer **Region** können Sie mit andern Leserinnen und Lesern zusammen über die regionale **Lesergruppe** Einfluss nehmen. Hier erhalten Sie Kontakt, wenn Sie selber einen Beitrag schreiben möchten. Hier bietet sich ein Einstieg für Mitarbeit.

Die LESERZEITUNG lässt sich nicht davon abbringen, das zu sagen, was die Leser nötig und wichtig finden. Sie macht nicht Halt vor Parteien, Wirtschaftsgruppen, Politikern, Kirchen, Militärs, Gewerkschaften, Verbänden, Wissenschaftern, Pressegiganten ...

☐ Probeabonnement (3 Gratis-Nummern)
☐ eigenes Abonnement Fr. 50.—/Jahr **Am Kiosk für Fr. 2.50.**

Name und Adresse:

LeserZeitung, Postfach, 8021 Zürich, 01/42 44 00.

Mit Langlaufski und Hundeschlitten durch Grönland

Das grosse Reiseerlebnis für Leute, die mehr von ihren Ferien verlangen als blosse Bequemlichkeit.

Fr. 2.200.-

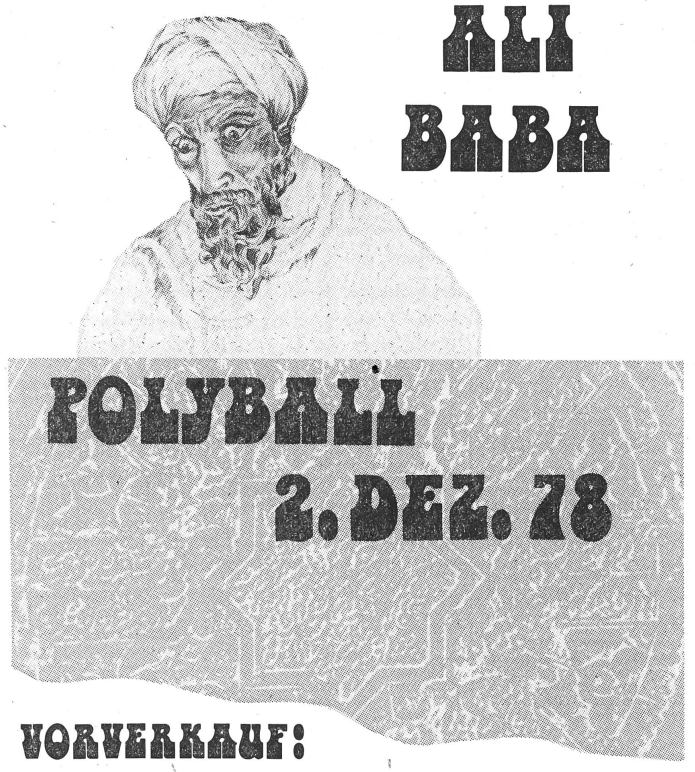
12 Tage, vier Reisedaten:
13.-24.3./20.-31.3./27.3.-7.4./3.-14.4.

Mut zum Aussergewöhnlichen:

Lass Dich vom SSR informieren. Gleich jetzt per Telefon oder am Informationsabend am Montag, 4. Dezember, 20.00 Uhr, im SSR, an der Bäckerstrasse 40 in Zürich.

SSR-Reisen
Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich
Telefonverkauf: 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.



Parlamentarische Scheingefechte in der Atomfrage

Atompoker im dunkeln

Von Michael Ausfeld

Ein Scheingefecht in der Atomgesetzdiskussion lieferten sich in dieser Herbstsession die eidgenössischen Parlamentarier. An der Nase herumgeführt in diesem Spiel wurde einmal mehr der Stimmbürger: Die Diskussion verlief im dunkelsten Gesetzeswald, das wesentliche Faktum – nämlich dass die Ausmarchung noch gar nicht stattgefunden hat, sondern nur aufgeschoben wurde – wird verschwiegen. «das konzept» bringt Licht in das Dunkel.

Nebel im Atomgesetzdschungel: alle Massenmedien reden von der Atomgesetzrevision. Obwohl dies nicht der Wahrheit entspricht!

Tatsächlich haben die eidgenössischen Räte in der vergangenen Herbstsession neue Bestimmungen über den Bau von AKW beschlossen. Doch nicht in der Form eines *Gesetzes;* was verabschiedet wurde, ist der Bundes*beschluss* zum Atomgesetz. Wortklauberei? Der Unterschied zwischen einem *Gesetz* und einem *Beschluss* der Bundesversammlung ist wichtig: Ein Gesetz ist eine Bestimmung, die unbefristet Geltung hat. Demgegenüber ist der vorliegende Bundesbeschluss eine befristete Norm. Sein Artikel 13 Abs. 3 lautet: «Dieser Beschluss gilt bis zum Inkrafttreten eines neuen Atomgesetzes, *längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1983.*»

Taktischer Aufschub

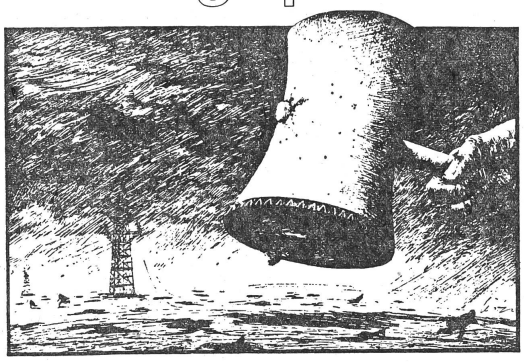
Die Weisheit dieser Erkenntnis? Der Bundesbeschluss bringt keine Lösung in der Sache eines neuen Atomgesetzes. Vielmehr – das zum einen – vertagt er die brennende Problematik. Zum anderen erhärtet sich der Verdacht, dieser Beschluss diene lediglich der Bekämpfung der zu Beginn nächsten Jahres zur Abstimmung gelangenden *Atominitiative.* Politisch wird ein mehr als fragwürdiges Spiel getrieben. Dem Stimmvieh wird weisgemacht, das Atomproblem sei vom Gesetzgeber bereits gelöst worden, während dem in Wirklichkeit überhaupt nicht so ist. In naher Zukunft ist – in besonderem Mass für die Atomlobby – alles möglich. Wenn es nämlich dann irgendwann zu Beginn der 80er Jahre wirklich um «die Wurst» geht, werden die entscheidenden Retuschen und Umgestaltungen zweifellos durchgesetzt werden. Das *Atomgesetz* von 1983 wird ganz sicher anders aussehen als der Bundesbeschluss von 1978. In fünf Jahren werden die professionellen Bremser des Ständerats so schnell nicht auf den Nationalrat einschwenken, wie sie es in der vergangenen Herbstsession gemacht haben. Es wird kernhart auf -hart gehen. Ganz zu schweigen davon, dass dann auch der Nationalrat gesamthaft atomfreundlicher sein könnte . . .

Linkes Referendum . . .

Gegen den Bundesbeschluss hat ein Komitee aus AKW-Gegnern und Parteien der Linken (POCH, PSA, RML) das Referendum ergriffen. Innerhalb der Frist von 90 Tagen müssen 50 000 gültige Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht werden. Letzter Termin ist der *17. Januar 1979.*

. . . und SP-Kritik

Gegen dieses Referendum, aber *für* ein Ja zur Atomschutzinitiative äussert sich SPS-Präsident Helmut Hubacher in einem Artikel im Zürcher *«Volksrecht».* Das Ja zur Initiative entspricht den Beschlüssen der SPS-Basis (Basler Parteitag) und des SGB-Kongresses von Lugano. (Die SGB-Parole lautet auf Stimmfreigabe wegen Nichterreichens der Zweidrittelmehrheit.) Für Hubacher wird das Referendum gegen den Bundesbeschluss vorwiegend von «linken Aussenseitergruppen» getragen. Wenn das wirklich seine Meinung ist, soll er damit selig werden. Bedenklich aber mag stimmen, das auch Genosse Helmut mit keinem Wort dartut, worum es wirklich geht: Auch er spricht vom «revidierten Atomgesetz», auch er verschweigt den kleinen Unterschied mit den grossen Folgen . . . Hubacher empfiehlt ein Ja zur Atomschutzinitiative. Wie aber, wenn (auch) diese Initiative von Volk und Ständen bachab geschickt wird? Man soll den Teufel nicht an die Wand malen: Aber nehmen wir doch einmal an, die Atomkraftbefürworter gewinnen die Abstimmung tatsächlich. Nehmen wir das einmal an. Rein hypothetisch. Und jetzt nehmen wir noch ein wenig Phantasie. Nicht zuviel. So. Und stellen uns vor, wie die SP-Fraktion nach geschlagener Schlacht dastehen könnte. Dann, wenn es um die Revision des *Atomgesetzes* geht . . . ●



Gibt es noch Löwen im Wallis? *Fortsetzung von Seite 7*

«Wenn heerts KO äntlich üf gägu Staatsrät schiessu?»

Strebt ihr einen Linksblock mit der SP an, oder wollt ihr bewusst als Alternative zur SP in Erscheinung treten? Wo sind die Abgrenzungen zur SP?

Die politische Situation ist so: Im Unterwallis sind wir nicht präsent und die SP mit einem Stimmenanteil von 20 Prozent zwar keine dynamische, aber im schweizerischen Durchschnitt gesehen doch recht fortschrittliche Sozialdemokratische Partei. Im Oberwallis ist die Lage anders: Hier gab es 1970 praktisch auch keine SP mehr. Heute gibt es auf der Linken die SP und das KO. Beide Formationen dürften wählermässig etwa gleich stark sein, wobei das KO heute politisch die weit dynamischere Kraft darstellt.

Grundsätzlich arbeitete man bei den Wahlen zusammen, da wir im Wallis eine 10-Prozent-Klausel haben. Wegen dieser Klausel verpasste das KO zum Beispiel im Bezirk Visp einen sicheren Grossratssitz. Die Zusammenarbeit klappt mit den verschiedenen Sektionen unterschiedlich, die SP Wallis anerkennt uns aber heute als selbständige politische Kraft und als Bündnispartner. Die Abgrenzungen zur SP sind klar: Wir wollen nicht nur Reformen innerhalb des Systems, sondern wir wollen den Sozialismus.

Was heisst das in bezug auf die Industrialisierung und die Arbeitsplätze?

Im Rahmen eines Gesprächs kann man natürlich nur einige wenige Aspekte herauspicken. Die grosse Industrialisierung mit der Alusuisse setzte um 1900 ein. Die Arbeitskräfte waren billig und der reichlich vorhandene Strom nur schwer zu transportieren. In den letzten 20 Jahren kamen arbeitsintensive Betriebe ins Wallis: Bally, Lenco, Uhrenindustrie usw. Heute sind viele dieser Betriebe wieder geschlossen. Die Fälle Bally und Lenco zeigen, dass die Industrie bei Rationalisierungen zuerst einmal die Betriebe im Randgebiet schliesst. Noch brutaler zeigt die Alusuisse, die 1974 auch noch die Lonza übernahm, ihre Macht: Von Siders aufwärts arbeiten 5000 bis 6000 Personen in ihren Betrieben. Kraftwerke und Verteilungsnetze der Energie gehören zu diesem Konzern, der gerade im Fall des Fluors zeigt, dass der Spruch vom *Kanton Alusuisse* leider gar nicht so daneben liegt.

Offen droht der Konzern mit der Aufhebung von mindestens 450 Arbeitsplätzen in Chippis, falls die von der eidgenössischen Kommission für Umweltschutz gemachten Kompromissvorschläge durchgesetzt würden. Und sowohl die Gewerkschaften wie die politischen Parteien marschieren. Dabei steht fest: Alusuisse will die Öfen in Chippis nicht umstellen, weil sie diese Anlagen in spätestens fünf bis sechs Jahren so oder so eingehen lassen will. Aber gerade wenn man die Alusuisse zu den von den Bauern geforderten Umstellungen der Filteranlagen zwingen könnte, wären angesichts dieser Neuinvestitionen die Arbeitsplätze eher besser gesichert. Statt dessen verstehen es die Alusuisse und auch der Walliser Staatsrat sehr geschickt, die Arbeiter und Bauern gegeneinander auszuspielen. Und dies nur, damit die Alusuisse das letzte aus diesen Walliser Werken herausholen kann.

Welches sind heute die zentralen internen Probleme eurer Organisation?

Angesichts des breiten politischen Spektrums des Kritischen Oberwallis bedarf es sicher einer grossen Arbeit, um ein für möglichst alle Tendenzen tragfähiges Programm zu schaffen. Dazu kommt, dass heute die Produktion und der Vertrieb der *«Roten Anneliese»* die Organisation arbeitsmässig ungeheuer stark belastet. Dagegen haben wir in letzter Zeit Gruppen- und Gewerkschaftsarbeit eher vernachlässigt. Hier ist sicher ein gewisser Kurswechsel notwendig. Wie wir dies bewältigen können, wird zurzeit intern diskutiert. ●

fingerzeig

Diagnose des westlichen Marxismus

Perry Anderson. Über den westlichen Marxismus. Syndikat-Verlag, Frankfurt 1978. 15 Fr.

Der englische Marxist Perry Anderson legt mit dem vorliegenden schmalen und gut lesbaren Bändchen eine synthetisch angelegte Studie über die Situation des westlichen Marxismus vor. Dabei geht es Anderson weniger um eine präzise und systematische Analyse von dessen jeweiligen Repräsentanten, die sich über eine lange und verworrene Reihe von Lukács, Korsch, Gramsci über die Frankfurter Schule bis hin zu Sartre, Althusser und den Italienern Della Volpe und Colletti hinziehen, sondern vielmehr – in der Perspektive der Einheit in der Mannigfaltigkeit – um die Enthüllung der formalen, sich mehr oder weniger bei allen Vertretern gemeinsam zeigenden Strukturelemente. Zweck dieses ambitiösen Unterfangens ist es einmal, diese Elemente mit dem revolutionären Erbe der «Klassiker» zu vergleichen, zum andern in diesem Vergleich jene Schlüsselprobleme herauszukristallisieren, mit denen sich die künftige Entwicklung des Marxismus, will er seinen Anspruch als revolutionäre Theorie einlösen, notwendigerweise konfrontieren muss.

Die Entstehungsbedingungen des westlichen Marxismus, der also trotz seiner scheinbaren und schillernden Vielfalt als in sich homogenes Gebilde betrachtet werden kann, sind unmittelbar mit dem Niedergang der an die Oktoberrevolution anschliessenden revolutionären Explosionen von 1918 bis 1923 verknüpft. Anstelle der erhofften internationalen Ausweitung der sozialistischen Revolution setzte eine Phase der relativen Konsolidierung ein, die sich «dank» der historischen Niederlage der Arbeiterbewegung durch den Faschismus, durch den 2. Weltkrieg hindurch und abgesehen von partiellen vorrevolutionären Situationen eine Kontinuität bis in die 60er Jahre hinein geben konnte. Dieser verhängnisvolle objektive historische Kontext bildete somit den Rahmen, in dem sich die marxistische Theorie entfalten musste, krampfhaft und mehr oder weniger ohnmächtig darum bemüht, sich – wollte sie das Risiko der eigenen Dogmatisierung, entsprechend der stalinistischen des Sowjetmarxismus, nicht eingehen – ihr alleiniges Existenzmedium zu erhalten: eine innige und unentbehrliche Verbindung mit einer revolutionären Massenbewegung. Dass ihm dies gerade nicht gelang – und dass dies natürlich auch nicht sein eigenes Selbstverschulden sein kann –, kennzeichnet zutiefst die gemeinsame Struktur des westlichen Marxismus, macht dessen eigentliches Wesensmerkmal aus und bildete die entscheidende Determinante in desssen weiteren Entwicklung.

Ein erstaunliches, aber durch den objektiven historischen Kontext eher verstehbares Phänomen war denn auch eine Verschiebung des Gravitationszentrums des westlichen Marxismus in die Richtung *philosophischer Fragestellungen;* es kam zu einer eigentlichen Reprofessionalisierung der marxistischen Philosophie. Von Lukács bis Althusser fanden die meisten markanten marxistischen Philosophen (auch diesbezüglich blieb Gramsci eine Ausnahme der Regel) Zugang zu bürgerlich-akademischen Bildungsinstitutionen – ein Phänomen, das vor dem 1. Weltkrieg nicht denkbar gewesen wäre.

Die vielleicht gewagteste These, die Anderson formuliert, ist diejenige eines tiefsitzenden Pessimismus, der sich ihm gemäss als Grundton durch die Theoriebildungen des westlichen Marxismus hindurchzieht, ein zunehmender Verlust an Vertrauen und Optimismus, an Sensibilität für «konkrete Utopie» (dass Anderson den Hoffnungsdenker im Marxismus, Ernst Bloch, durchgehend ignoriert, mag eine der Schwächen des Buches sein).

Wo liegt nun aber für Anderson die Möglichkeit des westlichen Marxismus, sich aus dieser Sackgasse zu befreien, wieder diejenige Funktion zu übernehmen, in der er sich ursprünglich auch gebildet hat: Theorie einer revolutionären Praxis zu sein? Im Mai '68 und den ihn begleitenden internationalen Ereignissen sowie in der diesen folgenden Periode bis zum Ausbruch der kapitalistischen Wirtschaftskrise 1974 sieht Anderson eine historische Bruchstelle, die potentiell die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung von marxistischer Theorie und der Praxis der Arbeiterklasse in Betracht ziehen lässt. Das Erreichen dieser Wiedervereinigung, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf den Marxismus haben wird, ja diesen überhaupt erst so zu dessen Wahrheit als revolutionärer Theorie bringen kann, bedarf zweifellos revolutionärer Kräfte und Organisationen als notwendige Vermittlungsglieder, ist aber erst dann umfassend vollbracht, wenn *die Massen selbst* revolutionär werden.

Nicht zuletzt liegt ein eindeutiges Erkennungszeichen des westlichen Marxismus in dessen Sprache. Im Gegensatz zu den klar formulierten Aussagen der Schriften von Marx und Engels, Lenin oder Trotzki sind diejenigen der meisten Vertreter des westlichen Marxismus von einer manchmal unnötig aufgebauschten sprachlichen Komplexität, die sich nicht selten an der Grenze der Verständlichkeit bewegt: letztlich ebenso Zeichen seiner Akademisierung, seiner Loslösung aus der dialektischen Einheit mit einer Massenbewegung. Erst mit dem erneuten Gewinn dieser Einheit wird das Schicksal des «westlichen Marxismus» besiegelt sein, indem sich diesem gleichzeitig ein neuer Horizont eröffnet.

Robert Heim

Seveso ist überall

Egmont R. Koch/Fritz Vahrenholt: Seveso ist überall. Die tödlichen Risiken der Chemie. Kiepenheuer & Witsch. 437 Seiten. 19.80 Fr.

lk. 5 Jahre nach der ersten umfassenden deutschsprachigen Darstellung der Probleme und Gefahren der Kernenergie durch Holger Strohm geben uns nun zwei Chemiker einen repräsentativen Überblick über die Risiken der chemischen Industrie an Hand der «Blutspur», die diese Industrie seit über 100 Jahren hinter sich herzieht.

E. Koch, Biochemiker und Wissenschaftsjournalist, und *Dr. F. Vahrenholt,* Leiter des Fachbereichs «Chemische Industrie» im Umweltbundesamt, entschlossen sich nach ihrer journalistischen respektive wissenschaftlichen Analyse der Seveso-Katastrophe, gemeinsam all das Wissen zusammenzutragen, das die Wissenschaft über die kleinen und grossen Sevesos anderswo bereits hatte, und dies alles in einer für den Nichtnaturwissenschaftler verständlichen Sprache zu formulieren. Was sie auf 300 Seiten erklärend dokumentieren, war längst überfällig. Es unterscheidet sich von der schon sehr umfangreichen «Umweltsch(m)utzliteratur» durch Überblick, Darstellung des Wesentlichen, fundierte Hintergrundinformation in den wichtigen Fällen, sachlich-emotionslose Darstellung – soweit es die geschilderten Verhältnisse überhaupt zulassen. Die im 130 Seiten starken Literaturverzeichnis enthaltenen Informationen und Hinweise erlauben es dem Interessierten, sich in einzelnen Punkten vertieft zu dokumentieren (etwas mehr Grundlagenliteratur hätte nichts geschadet).

Seveso leitet das Kapitel der «Störfälle» in der chemischen Industrie ein. Die Auswirkungen der in der Natur «zirkulierenden» Gifte werden an den Beispielen Blei, Quecksilber, Cadmium und den chlorierten organischen Stoffen dargestellt. Das «alltägliche Risiko», dem wir zwangsläufig durch die bewusst in die Welt gesetzten Stoffe ausgesetzt sind, wird uns zum Erschrecken deutlich vor Augen geführt. Mit dem letzten Kapitel über die ungelösten Probleme bei Transport und Lagerung der chemischen (Abfall-)Stoffe geben uns die Autoren handfeste Informationen zu dem Teil der Chemieindustrie, der bis heute gut verschwiegen und in unbekannte Gruben geschüttet wurde. Der Giftskandal der Basler chemischen Industrie gibt uns eine Vorahnung, was uns die chemische Vergangenheit noch kosten wird, von der Zukunft gar nicht zu reden.

Das Buch konzentriert sich vor allem auf die meist sehr direkten Auswirkungen industrieller Stoffe auf den Menschen. Hier aber ist es fundiert. Es werden nur jene Fälle aufgenommen, die heute nicht mehr umstritten sind. Weniger im Zentrum stehen die Auswirkungen auf die tierischen und pflanzlichen Ökosysteme, ganz fehlen die verschiedenen Arzneimittelskandale und die zukünftigen Gefahren der biochemischen und molekularbiologischen Forschung.

Die Autoren geben aber allen umweltbewussten Bürgern eine Waffe, die es erlauben wird, dort den Kampf gegen die chemische Industrie aufzunehmen, wo sie – seit langem, heute aber nicht mehr unbemerkt – unsere Umwelt zerstört. ●

Verehrte Bücherfreunde

Der ANSATA-VERLAG, dessen qualitativ hochstehendes Verlagsprogramm bereits viel Anerkennung gefunden hat, ist bemüht, dem Suchenden grosse Schätze der okkulten und mystischen Literatur durch preisgünstige Nachdrucke und Neuausgaben wieder zugänglich zu machen. Er legt grossen Wert darauf, dem Bücherfreund nur wertvolle und vertretbare Werke anzubieten, meistens sehr seltene und gesuchte Klassiker der Geheimwissenschaften sowie der Mystik von hohem kultur- und geistesgeschichtlichem Wert.

Nachdrucke seltener und gesuchter Werke der Geheimwissenschaften

Diese Reihe mit den bereits bekannten und beliebten «blauen Büchern» enthält grundlegende Werke über Magie, Numerologie, Kabbala, Rosenkreuzertum, Astrologie und andere geheimwissenschaftliche Studien zu den verschiedenen esoterischen Sachgebieten.

Bibliotheca Hermetica

Bringt sorgfältig ausgesuchte Quellentexte zu den hermetischen Wissenschaften aus der Antike bis zur Neuzeit. Werke berühmter Adepten der echten Alchemie, der Gnosis und der höheren Magie bilden den Schwerpunkt dieser Reihe.

Bibliotheca Mystica

Diese neue, im Aufbau befindliche Reihe will ein Gegengewicht zu der heute übervertretenen «östlichen Weisheitsliteratur» schaffen und bringt eine grosse Anzahl zu Unrecht vergessener mystischer Schriften von bekannten, aber auch unbekannteren grossen Mystikern der abendländischen Tradition.

Bitte verlangen Sie unseren Gesamtkatalog!

ANSATA
Verlag und Versandbuchhandlung

Helfenstein
CH-3150 Schwarzenburg/Schweiz
Telefon (031) 93 15 86

Rechtsextremisten im Mao-Look

Fortsetzung von Seite 1

Er gründete neben andern auch die Bewegung *22. März*. Auch er wies sich als «Etincelle»-Journalist aus. Als er nicht freigelassen wurde, packte er aus: *«Wir haben im Auftrag von Guérin Sérac und Robert Leroy gehandelt.»*

Dass der Neofaschist eine linksextreme Bewegung aus der Taufe hob, verriet System. Ein internes Papier der AGINTER klärt auf: *«Der Anfang unserer politischen Aktion besteht darin, den Einzug des Chaos in sämtlichen Strukturen des Regimes zu begünstigen . . . Unter einem kommunistischen oder maoistischen Deckmantel müssen wir den Zerfall der staatlichen Stukturen auslösen.»* Stolz hält das interne Theoriepapier fest: «Fast alle diese (kommunistischen und prochinesischen) Gruppen haben wir bereits unterwandert.»

Bereits die PPS in Vevey legt den Schluss nahe, dass die Unterwanderung – mit Vorliebe maoistischer Politgruppen – eine Eigenart der AGINTER darstellt. Sie entsprang keineswegs einer Eingabe des Zufalls. Die Gründe dafür liegen weit zurück. Die vernichtenden Niederlagen, welche die französische Armee in Indochina einstecken musste, hatten zur gründlichen Manöverkritik gezwungen.

Für das Studium des Guerillakrieges stellte die Regierung Gelder frei. Die Armee-Abteilung *Bureau d'action psychologique et de presse* vertiefte sich in die Schriften von Lenin und vor allem von Mao. *«Nicht die militärische, sondern die ideologische Überlegenheit führt die kommunistischen Guerillas von Sieg zu Sieg. Die Weltanschauung des Kommunismus ist überlegen»*, schlussfolgerten die ehemaligen Indochina-Offiziere und empfahlen: *«Die einzige Möglichkeit, die einen erfolgreichen Kampf erlaubt, besteht darin, unsere laxe, liberale und materielle Weltanschauung aufzugeben und sie durch die katholische Lehre zu ersetzen.»* Das Papstwort *«Der Sozialismus hat den Idealismus zum Vater und den Kommunismus zum Erben»* erhoben sie zu ihrem Leitspruch.

Zu ähnlichen Erkenntnissen kam die katholische Bewegung *Cité Catholique*. In ihrem Organ «Verbe», Mai 1957, standen folgende erbauliche Worte: *«Dem Marxismus kann man nur mit einem tiefen Glauben und einem bedingungslosen Gehorsam gegenüber dem Heiligen Stuhl erfolgreich begegnen . . . Lenin sagte: Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung. So können auch wir sagen: Ohne eine durch den Glauben erleuchtete Doktrin keine erfolgreiche konterrevolutionäre Aktion.»*

Die Cité Catholique änderte inzwischen den Namen. Heute tritt sie als *Office international de formation civique* auf. Seit über 10 Jahren hält sie ihre Jahresversammlung an Ostern in Lausanne ab.

Kontakte zu reaktionären Orgnisationen der Schweiz

In der AGINTER hatte der ehemalige Indochina-Offizier Guérin Sérac endlich Gelegenheit, ehemals entwickelte Strategien in der Praxis zu erproben. Die «psychologische Aktion» – gleichzeitig in der französischen Armee und in der katholischen Kirche entwickelt – nahm neben der militärischen Aktion für die AGINTER einen breiten Raum ein. Zur Verbreitung ihrer Ideologien suchte die Agentur mit einem breiten Fächer rechtsextremer Parteien Kontakt: von der Cité Catholique bis zum Nouvelle Ordre Européen (vgl. Kasten), vom italienischen MSI bis zum «Bayern-Kurier» eines Franz Josef Strauss.

Immer wieder verweisen die AGINTER-Archive auf die Schweiz. Neben den Verbindungen zur PPS in Vevey und zum Nouvel Ordre Européen in Lausanne sticht die Zusammenarbeit mit dem «Nouvelliste» ins Auge.

«Nouvelliste» und CVP – Hinterland der Neofaschisten

Das Land des heiligen Theodul – der CVP-Kanton Wallis – ist nicht weit, wenn Überraschungen anstehen. Davon macht auch seine grösste Tageszeitung (über 35 000 Ex. Auflage) keine Ausnahme. In den letzten Jahrzehnten eroberte der «Nouvelliste» unter einer straffen Führung seines Chefredaktors *André Luisier* ein ungefährdetes Monopol in der Walliser Presselandschaft. Vor kurzem feierte das Lokalblatt nicht ohne Stolz seinen 75. Geburtstag.

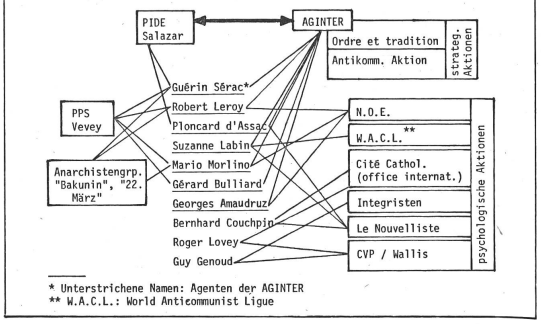
Man weiss, der «Nouvelliste» lagert sein Heu ganz rechts auf der politischen Bühne. A. Luisier verehrte General Franco als den letzten «Grossen» Europas und sorgte für Aufsehen, als sein Blatt die Demokratie verurteilte, da sie bloss dazu gut sei, dem Kommunismus Tür und Tor zu öffnen. Ende des Zweiten Weltkriegs hielt der «Nouvelliste» seine Sympathie für den Faschismus nicht verborgen. Ein bekannter italienischer Faschist und Prälat flüchtete vor den herannahenden Amerikanern und fand in einem Walliser Ordenshaus ein sicheres Versteck. Als «Guardia» schrieb der prominente Faschist für den «Nouvelliste» Leitartikel.

Was die AGINTER-Archive an den Tag fördern, bleibt selbst in Anbetracht des Rechtsdralls ein starkes Stück. «Nouvelliste»-Journalisten arbeiteten für die vom Geheimdienst PIDE finanzierte AGINTER. Voran Jacques Ploncard d'Assac, der bei der Agenturgründung eine entscheidende Rolle spielte. Auch Mme. *Suzanne Labin*, ihres Zeichens Präsidentin der *World Anti-Communist Ligue*, Sektion Frankreich, zählt zum rührigen Kreis der AGINTER-Agenten.

Bernard Couchepin schliesslich, bis vor wenigen Monaten Verwaltungsrat einer «Nouvelliste»-Druckerei, war aktives Mitglied der Cité Catholique, die auch schon Sitten als Tagungsort wählte. Advokat Couchepin soll sich – so die «Rote Anneliese» – in Afrika und Portugal mit alten US-Flugzeugen am einträglichen Kriegsgeschäft beteiligt haben. Ein Zufall sicherlich, dass derselbe Couchepin im Verwaltungsrat der durch undurchsichtige Geschäfte bekannten Air Gabon sitzt.

In der Hauptstadt Gabons hatte der heute wohl bekannteste Wahlwalliser jahrelang seine Zelte aufgeschlagen – Mgr. *Lefebvre*. Bestimmt auch bloss ein unglücklicher Umstand, dass das Lefebvre-Seminar in Ecône auf dem Boden einer Gesellschaft steht, die durch CVP-Staatsrat *Guy Genoud* und Staatsanwalt *Roger Lovey* vertreten wird. Roger Lovey, früher Sekretär der CVP-Wallis, setzte sich auch schon auf amtlichem Papier für den dissidenten Bischof Lefebvre ein. Verständlich, der Ex-CVP-Sekretär ist ein geschätztes Mitglied des *Office international* (früher Cité Catholique). An der Jahresversammlung von 1976 waltete er in Lausanne als Tagungspräsident. ●

Ueberblick über die im Text erwähnten Personen und Organisationen



* Unterstrichene Namen: Agenten der AGINTER
** W.A.C.L.: World Anticommunist Ligue

Nouvel Ordre Européen (NOE)

Der NOE, bekannt durch seine rassistischen und antisemitischen Züge, wurde am 28. September 1951 in Zürich gegründet. Dem Schweizer Gaston Amaudruz wurde damals das Sekretariat übertragen, das der heute in Lausanne lebende Faschist noch immer innehat. Gaston Amaudruz steht auch auf der Liste der AGINTER-Agenten. Er hatte vor allem mit dem Flügel Ordre et Tradition zusammengearbeitet.

Unverdrossen propagiert der NOE die Rassentheorie des Dritten Reiches. *«Die Heirat zwischen Europäern und Nichteuropäern muss verboten werden. Die Medizin und Wissenschaft wird die Güte der Erbmassen unserer Völker verbessern.»* Der NOE trauert dem Untergang des Nazitums nach und sieht die Hauptursache in einer falschen Strategie. Nach dem NOE hätte Hitler nicht eine Rasse anstreben sollen, sondern verschiedenen Rassen streng getrennten Lebensraum zuweisen müssen. (Das Bulletin der NOE erscheint monatlich und kann bei G. A. Amaudruz, Case Ville 2428, Lausanne. zu einem Abonnementspreis von 20 Fr. bezogen werden.)

Viele Lehrlinge . . .

Fortsetzung von Seite 3

zentrieren. Sonst würde uns nach einigen Jahren höchstwahrscheinlich nochmals eine verdünnte Vorlage vorgesetzt. Wir werden deshalb nach dem 3. Dezember in fortschrittlichen Kantonen Vorstösse für

echte Berufsbildungsreformen unternehmen, denn die kantonale Gesetzgebung kann jederzeit über das Bundesgesetz hinausgehen. So hat der Kanton Genf im Februar dieses Jahres eine Initiative der Gewerkschaften zur Verbesserung der Berufslehre angenommen. Wenn einige Kantone fortschrittlichere Gesetze haben, ist es auch leichter, auf gesamtschweizerischer Ebene etwas durchzusetzen.

Auf jeden Fall: Ob das Gesetz angenommen wird oder nicht – wir werden auf beiden Ebenen weitermachen. Wir haben das Referendum ergriffen, damit eine *tatsächliche Reform* eingeleitet wird ●

Mädchen krass benachteiligt

Für viele Mädchen hört die Ausbildung mit der Entlassung aus der obligatorischen Schulzeit abrupt auf. Obwohl in der Schweiz etwas mehr Mädchen als Buben geboren werden, ist der Anteil der Mädchen, die eine Berufslehre antreten, viel geringer als jener der Knaben. Im Jahr 1977 – für 1978 liegen noch keine Zahlen vor – entfielen bei einem Total von 55 874 abgeschlossenen Lehrverträgen im ganzen 36 303 auf junge Männer. Der Anteil der frischgebackenen Lehrtöchter betrug nur gerade 35,0 Prozent (19 571 neue Lehrverträge). Wer glaubt, dieser Anteil habe sich in den Nachkriegsjahren wesentlich verändert, ist auf dem Holzweg. 1945 betrafen 29,2 Prozent aller neuen Lehrverträge Lehrtöchter. Bis 1970 stieg die Vergleichszahl auf 31,3, und *erst in den letzten sechs Jahren* erhöhten sich die Chancen der Mädchen allmählich. Besonders krass ist die Benachteiligung der Frauen in gewissen Berufszweigen. In der Gruppe Metall- und Maschinenindustrie (1977: 31,1 Prozent aller Lehrstellen) stellten die Mädchen im letzten Jahr nur gerade *1,5 Promille aller Lernenden* (68 von 45 911!). In vielen ausgesprochenen «Männerberufen» werden überhaupt keine Frauen ausgebildet, während selbst im klassischen Frauenbereich Verkäufer/Verkäuferin immerhin 22,6 Prozent Männer ausgebildet werden.

Quellen für die Dokumentation

– Statistiken des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga)
– Schweizerische Blätter für beruflichen Unterricht, 3/78
– Berufsberatung und Berufsbildung, 1/2/78
– Jugendarbeitslosigkeit – Zufall oder Gesetzmässigkeit, Bührer/Chresta/Käser/Wettstein, Aarau, 1977
– Lehrlingsausbeutung – Lehrlingsausbildung? Lehrlinge fragen, Basel, 1973

Wer im Flitzer gern mal sitzenbleibt.
Wer Schirm und Schutz gewährt – und nutzt.
Wem daher auch der Regen zum Vergnügen wird.
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.
Würzig und unverwechselbar im Tabak.

GAULOISES

Das gibt's doch nicht!

XEROX-KOPIEN

für 10 Rp.

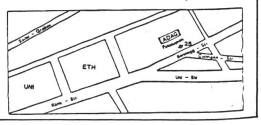
Einführungspreis

gibt's doch!

ab 13. Nov. 78

Oeffnungszeiten:
Montag - Freitag
8.00 - 18.00 Uhr

ADAG COPY-CENTER
Administration & Druck AG
Sonneggstrasse 25 – 8006 Zürich – Telefon 01/47 35 54



Erziehungsdirektion von Zürich und Bern bereiten NC und steigende Studiengebühren vor

Nichthochschulkantone an die Kasse!

Nach der Ablehnung des «Hochschulförderungsgesetzes» (HFG) in der Volksabstimmung vom 28. Mai 1978 stehen die Zeichen in Sachen freier Hochschulzugang auf Sturm. Die erhöhten Bundessubventionen des neuen HFG sind den Hochschulkantonen verlorengegangen. Wo sollen sie nun das Geld herholen, mit dem die notwendigen Kapazitäten (Räume, Lehrpersonal) für die bis 1983 immer weiter zunehmenden Maturandenjahrgänge bereitgestellt werden können? – Zürichs Erziehungsdirektor Gilgen hat mit grossem Trara eine Uni-Gesetzrevision angekündigt, mit der regionale Diskriminierung und studienkostendeckende Studiengebühren angedroht werden. Dasselbe steht versteckt in einer «Verordnung» über die Zulassung zum Studium an der Universität Bern», die der Berner Regierungsrat kürzlich beschlossen hat. Steht der NC vor der Tür?

Im föderalistischen System der Schweiz tragen bis jetzt die Kantone die Lasten ihrer Hochschulen selbst, unterstützt durch die beschränkten Bundessubventionen gemäss altem HFG von 1969 (20 Prozent der Betriebsaufwendungen, 52 Prozent der Investitionen). Die Nichthochschulkantone tragen zwar auch ihren Anteil an diesen Bundesbeiträgen, decken aber damit nur einen kleinen Teil der Kosten, den ihre Studenten den Hochschulkantonen verursachen. Was wäre da näherliegend als eine angemessene Mitfinanzierung der Hochschulen durch die Nichthochschulkantone? Die Lösung scheint einfach; fast unüberwindlich steht aber der bildungspolitische Föderalismus der Schweiz im Weg. Wie sind die unterschiedlichen Meinungen der Kantone unter einen Hut zu bringen? Gutes Zureden allein nützt da nicht viel (wie das ähnlich gelagerte Problem des einheitlichen Schuljahresbeginns zeigt!).

Das mit wenig Kompetenzen ausgestattete Koordinationsorgan der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) bemüht sich zwar intensiv, in Zusammenarbeit mit den kantonalen Erziehungs- und Finanzdirektoren zu einem einheitlichen Finanzierungsmodell zu gelangen. Unter dem Druck des drohenden NC scheint eine Einigung auf der Ebene der Behörden momentan nicht völlig unmöglich. Die entsprechenden Finanzvorlagen müssten aber in den meisten Nichthochschulkantonen vors Volk: Niemand wagt zu hoffen, dass das überall innert nützlicher Frist gut kommt . . .

3600 Franken Studiengebühren pro Semester?

Den «Sündern» drohen Sanktionen. Zürich will im Eilzugstempo sein Universitätsgesetz revidieren, um die gesetzliche Grundlage zur Einführung von Zulassungsbeschränkungen zu schaffen. Bern kann entsprechende Massnahmen gegebenenfalls sofort in Kraft setzen; der Art. 31 der «Verordnung über die Zulassung zum Studium an der Universität Bern» vom 20. September 1978 bietet dazu die nötige Handhabe. Zürich und Bern drohen mit zwei Massnahmen: erstens sollen den Kantonen Studienplätze gemäss ihren finanziellen Leistungen an die Universität zugeteilt werden. Zweitens sollen von Studenten aus zahlungsunwilligen Nichthochschulkantonen ganz einfach studienkostendeckende Studiengebühren verlangt werden. Im ersten Fall haben wir die absurde Lösung, dass zum Beispiel Bündner aus dem einzigen Grund nicht studieren dürfen, weil sie eben Bündner und nicht Zürcher sind. Noch skandalöser ist die zweite Lösung: noch mehr als jetzt schon wird die Finanzkraft der Eltern über die Möglichkeit eines Studiums entscheiden. Eine schöne Perspektive: Studium nur noch für Millionärssöhne und -töchter! Die Zürcher Erziehungsdirektion meint zwar, die betreffenden Kantone würden diese Gebühren schon übernehmen. Dies dürfte aber in manchen finanzschwachen Kantonen nicht so selbstverständlich sein.

«Kalter NC»: rabiate Selektion

Die oben skizzierten Lösungen haben einen Haken: ihre Verwirklichung würde politische Erschütterungen und schwere Belastungen im Zusammenleben der Kantone mit sich bringen. Man kann sich aber auch um die politische Verantwortung drücken. Bei einer kürzlich erfolgten Fragebogenaktion der SHK zum Thema Hochschulzugang haben sich die meisten kantonalen Erziehungsdirektionen für das Prinzip der sogenannten intrauniversitären Selektion (im Gegensatz zur «extrauniversitären Selektion» mittels NC) ausgesprochen. Man lässt die Studierwilligen zwar einmal voller Hoffnungen an die Uni kommen, um sie dann in den ersten Semestern mittels «eliminatorischer» Zwischenprüfungen zu «sieben».

Andernorts, im «3. Ausbaubericht des Schweizerischen Wissenschaftsrates», wird als hehres Ausbildungsideal verkündet, der angehende Akademiker solle verantwortungsbewusst seine Funktion in der Gesellschaft wahrnehmen lernen; er solle lernen, selbständig zu denken und zu arbeiten, kurzum: handlungsfähig zu werden. Die mit den Zwischenprüfungen notwendig verbundene Verschulung des Studiums verhindert dies gerade: Sture Stoffbüffelei und Konkurrenzdenken tritt an die Stelle von selbständiger, kreativer und motivierender Arbeit. Die Verschulung des Studiums hat auch soziale Konsequenzen: Erwerbsarbeit neben dem Studium ist kaum mehr möglich, was bei den noch lange nicht lebenskostendeckenden Stipendien Studenten aus finanziell weniger gut gestellten Schichten das Studium erschwert oder verunmöglicht. Der Stress, den Prüfungsdruck und 50–60-Stunden-Wochen mit sich bringen, führt zunehmend zu gravierenden psychischen Problemen. Die Statistiken der Studentenberatungsstellen sprechen da eine traurige Sprache.

Die geschilderte Entwicklung kommt natürlich nicht erst auf uns zu, vor allem Mediziner und Naturwissenschafter stekken da schon mittendrin. Offenkundig soll nun aber auf breiter Front auch in bisher weniger verschulten Studiengängen auf diese Weise selektioniert werden.

Was lässt sich gegen den NC tun?

Sollen Schüler und Studenten auf den kommenden NC (sei er nun «kalt» oder «warm») starren wie das Kaninchen auf die Klapperschlange? Solidarische Aktionen der Betroffenen haben schon manche unvermeidlich scheinende Entwicklung aufgehalten; schon manche gut organisierte Fachschaft hat auf ihren Studienplan entscheidenden Einfluss nehmen können!

Die zwei hochschulpolitischen Hauptprobleme der nächsten Zeit und damit auch die wichtigsten Aktionsfelder von VSS und Studentenschaften haben wir skizziert: 1. Abwendung der Diskrimination von Studenten aus Nichthochschulkantonen und 2. Abwehr des «kalten NC» in der Form der Verschulung der Studiengänge. Zur Bekämpfung des «kalten NC» sind die Organisationsformen vorgezeichnet: Arbeitet mit in den Fachschaften und Studentenschaften! Der VSS wird die notwendigen Grundlagen für diese Arbeit in einer gründlich recherchierten Dokumentation bereitstellen. Schwieriger ist es, auf die Situation in den Nichthochschulkantonen Einfluss zu nehmen. Der VSS wird versuchen, in den Nichthochschulkantonen kantonale Komitees «Gegen die Diskrimination Graubündens (Solothurn, Wallis, Aargau usw.) in der schweizerischen Hochschulpolitik» aufzubauen und in ihrer Arbeit zu unterstützen. Hauptziel dieser Komitees ist es, in den Nichthochschulkantonen die öffentliche Meinung im Hinblick auf angemessene Beitragszahlungen vorzubereiten. Diese Komitees müssten Öffentlichkeitsarbeit aller Art betreiben, mit interessierten Kreisen aus Wirtschaft und Politik Kontakt aufnehmen und sich an der Organisation von Abstimmungskampagnen bei Hochschulfinanzierungsvorlagen beteiligen. Diese Arbeit hat auch über die ja bekanntlich nicht so attraktive Hochschulpolitik hinaus interessante regionalpolitische Aspekte. Der NC droht vor allem die Rand- und Bergregionen zu treffen und wird so zu einem Modellfall der Benachteiligung der «Peripherien» gegenüber den «Zentren».

Gesucht sind Studenten und Schüler aus Nichthochschulkantonen, die sich mit ihrer Heimatregion politisch verbunden fühlen. Der VSS freut sich über alle Interessenten, die sich bei ihm melden: VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern, Tel. 23 28 18. *Martin Graf, Vorstand VSS*

Am 3. Dezember: Nein zum Berufsbildungsgesetz!

- **NEIN ZUR GESETZLICHEN VERANKERUNG DER ANLEHRE, welche Tausende von Jugendlichen um ihre Berufschancen prellt und eine neue Kategorie von Lohndrückern schafft**
- **NEIN ZU EINER ALLZU SPEZIALISIERTEN BERUFLICHEN AUSBILDUNG (Züchtung von «Fachidioten»), in der Allgemeinbildung nur am Rande vermittelt wird**
- **NEIN ZU EINER BLOSSEN ALIBI-KONTROLLE DER LEHRBETRIEBE**

Sagen wir nein, damit der Weg frei wird für echte Fortschritte im Interesse nicht nur von 150 000 Lehrlingen, sondern von uns allen!

Öffentliche Veranstaltung der
Gesellschaft für Hochschule und Forschung
Vortrag Prof. Gerhard Huber
Präsident des schweizerischen Wissenschaftsrat
Neuorientierung der schweizerischen Wissenschaftspolitik?
Podiumsgespräch
mit Wissenschaftlern und Vertretern der schweizerischen Wissenschaftspolitik
Mittwoch, den 13. Dezember, 18 Uhr, Zunfthaus zum Safran, Limmatquai 54

Spots

Nach F. J. Strauss und anderen Rechtsextremisten in der BRD, welche die ungeheuren Verbrechen der Nazis verharmlosen oder gar leugnen, macht sich jetzt auch noch ein französischer Faschist frei: «Man musste sich doch von diesen Fremden befreien, die am Ursprung allen Übels standen», sagt L. Darquier zur Tatsache, dass er an der Verschleppung von französischen Juden massgeblich beteiligt war (und deshalb in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde). In Auschwitz habe man keine Juden ermordet, das Gas sei nur gegen die Läuse verwendet worden. – Diese waren wohl zufällig gerade zur Zeit der Vernichtung auf den Häftlingen.

bildungs—news

VSS-Kurzinformationen **Redaktion: Martin Graf, Vorstand VSS**

Technokraten bodigen ETH-Studienreformexperiment

Es war einmal das POST (Projektorientiertes Studium): in kleinen Arbeitsgruppen konnten fortgeschrittene Studenten in weitgehender Selbständigkeit interdisziplinär und praxisorientiert forschen und lernen. Obwohl der zuständige Rat der Abteilung für Naturwissenschaften der ETH die Fortsetzung des Experiments befürwortete, haben Schulleitung und Schulrat diese fortschrittliche Studienreform abgewürgt.

Vielsagender als lange Kommentare sind einige Ausserungen des ETH-Rektors Grob gegenüber dem «Bund»: «Die Studenten sind mit ihrer Arbeit überfordert, sie verlieren zuviel Zeit, um ihre Aufgabe festzulegen.» Das POST brauche «eine straffere Leitung, um den Nutzeffekt zu vergrössern». Und überhaupt: «Wir sind eine technische Hochschule und sollten uns vermehrt wieder aufs technische Gebiet verlegen . . .»

Aargau und Solothurn: Souverän plötzlich hochschulfreundlicher?

Nach dem Hochschulförderungsgesetz-Debakel vom Mai sind am ersten Dezemberwochenende bereits die nächsten hochschulpolitischen Volksabstimmungen fällig: Aargauer- und Solothurnervolk stimmen über Beiträge ihrer Kantone an die Medizinerausbildung ab. Im Kanton Aargau geht es um jährliche Beiträge von höchstens 5000 Franken pro Aargauer Medizinstudent; in Solothurn um einen einmaligen Beitrag von 377 600 Franken im Rahmen der 4-Millionen-Solidaritätsaktion der Nichthochschulkantone für die Erhöhung der Klinikkapazitäten der Hochschulen.

Werden Aargauer und Solothurner sich hochschulfreundlicher zeigen als die Schaffhauser, die im Frühjahr ihren entsprechenden Beitrag an die Medizinerausbildung verweigert hatten? Dabei sind sich Aargauer und Solothurner Regierung und Parlament bewusst, dass mit einer Annahme dieser Vorlagen erst ein Bruchteil der Schuld gegenüber den Hochschulkantonen abgetragen wäre . . .

Berufsverbot für einen Zürcher Geschichtsstudenten!

Am Historischen Seminar der Universität Zürich ist von der Erziehungsdirektion die Anstellung eines Studenten als Tutor ohne Angabe der Gründe verweigert worden, obwohl der zuständige Professor die Kandidatur des Studenten befürwortet hatte.

Rein zufällig figuriert der Name des Betreffenden im Cincera-Archiv, wo er gemäss Angaben des Demokratischen Manifests im Zusammenhang mit Geschehnissen in einer Rekrutenschule vorkommt . . . Grundsätzlich stellt die Erziehungsdirektion natürlich jede mögliche Beziehung zum Cincera-Archiv in Abrede . . .

Projekt Tessiner Hochschulzentrum kommt voran

Dass eigene universitäre Einrichtungen interessanter sind als blosse Beitragszahlungen an die Hochschulen jenseits des Alpenkamms scheinen die cleveren Tessiner realisiert zu haben: Das schon lange im Gespräch stehende Projekt eines Tessiner Instituts für Regionalstudien wird allmählich fassbarer. Im Oktober ist eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen zu diesem Thema organisiert worden; die Regierung ersuchte den Grossen Rat um einen Kredit von 400 000 Franken, um bis Ende 1979 ein detailliertes Projekt ausarbeiten zu lassen.

Vorgesehen ist ein Institut für Post-graduate-Studien mit vier Lehrstühlen für regionalpolitische Problembereiche. Auch für Deutschschweizer Studenten öffnet sich eine unter Umständen interessante Perspektive: sich nach dem ersten Hochschulabschluss im sonnigen Süden in Regionalplanung u. ä. weiterbilden zu können . . .

Neuer Brennpunkt der NC-Diskussion: St. Gallen

Seit 1968 (!) hat der St.-Galler Regierungsrat den Auftrag, das Projekt einer Medizinischen Akademie (ca. 70 Studienplätze für klinische Semester) zu prüfen. Nun, nach der Ablehnung des neuen Hochschulförderungsgesetzes, wird sich ein Schwergewicht der NC-Diskussion nach St. Gallen verlegen. Gelingt es, durch eine Medizinerausbildung in St. Gallen die angespannte Situation beim gesamtschweizerischen Angebot an Klinikplätzen zu entschärfen? Die St.-Galler Regierung will demnächst dem Grossen Rat Bericht und Antrag erstatten. Wie Regierungsrat Gottfried Hoby in der Oktobersession des Grossen Rates vorrechnete, kommt eine eigene Medizinerausbildung (10 Mio. Franken jährliche Betriebskosten, wovon 5 Mio. dem Kanton anfallen) den Kanton billiger zu stehen als die Beiträge an einen gesamtschweizerischen Hochschulpool.

Skepsis meldete die Regierung an wegen der Chancen des Projekts in der Volksabstimmung. Die St.-Galler Studenten werden in Zusammenarbeit mit dem VSS hier wichtige Öffentlichkeitsarbeit zu leisten haben!

Kämpferische Töne aus dem Wallis!

Im «Walliser Volksfreund» wird ein Artikel des Lausanner Alt-Rektors Delacrétaz abgedruckt, worin dieser offen für die Einführung eines Numerus clausus plädiert. Rektoraler Originalton: «Die Zunahme der Studentenzahlen, Resultat der Demokratisierung (. . .) der Studien, hat undiskutierbar zu einer Abnahme der mittleren Qualität geführt. (. . .) In unseren Universitäten gibt es genügend Platz für diejenigen, die für ein Studium wirklich geeignet sind.» Markiger als irgendein «konzept»-Kommentar entgegnet die Redaktion des «Walliser Volksfreunds» in einer Vorbemerkung: «Alt-Rektor Delacrétaz geht mit Nationalrat Otto Fischer einig, der am liebsten mit wenigen Ausnahmen alle Schweizer am Hobelbank, an der Drehbank, in der Schusterwerkstatt usw. sieht. Das Recht auf persönliche Entfaltung, der Nutzung der Talente breiter Volksschichten wird hier vollständig verkannt. Der Beitrag sei im ‹WV› trotzdem publiziert, weil damit der Leser erfährt, wie man in unserem Land in gewissen Kreisen denkt und wie nötig Zeitungen wie der ‹Walliser Volksfreund› sind, die Bildung auch für Arbeiter- und Bauernkinder postulieren und nicht nur für eine kleine Elite, die sich ihre Vorrechte auf dem Buckel der Arbeiter angeeignet hat.»

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18
Vorstand: Martin Graf, Laurent Duvanel, Ruedi Spöndlin

Ärzte: immer weniger Allgemeinpraktiker

Gemäss «NZZ» zeugt die kürzlich veröffentlichte «Ärztestatistik 1977» von einer «Verbesserung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung». 1977 sind 394 neue Arztpraxen, 101 mehr als im Vorjahr, eröffnet worden. Davon sind allerdings nur 140 Allgemeinpraktiker, hingegen 254 Spezialärzte. Angesichts dieser Zahlen fragt man sich, wie es denn wohl mit der medizinischen Breitenversorgung steht, vor allem auch auf dem Land. Ein noch deutlicheres Bild ergeben folgende Zahlen:

		1940 (in %)	1977
Ärzte	Wohnbevölkerung	100.0	100.0
insgesamt:	Ärzte in freier Praxis insgesamt	100.0	100.0
	Allgemeinpraktiker	55.9	37.1
	Spezialärzte FMH	44.1	62.9
Stadt:	Wohnbevölkerung	32.9	44.6
	Ärzte in freier Praxis insgesamt	55.6	70.1
	Allgemeinpraktiker	39.6	24.6
	Spezialärzte FMH	60.4	75.4
Land:	Wohnbevölkerung	67.1	55.4
	Ärzte in freier Praxis insgesamt	44,4	29.9
	Allgemeinpraktiker	76.2	66.4
	Spezialärzte FMH	23.8	33.6

Schenken tun Sie ja doch etwas – warum nicht gleich «das konzept»!

«das konzept», Jahresabonnement 18 Fr., Ausland 22 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
☐ *Dezember 1978 bis Dezember 1979 für 20 Fr. (Ausland 26 Fr.)*
☐ *Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)*
☐ *Geschenkabonnement, (Name des Beschenkten hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Beruf: *Datum:*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): *dk 11/78*

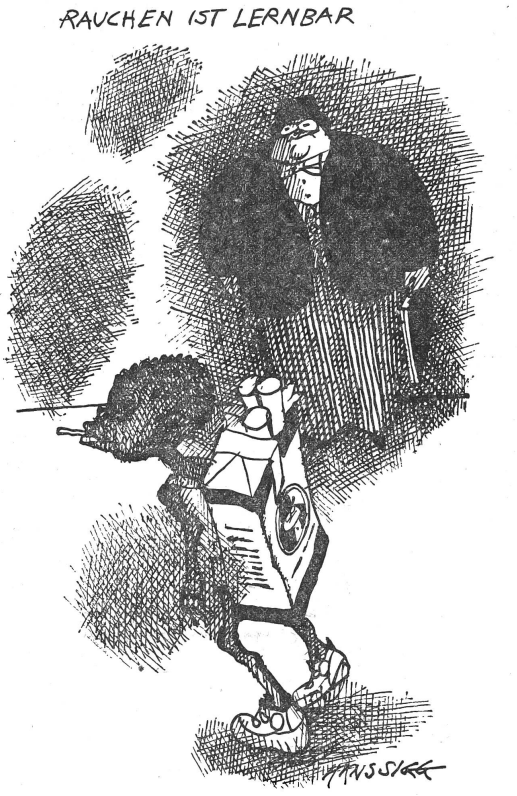
Macht und Machenschaften der Tabakmultis in der dritten Welt

Ausgesprochen starker Tobak

Von Hansruedi Tanner, Mitarbeiter bei SKAAL (Solidaritätskomitee für Afrika, Asien, Lateinamerika)

Tötet BAT (British American Tobacco) Erwachsene? könnte man in Anlehnung an den Nestlé-Report fragen, wenn man die neuste Broschüre der englischen Hilfsorganisation «War on Want» liest. Mike Muller, Autor auch der Nestlé-Studie, versucht darin, die Praktiken der Tabakmultis in den Ländern der dritten Welt darzustellen, aufzuzeigen, auf welch verheerende Weise die transnationalen Gesellschaften der Tabakbranche in die Angelegenheiten der Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas eingreifen. Diese bezüglich Tabakverbrauch pro Kopf noch «unterentwickelten» Gebiete mittels aggressiver Werbung für den Zigarettenkonsum zu gewinnen, ist die Strategie der sieben grossen Tabakgesellschaften (die mehr als 85 Prozent des Tabaks weltweit handeln und verarbeiten) – besonders angesichts der Tatsache, dass in Europa und den USA immer breitere Kreise sich der Schädlichkeit des Rauchens bewusst werden. Aus Mullers Studie «Tobacco and the Third World: Tomorrow's epidemic?» («Tabak und die dritte Welt: die Epidemie von morgen?») greift Hansruedi Tanner einige Aspekte des Verhältnisses Tabak/dritte Welt heraus.

Allein in der Schweiz kann man heute zwischen etwa 180 verschiedenen Sorten von Glimmstengeln auswählen. Die Zigarettenindustrie rühmt sich, eines der reichhaltigsten Sortimente anzubieten. Die Zigarettenindustrie heisst weltweit: sieben Grosskonzerne, die über 90 Prozent aller Zigarettenmarken herstellen. Was eine solche wirtschaftliche Konzentration bedeutet, erfährt man aus der Geschichte des heute grössten Zigarettenproduzenten, der BAT *(British American Tobacco)*, die übrigens in Genf auch eine schweizerische Niederlassung besitzt:



«Dann müssen die Chinesen es lernen»

Vor Jahren trafen sich die Vorsitzenden der beiden (damals) grössten Tabakkonzerne: *James Duke* von der *American Tobacco Company* und sein englischer Kollege von *British Imperial Tobacco*. Anstatt sich nun, wie es die Theorie von der Konkurrenz innerhalb der «freien Marktwirtschaft» verlangen würde, einen gnadenlosen Kampf um Marktanteile in aller Welt zu liefern, beschlossen die beiden, eine gemeinsame Tochtergesellschaft, eben die *British American Tobacco* (BAT), zu gründen, die zum Wohle (und zum Profit) der beiden Partner die Märkte ausserhalb Englands und der USA beliefern sollte.

Nach welchen Methoden die BAT vorging, soll die folgende Anekdote zeigen. James Duke, der nun gleichzeitig BAT und American Tobacco präsidierte, erhielt Kenntnis davon, dass eine Maschine zur mechanischen Herstellung von Zigaretten erfunden worden sei, die in einer Minute ebenso viele Zigaretten herstellen könne wie zuvor ein gelernter Arbeiter in einem Tag. Duke liess sich daraufhin einen Weltatlas bringen und blätterte ihn durch, wobei er nur die Bevölkerungszahlen der verschiedenen Staaten betrachtete. Bei «430 Mio. Einwohner» stoppte er und sagte: «Hier werden wir unsere Zigaretten verkaufen.» Als seine Berater ihn darauf aufmerksam machten, dass in China keine Zigaretten geraucht würden, meinte er nur: «Dann müssen es die Chinesen eben lernen.» Vor der Revolution, 1949, machten die Verkäufe in China 25 Prozent des Umsatzes von BAT aus (etwa 6,5 Milliarden Zigaretten pro Monat)!

Nur noch aus Öl mehr Profit

Auch heute stellen die Märkte der dritten Welt die grössten Profitquellen der Tabakmultis dar: zwischen 1966 und 1976 erreichte nur noch die Ölindustrie eine höhere Profitrate auf Auslandsinvestitionen als die Tabakindustrie.

1976 stammten 31 Prozent der Verkäufe und 34 Prozent des Gewinns der BAT aus der dritten Welt. BAT kauft mehr als 20 Prozent allen Tabaks, der in der sogenannten freien Welt produziert wird. In Brasilien, Nigeria, Malaysia, Argentinien, Pakistan, Ghana ist BAT Branchenleader in der Tabakindustrie. In einigen anderen Staaten, zum Beispiel Malawi, Kenya, Nicaragua, besitzt BAT sogar ein Monopol zur Herstellung und zum Verkauf von Zigaretten.

In *Nicaragua* tritt BAT unter dem namen *Brown & Williamson Tobacco Co. Louisville* auf. Zusammen mit Interessen der Familie Somoza hat diese Firma ein Monopol auf die Zigarettenproduktion in Nicaragua.

BAT scheut also nicht davor zurück, sich mit einem blutrünstigen Diktator zusammenzutun (das heisst Bestechungsgelder zu bezahlen), um sich einen lukrativen Markt zu sichern.

Malawi: BAT kauft sich Staat

Über *Malawi*, 120 000 km² gross, zwischen Moçambique und Sambia gelegen und von einem neokolonialen Herrscher, Dr. Kamuzu Hastings Banda, regiert, berichten unsere Medien wenig. Banda ist ein treuer Gefolgsmann Südafrikas und des Westens, der mit seiner Armee sogar gegen Befreiungskämpfer in Moçambique vorging und heute jährlich über 100 000 Kontraktarbeiter in die Republik Südafrika sendet.

Wirtschaftlich lebt Malawi vom Export von Tabak, Tee und Erdnüssen. Der Anteil des Tabaks am Gesamtexport stieg von 36,5 Prozent 1964/40,9 Prozent 1970/44,6 Prozent 1972 auf 56 Prozent 1977 (laut «Statistical Yearbook», 1972).

Fast ebenso wichtig wie die prozentuale Zunahme der Abhängigkeit vom Tabakexport sind die strukturellen Veränderungen in der Tabakproduktion.

Vor 10 Jahren waren es vor allem Kleinbauern, die Tabak anpflanzten und sich so einen Nebenerwerb zur Subsistenzlandwirtschaft hielten. Heute sind es etwa 120 Plantagenbetriebe mit durchschnittlich mehr als 200 ha Grundbesitz, die den grössten Teil der 44 500 t Tabak (1977) produzieren. Diese Plantagen sind entweder in ausländischem Besitz oder gehören Angehörigen des Banda-Clans und seiner engsten Mitarbeiter. Es befinden sich zwar nur 2,2 Prozent des Bodens in Privatbesitz, dieser umfasst jedoch 95 Prozent des für die Teeproduktion geeigneten Landes (ähnliches gilt für Tabak).

Das Instrument, um Geld aus der Tabakproduktion herauszupressen, stellt die *ADMARC (Agricultural Development and Marketing Corporation)* dar. ADMARC hat in Malawi ein Aufkaufmonopol für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die über den Markt gehen. Kleinbauern, nicht aber Grossfarmen, sind gezwungen, ihre Tabakproduktion zu einem fixen Preis (1977: 17 Tambala pro Pfund, etwa 50 Rappen) zu verkaufen. An den Tabakauktionen von Limbe wird derselbe Tabak dann für 80 Tambala weiterverkauft!

Die Gewinne der ADMARC gehen jedoch nicht, wie man annehmen könnte, in die Staatskasse, um daraus zum Beispiel den neuen Regierungspalast Dr. Bandas zu finanzieren. Sie finden vielmehr auf verschlungenen Wegen in die Tresore der privaten Tabakfirmen von Dr. Banda: Press Farming und General Farming, des grössten Tabakproduzenten Malawis. BAT, die wie erwähnt ein Monopol zur Zigarettenherstellung und Vermarktung in Malawi hat, fördert solche Entwicklungen ganz gezielt, sichern sie doch die Machtposition des Konzerns. Banda ist heute darauf angewiesen, dass BAT ihm und der ADMARC Tabak abkauft, Malawi würde innerhalb eines Jahres bankrott gehen, falls die Verkäufe stoppen würden. Damit ist Banda und mit ihm Malawi gezwungen, immer mehr Konzessionen an die British American Tobacco zu machen, seine eigenen Interessen immer mehr zu vernachlässigen.

Können sich die Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas so via vermehrten Tabakanbau wirtschaftlich entwickeln?

Gewöhnliches Papier statt Tabak?

Beim Tabak – wie bei anderen Rohstoffen – ist eine Entwicklung im Gange, das Naturprodukt durch Synthetika zu ersetzen. Mit dem Argument, natürliche Tabake enthielten immer zuviel Teer und Nikotin, werden gegenwärtig Prozesse entwickelt, die es erlauben, das Tabakaroma von starken Tabaken auf «milde», zum Beispiel schweizerische Tabake, zu übertragen.

Daneben werden aber auch vermehrt synthetisch hergestellte Aromastoffe verwendet. Im Prinzip ist es heute möglich, den «real taste» auf irgendein getrocknetes zellulosehaltiges Produkt zu übertragen (zum Beispiel Papier) und dieses rauchen zu lassen. (Dies würde dann den ganz leichten Tabak für die ganz Harten ergeben.)

Wo wieviel in Rauch aufgeht

	1970 kg/Jahr u. Pers.	1980*	Zuw. in%
Afrika	0,33	0,44	33
Lateinamerika	1,35	1,68	24
Asien u. Ferner Osten (ohne Japan)	0,78	0,96	23
Nordamerika	3,21	3,33	3,7
Westeuropa	2,23	2,52	13

* Schätzung der FAO (United Nations Food and Agriculture Organisation)

Diese Technologie wird vor allem unter dem Gesichtspunkt der Verminderung der Schadstoffe und der vermehrten Verwendung amerikanischer und europäischer Tabake eingeführt. Es werden also verschiedene Fliegen auf einen Schlag getroffen:

- Tabakanbau in den kapitalistischen Industriestaaten steigt wieder
- Tabakindustrie wird noch kapitalintensiver
- Durch Konkurrenzierung des natürlichen Tabakanbaus in der dritten Welt lassen sich die Preise drücken
- Das Ganze lässt sich zudem als gesundheitsfreundlich verkaufen

Für den Eigenbedarf produzieren!

Für den Trikont geht wieder ein Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse verloren (ähnlich wie beim Ersatz von Rohrzucker durch Maiszucker, Baumwolle durch synthetische Textilien, Naturfarbstoffe durch synthetische Farbstoffe, auf dem Lande geförderte Erze durch aus dem Meer gehobene Erze usw.).

Soll man diese Entwicklung beklagen? Angesichts der dringenden Notwendigkeit einer Produktion von Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf, von Textilien, von Erzen für den Eigenbedarf der Trikont-Staaten ergeben sich auch neue Chancen für Veränderungen der Entwicklungsprogramme zugunsten breiter Bevölkerungsteile im Trikont.

Was im Moment wichtig wäre, ist die Veränderung der Welthandelsstrukturen in Richtung der Forderungen, wie sie im Rahmen der neuen Weltwirtschaftsordnung diskutiert werden: Verkäufe von Rohstoffen zu gerechten Preisen an die kapitalistischen Industriestaaten als kurzfristiges Mittel der Entwicklungsfinanzierung, um eigenständige Wirtschaftsstrukturen im Trikont aufbauen zu können.

Die heutigen Strukturen laufen immer wieder darauf hinaus, die Ressourcen des Trikonts (Menschen und Rohstoffe!), für die Interessen der internationalen Monopole nutzbar zu machen und sie einige Jahrzehnte später, ausgelaugt und erschöpft, liegenzulassen, ganz wie es der Logik der Kapitalverwertung entspricht.

Tabakanbau ver(b)raucht Land und Leute

Heute erzeugen die Staaten der dritten Welt rund 57% allen Tabaks (davon sind allein 17% aus der VR China) und rund 30% des exportierten Tabaks. Weltweit werden 4,45 Mio. Hektaren Land zur Tabakproduktion verwendet und darauf 5,67 Mio. Tonnen Tabak geerntet. In *Indien* zum Beispiel produzieren 750 000 Landwirte mit ihren Familien zusammen 8% der weltweiten Tabakernte und erarbeiten so 100 Mio. Dollar an Deviseneinnahmen.

Um eine Tonne Tabak zu produzieren, braucht es rund 250 Tage/Mann. Diese Arbeit verteilt sich jedoch nicht gleichmässig über das ganze Jahr, wie es in einem Land mit hoher Arbeitslosenrate günstig wäre, sondern ist auf zwei Spitzenzeiten (Anbau und Ernte) in den Monaten April und Januar konzentriert. Das hat zur Folge, dass der Tabakanbau zum direkten Konkurrenten der Nahrungsmittelproduktion wird, die ungefähr zur gleichen Zeit ihre Arbeitsspitzen aufweist.

Der Bauer im Trikont (= dritte Welt) wird also anhand des Ertrags pro Anbaufläche und Arbeitszeit entscheiden, ob er Nahrungsmittel oder Tabak (genannte cash-crop = Bargeldernte) anbauen will. Da ihm der Tabakmulti schon vor Anbaubeginn sagen kann, was er für eine bestimmte Menge einer bestimmten Tabakqualität erhalten wird und der Tabakkonzern ihm einen relativ höheren Preis bezahlen kann, weil Tabak ja schliesslich exportiert wird, ist die Rechnung schnell gemacht: Der Bauer zieht es vor, Tabak anzupflanzen. Er muss dafür später auf dem Nahrungsmittelmarkt als Käufer auftreten und seine Nahrungsmittel zumindest teilweise teuer erstehen. Weil er aber über Einnahmen aus dem Tabakverkauf verfügt, ist er in der Lage, auch einen höheren Preis für Nahrungsmittel zu bezahlen. (Die Preise steigen, weil sich einerseits das Angebot verringert hat – Tabakproduzenten stellten früher Lebensmittel her – und andererseits sich die Nachfrage erhöht hat – Tabakbauern als Käufer am Nahrungsmittelmarkt.) Schlimmer dran ist also – einmal mehr – die landlose Bevölkerung der dritten Welt und diejenigen Bauern, die mehr oder weniger Substitenzlandwirtschaft treiben. Sie haben höhere Nahrungsmittelpreise zu bezahlen, ohne dass sie irgendwo einen höheren Verkaufserlös realisieren können.

Tabakanbau tritt in Konkurrenz zum Anbau von Lebensmitteln. Doch damit sind noch nicht alle negativen Folgen des Tabakanbaus beschrieben.

Die rohen Tabakblätter müssen, damit sie die bekannte gelbe Farbe und den charakteristischen Geschmack erhalten, eine Woche bei etwa 130 °C fermentiert werden. In den Staaten der dritten Welt wird als Heizmaterial – aus Kostengründen – meistens Holz verwendet. Die Unctad hat berechnet, dass zur Fermentation des Tabaks für 300 Zigaretten die Holzmenge eines mittleren Baumes benötigt wird. Weil nun aber Tabak vor allem in warmen, trockenen Gegenden angebaut wird (zum Beispiel Ostkenya), wird gerade dort Brennholz geschlagen, wo aus ökologischen Gründen (Wasserspeicherung) eine stärkere Bewaldung nötig wäre. Die Folge dieses Kahlschlags ist eine zunehmende Versteppung und Verwüstung dieser Gegenden.

In *Pakistan* (North West Frontier Province) zum Beispiel werden jedes Jahr 1,5 Mio. Kubikmeter Holz nur für den Tabakanbau geschlagen. Die lokale Bevölkerung wird dadurch gezwungen, einen immer weiteren Weg unter die Füsse zu nehmen, um sich ihr dringend benötigtes Brennholz zu beschaffen.

Die 7 Grossen und ihre Profite (1976)

Konzern	Verkauf	Profit	Angestellte	Kontrolle in:
	×1 000 US-$			
BAT	6 668 243	323 541	148 000	GB
R J Reynolds	4 291 149	353 893	37 926	USA
Philip Morris	3 134 496	265 675	51 000	USA
Imperial	3 321 595	147 648	96 700	GB
American brands	2 671 559	121 492	54 800	USA
Rothmans	768 242	37 248	24 000	GB/S'afrika
Universal Leaf Tobacco	706 087	17 989	12 300	USA

Warum es «weisse» und «schwarze» Tabake gibt

Zigarettenrassismus

In der Schweiz konnten die Zigarettenfabrikanten jetzt nach langem Hin und Her verpflichtet werden (Revision der Lebensmittelverordnung vom 18. 10 78), die Menge der schädlichen Substanzen auf den Packungen anzugeben und eine klare Warnung betreffend die gesundheitlichen Folgen des Rauchens aufzudrukken. In St. Gallen hat die Stadtverwaltung mit der Plakatgesellschaft sogar einen Vertrag abgeschlossen: Auf öffentlichem Grund wird keine Tabak- und Alkoholreklame mehr betrieben.

Dass Rauchen gesundheitsschädigend ist, dürfte sich inzwischen überall herumgesprochen haben. Bestimmte Krebsformen, Herzkrankheiten, Kreislaufkrankheiten, Bronchitis finden sich mit erheblich grösserer Wahrscheinlichkeit bei Rauchern als bei Nichtrauchern. Man schätzt, dass allein in England etwa 50 000 Todesfälle jährlich auf das Konto des Zigarettenrauchens gehen.

Einige dieser «Raucherkrankheiten» traten bis heute erst in Europa und in den USA massiv auf, und hier eher bei Männern als bei Frauen, ein getreues Abbild der Raucherstatistik von 1950.

Es ist also zu befürchten, dass diese Krankheiten im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte auch in Afrika, Asien und Lateinamerika massiv auftreten werden. Der Hauptgrund für diese Entwicklung in Gesellschaften, in denen zum Teil seit Jahrhunderten geraucht wird, dürfte die Veränderung der Rauchergewohnheiten sein. In traditionellen Gesellschaften ist Rauchen eine Zeremonie, deren Vorbereitung und Durchführung erheblich mehr Zeit verlangt als das schnelle Rauchen einer Zigarette. Entsprechend seltener wurde geraucht. Ein weiterer, vielleicht der entscheidende Unterschied ist die Tatsache, dass traditionelles Rauchen ohne Inhalation des Rauches vor sich geht, weil viel stärkere Tabake verbrannt werden. Zigarettenrauchen dagegen ist fast immer mit der Inhalation des Rauchs verbunden, was sich um einiges gesundheitsschädigender auswirkt. An dieser Abkehr vom traditionellen Rauchen sind die Multis mit ihrer aggressiven Werbung, mit der jetzt auch in der dritten Welt nebst Zigarettenduft «Freiheit und Abenteuer», «Erfolg» und «Sex-Appeal» Einzug halten, massgeblich beteiligt.

Während sich die Tabakindustrie in den westlichen Industriestaaten zumindest gewisser Einschränkungen ihrer Werbemethoden gefallen lassen muss (in der Schweiz allerdings erst ansatzweise!), agieren sie in den Ländern der dritten Welt um so ungehemmter. Während hier der Trend Richtung «leichter Rauchen» geht, also Zigaretten mit möglichst wenig Schadstoffen (Teer, Nikotin) angeboten werden, verkaufen die Tabakmultis in Afrika, Asien und Lateinamerika Zigaretten mit sehr hohem Gehalt an Schadstoffen.

Anhand der folgenden Tabelle ersieht man, dass auf den Philippinen verkaufte Zigaretten – Kent, (BAT), Kool (BAT), Marlboro (Ph. Morris), Chesterfield (L & M) – als «gleiche Marke» durchschnittlich den doppelten Gehalte an Schadstoffen aufweisen gegenüber Zigaretten in Europa und den USA. Dies stellt keinen Einzelfall dar; Untersuchungen mit Zigaretten aus Afrika haben die gleichen Resultate ergeben.

Die Tabakindustrie verkauft die gesundheitschädigendsten Zigaretten mit dem grössten Werbeaufwand an die am wenigsten über die Gefahren des Rauchens aufgeklärten Kunden. So wird versucht, die Abnahme der Raucher in Europa und den USA durch die Gewinnung neuer Kunden in der dritten Welt zu kompensieren. *Hansruedi Tanner*